

Unser Programm zur Kommunalwahl 2014

- Beschluss der Kreismitgliederversammlung am 26.01.2014 -

DIE LINKE.

Kreisverband München

INHALT

	Für ein solidarisches München – München für alle!	3
1	Armut bekämpfen – Reichtum Umfairteilen!	5
2	Arbeit und Wirtschaft – Mensch vor Profit!	8
3	Wohnen ist ein Grundrecht und kein Luxusgut!	12
4	Gesundheit ist keine Ware – auch nicht im Alter!	16
5	Mobil in München – ohne 2. Tieftunnel!	21
6	Ökologie und Energie – bezahlbar und für alle! Dem Tierschutz verpflichtet!	27
7	Bildung – ein Menschenrecht auch kommunal!	30
8	Geschlechtergleichstellung und queere Lebensweisen	35
9	München ist bunt – nicht braun!	37
10	Keine Waffen unterm Friedensengel!	42
11	(Hoch)Kultur nicht nur für G´spickte!	44
12	Netzpolitik – Kommunikation statt Überwachung!	47
13	Solide Finanzen für eine solidarische Stadt!	49
14	Gute Arbeit und gutes Leben – Mehr Demokratie bei der Planung!	51
15	„Mehr Demokratie wagen“ – gerade auch in unserer Stadt!	55
	Schlusswort und Ausblick	57

Für ein solidarisches München – München für alle!

DIE LINKE steht ein für ein solidarisches München, ein München für Alle, die hier leben. Wir wollen, dass alle Bürger*innen unabhängig von ihrem sozialen Status, Einkommen und Alter am gesellschaftlichen Leben in München teilhaben können. Wir wollen, dass sie sich München leisten können und die Chance haben, ihre Fähigkeiten zu entwickeln und einzubringen. Solidarität bedeutet für uns auch Eintreten für die, die anders leben wollen, als es dem herkömmlichen Familienbild entspricht und für diejenigen, die aufgrund unerträglicher Bedingungen in ihren Heimatländern zu uns kommen. Solidarität heißt, die Umwelt konsequent und nachhaltig zu schützen, für uns selbst und für die uns nachfolgenden Generationen. Und solidarisch treten wir allen Rassisten und (Neo-)Nazis entgegen. „Solidarisches München“ heißt für DIE LINKE, das Zusammenleben in der Stadt gemeinsam gestalten, mit den sozialen Initiativen und Bewegungen, den Gewerkschaften, den Friedens- und Anti-Nazi-Gruppen, den Kulturinitiativen, Jugend- und Seniorenverbänden – kurz mit allen, die sich nicht mehr nur vertreten lassen, sondern selbst aktiv werden wollen.

Die mit der Lebenssituation verbundene soziale Rolle der Menschen in unserer Gesellschaft wird mit dem Begriff „Gender“ beschrieben. Durch die Strategie des „**Gender Mainstreaming**“ soll z.B. der Blick auf die soziale Rolle gelenkt werden, die Frauen und Männer in unserer Gesellschaft einnehmen. Die jeweils vorhandenen Unterschiede und die daraus resultierenden spezifischen Anforderungen von Frauen und Männern, Jungen und Alten usw. wollen wir bei der Umsetzung unserer Ziele und Forderungen berücksichtigen.

DIE LINKE macht Politik mit und für Menschen. So ist auch unser Programm für die Kommunalwahl 2014 entstanden, zu dessen Weiterentwicklung wir alle interessierten Bürger*innen herzlich einladen. Politik machen heißt, fragen: Wie wollen wir leben, wie leben wir wirklich und was müssen wir verändern? Dabei wissen wir: Politik ist kein Wunschkonzert. Aber es ist mehr machbar als uns die Politiker und Politikerinnen der konkurrierenden Parteien und die Medien mit ihren „Sachzwangargumenten“ täglich weismachen wollen.

Warum gibt es Armut in einer reichen Stadt wie München? Es ist kein Naturgesetz, dass Kinder hungrig zum Unterricht kommen, dass die Schulklassen zu groß sind, Kinderkrippenplätze fehlen und dass immer mehr Menschen von ihrer Arbeit nicht leben können. Es muss nicht sein, dass Freizeitheime, Bibliotheken und Schwimmbäder ihre Öffnungszeiten einschränken oder schließen, Kulturangebote und der öffentliche Nahverkehr immer teurer werden, dass die Infrastruktur der Kommune verlottert, auf die wir alle angewiesen sind und dass öffentliches Eigentum privatisiert wird. Die Ursachen und die Verursacher sind bekannt! Der vorhandene gesellschaftliche Reichtum, der auch in Krisenzeiten stetig wächst, wird zunehmend ungleich verteilt. So erhalten die Reichen Steuergeschenke, die die Masse der Bevölkerung finanzieren muss. Das Geld, das hier verschenkt wird, fehlt nicht zuletzt auch in den Kommunen. Diejenigen, die das hohe Lied vom Sparen singen, bedienen sich immer schamloser und lassen sich bedienen – von Politikern und Politikerinnen, die hier vor Ort die Situation bejammern, aber in Berlin für Hartz IV, für Auslandseinsätze der Bundeswehr, für die Einschränkung von Bürgerrechten, für die Senkung von Unternehmenssteuern und die Verschleuderung öffentlichen Eigentums stimmen. Wer so handelt, lügt, wenn er beispielsweise den Rückgang der Geburtenrate oder die Kinderarmut beklagt. Er hat sie mit verursacht!

DIE LINKE ist die einzige Partei, die im Bund, im Land und in der Kommune mit einer Stimme spricht. Wir wissen, dass in der Kommune nicht alles das repariert oder ausgeglichen werden kann, was auf Bundes- und Landesebene zu Lasten der Bürger*innen beschlossen wurde. Aber wir legen nicht die Hände in den Schoß, sondern handeln dort, wo etwas zu bewegen ist. Deshalb setzt sich DIE LINKE im Bundestag u.a. für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde ein – ohne jede Ausnahme und jährlich ansteigend; sie fordert die Abschaffung der entwürdigenden Hartz-IV-Regelungen und eine bedarfsgerechte sanktionsfreie Mindestsicherung (solidarische Mindestrente), bei der niemand unter 1.050 Euro Einkommen fällt. Kurzfristig sollen die Hartz-IV-Regelsätze auf 500 Euro steigen. Keine Sanktionen, keine Bedarfsgemeinschaften, keine Ein-Euro-Jobs, sondern eine Mindestsicherung für jede und jeden und gute Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebote. Im Münchner Stadtrat forderte DIE LINKE die Einführung des Sozialtickets für arme Mitbürger*innen und die Einhaltung von Mindestlohngrenzen, auch wenn sie noch nicht gesetzlich verankert sind. DIE LINKE stimmt im Bundestag gegen den Ausverkauf der Deutschen Bahn und in München stellen wir uns allen Bestrebungen entgegen, kommunale Einrichtungen gleich welcher Art zu privatisieren. Privatisierung heißt: Wenige verdienen und die Bevölkerung zahlt die Zeche, Gewinne werden privatisiert, Verluste hingegen müssen von uns allen gemeinsam getragen werden!

DIE LINKE will mit ihren Konzepten zur Steuergerechtigkeit einen handlungsfähigen Staatshaushalt in Bund, Ländern und Kommunen schaffen. Der Ausbau sozialer Sicherungssysteme, kostenfreie Bildungsangebote und ein sozial-ökologischer Wandel sind öffentliche Aufgaben und zugleich notwendige Investitionen in die Zukunft; sie müssen durch eine sozialgerechte Steuerpolitik refinanziert werden. DIE LINKE tritt dafür ein, das Kooperationsverbot abzuschaffen, das dem Bund verbietet, Bildungsinvestitionen der Länder und Kommunen mit zu finanzieren.

Kommunales Handeln braucht engagierte Bürger*innen! Wir wollen, dass die Menschen sich aktiv in die Gestaltung ihrer Lebensumstände einschalten und einschalten können. Dafür ist die kommunale Ebene besonders gut geeignet. Daher treten wir für eine Erweiterung der kommunalen Entscheidungsmöglichkeiten ein, z.B. durch die Einführung eines Bürgerhaushalts auf Bezirksausschussebene.

Kommunales Handeln braucht auch entsprechende finanzielle Spielräume. Geld wäre ausreichend vorhanden! Würden die politisch Verantwortlichen eine konsequente Wirtschafts- und Steuerpolitik im Sinne des Gemeinwohls betreiben, könnten längst überfällige und notwendige Ausgaben problemlos finanziert werden. Warum werden die Unternehmen, die hier ihre Gewinne erarbeiten lassen und realisieren, nicht durch entsprechende Erhebung und Anhebung der Unternehmenssteuern angemessen an der Finanzierung kommunaler Einrichtungen und Dienstleistungen beteiligt? Hier kann und muss auch der Stadtrat seine Stimme erheben und dabei helfen, dass entsprechende Gesetze in Bund und Land bzw. städtische Satzungen auf den Weg gebracht werden. Dafür setzt sich DIE LINKE ein.

DIE LINKE ist eine noch junge Partei, aber sie wirkt bereits heute! Unsere Themen sind in aller Munde. In München hat DIE LINKE daran ihren Anteil, auch im Stadtrat, in dem wir seit 2002 durch **Brigitte Wolf**, seit 2008 zusätzlich mit **Orhan Akman** und **Dagmar Henn** vertreten sind und in dem wir ab 2014 deutlich stärker vertreten sein wollen.

Unterstützen Sie bei der Kommunalwahl DIE LINKE. offene Liste München: Damit die Stimme für Arbeit, soziale Gerechtigkeit, Bildung, Bürgerrechte, Frieden und Ökologie noch deutlicher hörbar wird!

1 Armut bekämpfen – Reichtum Umfairteilen!

Armut bekämpfen

Auch wenn nach wie vor der Eindruck besteht, München sei eine Stadt mit geringen sozialen Problemen – der letzte Münchner Armutsbericht spricht eine andere Sprache. 250 000 Münchner*innen und Münchner sind arm, d.h. sie leben von weniger als 60% des Medianeinkommens. In der Boomtown München reicht ein Einkommen von tausend Euro netto nicht mehr zum Leben.

Weniger als die Hälfte dieser Armen beziehen Leistungen nach dem SGB II oder XII. Zu einem großen Teil werden sie von staatlicher Unterstützung überhaupt nicht erfasst – für Wohngeld ist die Miete zu hoch, für ALG II das Einkommen, Sozialwohnungen stehen kaum mehr zur Verfügung. Niedriglöhne und prekäre Beschäftigungsverhältnisse (die es nach wie vor auch bei der Stadt selbst gibt) sorgen dafür, dass diese unsichtbare (und unbekämpfte) Armut weiter zunimmt.

Leistungen nach dem SGB II und XII führen in München nicht dazu, dass die Armutsgrenze überschritten wird; im Gegenteil, in vielen Fällen leben die Betroffenen trotz der Transferleistungen in strenger Armut – sie haben weniger als die Hälfte des Medianeinkommens zur Verfügung. Nach wie vor werden diese Leistungen auch noch gekürzt, wenn die Miete die vorgegebenen Grenzen überschreitet, obwohl selbst gut Verdienende in München Schwierigkeiten haben, eine Wohnung zu finden, ein Umzug in eine günstigere Wohnung also schlicht nicht möglich ist.

Eines der Anzeichen zunehmender Probleme ist die massiv steigende Wohnungslosigkeit. Mittlerweile sind 4200 Menschen in München wohnungslos, und die Zahlen steigen monatlich. Viele davon sind Bezieher*innen von ALG II, aber in den Notunterkünften finden sich längst auch Erwerbstätige. Die Stadt hat darauf keine andere Antwort, als ehemalige Kasernen mit Wohnungslosen zu belegen und Sanktionen für Wohnungslose zu erfinden. Im Jahr 2012 konnten nur noch 2400 Sozialwohnungen vergeben werden, und ein Drittel davon ging an städtische Beschäftigte.

Noch weitgehend unbemerkt, wird diese Mischung aus Armutslöhnen und Wohnungsnot zur Bedrohung für die soziale Infrastruktur der Stadt. Für die Kindertagesstätten finden sich keine Erzieherinnen, in Krankenhäusern und Pflegeheimen können freie Stellen nicht mehr besetzt werden. Alle Münchner*innen sind darauf angewiesen, dass sich daran etwas ändert.

Die Sozialpolitik der Stadt kann im besten Fall reparieren, was wirtschaftliche Verhältnisse zerstören. Sie ist an unsoziales und oft unzureichendes Bundesrecht gebunden, wie Hartz IV oder das Wohngeldgesetz. Aber München als wohlhabende Kommune ist in der Pflicht, die Folgen dieses Bundesrechts so weit wie möglich zu kompensieren. Stiftungsgelder und andere Leistungen ohne Rechtsanspruch sind dabei keine Lösung.

Arme und Wohnungslose sind nach wie vor Bürger*innen mit Grundrechten. DIE LINKE. erwartet, dass sich die Verwaltung auf allen Ebenen dementsprechend verhält. Das beginnt mit dem Unterlassen grundrechtswidriger Eingriffe (z.B. Postöffnung in Notunterkünften), setzt sich fort in respektvollem Umgang wie der automatischen Bereitstellung erforderlicher Sprachmittler und endet damit, in jedem Zusammenhang Selbstorganisation zu respektieren, zu fördern und zu beteiligen.

DIE LINKE. will den MünchenPass als ergänzende Leistung der Stadt allen zugänglich machen, deren Einkommen unter der Armutsgrenze liegt. Zusätzliche Leistungen für die große Gruppe der Armen, die bisher keinerlei Ansprüche haben, müssen entwickelt werden.

Unsere Forderungen:

- DIE LINKE. will eine Beendigung jeglicher Kürzungen beim SGB II und XII wegen zu hoher Mieten, bis die Notlage am Münchner Wohnungsmarkt vorüber ist.
- DIE LINKE. fordert ein Ende der Sanktionen im SGB II und XII, aber auch der Sanktionen gegen Wohnungslose. Sie sind schlicht verfassungswidrig.
- DIE LINKE. fordert einen deutlicheren Einsatz der Stadt gegen die Wohnungslosigkeit, insbesondere durch Beschlagnahmungen bei drohender Räumung.

- DIE LINKE. fordert unabhängige Soziallotsen bei allen Sozialbürgerhäusern, die durch den Dschungel der vielfältigen Angebote führen. Inzwischen müssen viele Beratungsstellen einen Großteil ihrer Zeit für diese Tätigkeit aufwenden und es bleibt oft dem Zufall überlassen, ob Betroffene von Angeboten erfahren.
- DIE LINKE. will ein Verbot von Strom- und Gassperren bei Privathaushalten, da eine menschenwürdige Lebensführung heutzutage ohne Strom und Gas nicht mehr möglich ist.
- DIE LINKE. fordert die Einrichtung von Ombudsstellen bei den Jobcentern wie auch in den Notunterkünften und beim Wohnungsamt.
- DIE LINKE. setzt sich dafür ein, alle Finanzierungsvorbehalte bei sozialen Maßnahmen zu überprüfen und aufzuheben, wenn Anzeichen bestehen, dass Selbstbestimmung, Entwicklungsmöglichkeiten oder körperliche und seelische Gesundheit Betroffener durch sie bedroht sind.

In Würde alt werden können ist ein Menschenrecht

Mittlerweile sind über 12 000 Münchner*innen auf Grundsicherung im Alter angewiesen, und die Zahl steigt jährlich; aber viele Beziehende*innen von Niedrigrenten dürften nach wie vor keinen Antrag auf ergänzende Leistungen stellen. Trotz eines städtischen Zuschlags zur Grundsicherung reicht auch diese Leistung nicht aus, um ein Leben über der Armutsgrenze zu ermöglichen.

Gerade günstiger Wohnraum ist selten barrierefrei, gerade in ärmeren Stadtvierteln lässt die Nahversorgungsstruktur zu Wünschen übrig. Ältere Menschen mit Migrationshintergrund werden von vielen Angeboten nach wie vor nicht erreicht und finden keine Pflegeeinrichtungen, die auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind.

DIE LINKE. tritt dafür ein, dass alte Menschen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Dazu gehört die Möglichkeit, sich in Parteien, Verbänden und Selbsthilfegruppen für die eigenen Interessen einzusetzen. Ebenso wichtig ist das Recht auf Mobilität und das Wohnen in der vertrauten Umgebung, auch wenn man auf Hilfe angewiesen ist.

Für Ältere geeignete, öffentlich geförderte Wohnungen – sei es innovative Projekte wie Wohngemeinschaften oder barrierefreier Wohnraum – müssen auch für Beziehende*innen von Grundsicherung zur Verfügung stehen.

In allen Einrichtungen, auch Alten- und Servicezentren, ist eine Beteiligung der Nutzer*innen an Entscheidungen gefragt.

Interkulturelle Pflege sollte in einer Stadt wie München eine Selbstverständlichkeit sein. DIE LINKE. unterstützt nicht nur die jüngst beschlossenen Modellprojekte; sie fordert auch städtische Hilfe bei der Etablierung neuer Träger, die ambulante Pflege und sonstige Hilfsmaßnahmen bieten sollen.

Der Mangel an Pflegepersonal macht jetzt schon oft den – ohnehin zu niedrigen – Personalschlüssel der Einrichtungen zur Makulatur. Hier kann nur eine Bezahlung helfen, die das Leben in München ermöglicht.

Alle Pflegeheime müssen mindestens einmal jährlich unangemeldet kontrolliert werden. Die Berichte dieser Kontrollen müssen der Öffentlichkeit zugänglich sein.

Behindert ist man nicht – behindert wird man

Auch wenn durchaus schon einiges erreicht wurde – von einem echten Nachteilsausgleich ist die Politik für Behinderte in München noch weit entfernt. Die öffentlichen Verkehrsmittel werden zwar zunehmend barrierefrei, und die (wenigen) Neubauprojekte der Stadt bieten einen hohen Anteil behindertengerechter Wohnungen, aber viele Teile der Infrastruktur, wie Arztpraxen, sind nach wie vor schwer zu erreichen, Inklusion im Schulwesen gibt es nur als Modellversuch und die barrierefreien Wohnungen sind für Viele schlicht zu teuer.

Seit nicht mehr die Stadt, sondern der Bezirk, für Behinderte aufkommen, gibt es ein ständiges Ringen um die in München vorhandenen Einrichtungen der offenen Behindertenhilfe. Auch das Arbeitgeberprojekt, das es Behinderten ermöglicht, selbst ihre Unterstützungskräfte auszuwählen, wird immer wieder gefährdet.

Die LINKE. sieht die maximale Selbstbestimmung als Ziel aller behindertenpolitischer Maßnahmen. Das schließt die sexuelle Selbstbestimmung und einen straffreien Zugang zu entsprechenden Dienstleistungen selbstverständlich mit ein. Selbsthilfegruppen von Menschen mit Behinderung sind zu fördern und bei allen entsprechenden städtischen Maßnahmen zu beteiligen. Nicht nur Betroffene im Arbeitgebermodell haben ein Recht, ihre Pflegekräfte zu wählen; diese Möglichkeit sollte allen Betroffenen eröffnet werden. Haben Menschen mit Behinderung, auch mit geistiger Behinderung, Kinder, ist es Aufgabe der Jugendhilfe, ein Zusammenleben der Familie durch geeignete Unterstützung zu ermöglichen. Die LINKE. fordert die Erstellung eines Zeitplans zur Umsetzung der Inklusion auf allen Ebenen des Bildungssystems, von der Kinderkrippe bis zur Hochschulreife. Eine gemeinsame Betreuung ist nicht nur ein Gewinn für die behinderten Kinder, sie ist ein Gewinn für eine menschlichere Gesellschaft.

2 Arbeit und Wirtschaft – Mensch vor Profit!

Die Arbeitsverhältnisse bestimmen für die meisten Menschen nicht nur die existentiellen Grundlagen ihres Lebens, sondern auch viele weitere Bereiche ihres persönlichen und sozialen Umfelds: den Freundeskreis, Anregungen zur Weiterbildung und kulturelle Interessen im positiven Sinn, aber auch der Umgang mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Verschleiß, psychische Belastungen und zwischenmenschliche Konflikte im negativen Sinn.

Fehlende Arbeit bedeutet materielle Einschränkungen bis hin zu Notlagen, sie ist eine der Hauptgründe für Armut in einer so reichen Stadt wie München: immerhin rund 250 000 Menschen gelten in München „als von der Armutsgrenze bedroht“! Wir brauchen daher eine engagierte kommunale Arbeits-, Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik. Wir befassen uns schwerpunktmäßig mit zwei Bereichen, die natürlich eng mit einander mit einander verwoben sind:

Die **Beschäftigungspolitik** für diejenigen, die aus dem allgemeinen Arbeitsmarkt „herausgefallen“ sind und eine **Wirtschaftspolitik**, die vorausschauend um die Bereiche der Münchner Betriebe und Unternehmen kümmert, in denen es sinnvoll erscheint, die Beschäftigung zu sichern und fortzuentwickeln.

Aktive kommunale Wirtschaftspolitik

Ereignisse wie die völlig überraschende Schließung des Möbelhauses XXXLutz an der Theresienhöhe, bei dem 160 Beschäftigte quasi über Nacht ihren Arbeitsplatz verloren, oder die städtische Ratlosigkeit angesichts des Kampfes der über 3000 Beschäftigten von NSN (Nokia-Siemens-Networks) gegen die Auflösungspläne der Konzernleitung oder die Sprachlosigkeit der Stadt, als plötzlich rund 250 Filialen von Müller-Brot aufgrund der – betrügerischen – Insolvenz der Mutterfirma in Neufahrn zumindest vorübergehend geschlossen werden mussten und viele Pächter*innen der Filialen vor dem Nichts standen, all diese Ereignisse zeigen: eine kommunale Wirtschaftspolitik, die auch in Krisenzeiten mehr tut als nur zu „moderieren“ gibt es in München nicht.

Natürlich kann auch die reichste Kommune die Fehlentscheidungen eines Weltkonzerns nicht kompensieren. Aber eine Kommune kann vorausschauende kommunale Wirtschaftspolitik entwickeln. Dies allerdings setzt eine fortlaufende Analyse des Zustands der Münchner Wirtschaft voraus. Auf Basis einer solchen Analyse können dann die Felder für stützende oder entwickelnde Maßnahmen bestimmt werden, kann ein sinnvoller Mitteleinsatz gewährleistet werden.

Denn: gerade Selbstständige, Handwerk und kleine Unternehmen brauchen – zumindest zeitweilig – Hilfestellung: Bei der Suche nach bezahlbaren Räumlichkeiten und der Bereitstellungen von Infrastruktur. Wo sollen eigentlich all die kleinen Betriebe hin, die sich früher in den Hinterhöfen unserer Wohnviertel befanden? Wer nimmt schon gern eine Schreinerei oder eine Autowerkstatt in Kauf? Gewerbehöfe bieten Raum für IT-Entwickler*innen und Labors, der kleine Handwerker, die Schneiderei, der Metallbetrieb aber kommt hier nicht zurecht.

Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik

Gerade die Landeshauptstadt braucht eine aktive Beschäftigungspolitik, denn die Arbeitslosigkeit steigt nicht nur aktuell gegenüber den Vorjahren wieder an auf rund 44 000 im November 2013 (41 000 im Nov. 2012), sondern wir beobachten seit Jahren auch eine Verfestigung bei den sogenannten Problemgruppen: den Älteren, den Menschen mit Behinderungen, den Menschen mit keinen oder schlechten Schul- bzw. Berufsabschlüssen, den alleinerziehenden Frauen, den schon sehr lange (über 2 Jahre) Arbeitslosen!

Hier muss auch die Kommune eine aktive Beschäftigungspolitik betreiben - jenseits der Verwaltung von Arbeitslosigkeit etwa in den Jobcentern gemeinsam mit der Arbeitsagentur. Das seit Jahren laufende MBQ (Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm) fördert zwar einen ganzen Strauß von Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekten, vermag es jedoch nicht, dauerhafte Strukturen zu schaffen, in denen die komplizierten und vielschichtigen Problemlagen der Betroffenen in Ruhe aufgearbeitet werden können.

Öffentlicher Beschäftigungssektor statt Kurzeitmaßnahmen

DIE LINKE fordert daher die Schaffung eines *öffentlichen Beschäftigungssektors* (ÖBS) mit sozialversicherungs-pflichtigen Arbeitsverhältnissen, die Existenz sichernd bezahlt werden. In diesen Sektor können die bestehenden Arbeitsförderungs-Projekte zumindest teilweise integriert werden, so dass die bewährte Münchner Vielfalt der Projekteszene nicht verloren geht. MAW-Jobs (zusätzlich zum ALG II wird noch eine Mehraufwandsentschädigung vergütet, ohne damit ein reguläres Arbeitsverhältnis zu begründen) werden daher großenteils überflüssig. Dabei konzentrieren sich die kommunal geförderten Maßnahmen auf die Zielgruppe der „*Strukturbenachteiligten*“, d.h. auf solche Menschen, die aufgrund von Ereignissen wie Konkurs, Scheidung, gesundheitliche Beeinträchtigung seit mehreren Jahren aus dem Arbeitsleben ausgeschieden sind, oftmals eine Fülle von privaten Problemen auf-ge-türmt haben und die in einem zunächst gesicherten Job erst einmal persönlich stabilisiert werden müssen, dann eine langfristige Zusatzqualifizierung erhalten und schließlich an den regulären Arbeitsmarkt herangeführt und vermittelt werden sollen. Hierbei wollen wir eine Wiedereinführung des Normalarbeitsverhältnisses anstreben, das heißt, dass ein Mensch unbefristet in Vollzeit bzw. je nach Bedarf in vollzeitnaher Teilzeit arbeiten kann und von dieser Arbeit auch leben kann. Das Ziel muss sein, in München auch ohne ein Amt über die Runden kommen zu können.

Dem Einzelnen soll möglichst im Werkstatt-Prinzip eine – nach einer Orientierungsphase - seinen Begabungen entsprechende vor allem relativ einfache aber qualifizierende handwerkliche oder kaufmännische Tätigkeit ange-boten werden, die bis zu drei Jahre im ÖBS wahren kann. Statt auf Sanktionen und Drangsalieren muss auf Moti-vation, Heranführen an Regeln, Qualifikation und Begeisterung für die geleistete Arbeit – das Produkt – gesetzt werden.

Die Förderung von *Kurzeit-Kursen* etwa zur Berufsorientierung, bei denen teilweise zum wiederholten Male Bewerbungsschreiben geübt werden und ansonsten nur mit Drohungen und Aussieben gearbeitet wird, lehnen wir ab. Gleiches gilt für die sogenannte *Bürgerarbeit*, bei der in Form eines Appells an das bürgerschaftliche Enga-gement letztlich nur reguläre Arbeitsverhältnisse – gleich ob im geförderten-gemeinnützigen oder im privat-gewerblichen Sektor - ersetzt werden!

Die Kooperation mit der Arbeitsagentur hat auf Augenhöhe z.B. im Jobcenter, zu erfolgen. Die stark von bundes-wehrartigen Handlungsmustern geprägte derzeitige Anweisungs-Unkultur der Bundesagentur für Arbeit soll einer kooperativen Einstellung zu den kommunalen Partnern weichen – dafür setzt sich DIE LINKE auch im Bundestag ein.

Ombudsstelle für Beschwerden:

Alle im Rahmen der Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen Beschäftigten können sich form-los aber mit Begründung an eine Ombudsstelle (nach dem Vorbild der skandinavischen Ombudsleute, ähnlich den Wehrbeauftragten im Deutschen Bundestag u.ä.) wenden, die als unabhängige Einrichtung fungiert und sämtliche Verwaltungs-vorgänge nochmals überprüfen kann. Die regelmäßigen Berichte werden veröffentlicht.

Flankierende Maßnahmen:

Für eine vernünftige Qualifizierung insbesondere bei Alleinerziehenden ist eine *ganztägige Kinderbetreuung* Vor-aussetzung, die auch nicht an Zeiten wie Schulferien o. ä. gebunden sein darf.

Für die Stabilisierung der oft „geschädigten“ und von komplexen Problemlagen abgelenkten Menschen werden im Rahmen der Arbeitsprojekte u.a. die teilweise bereits bestehenden Schuldner- und Drogen-Beratungen durch-geführt, ohne dass diese Menschen von „Amt zu Amt“ geschickt werden. Weitere erforderliche Schnittstellen werden flexibel im Rahmen des „Öffentlichen Beschäftigungssektors“ geschaffen, da sich die Problemlagen schnell verändern können.

Überprüfung und Evaluierung

Bislang werden arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zwar in Finanzfragen und bei der „antragsgemäßen Mittelverwendung“ oftmals geradezu übermäßig kontrolliert und mit Berichtspflichten überzogen. Eine sinnvolle und qualitative Evaluation, also die Untersuchung der Wirksamkeit und deren Nachhaltigkeit, findet aber weder im städtischen Verantwortungsbereich noch durch die Arbeitsagentur statt. Daher sind alle Projekte regelmäßig zu besuchen und nach qualitativen Kriterien zu bewerten. Von größter Bedeutung ist dabei, die langfristige Wirkung der geleisteten Arbeit auf die Menschen, ihre Stabilisierung und Qualifizierung zu untersuchen. Daher sind alle Projekte regelmäßig zu besuchen und nach qualitativen Kriterien zu bewerten. Von größter Bedeutung ist dabei, die langfristige Wirkung der geleisteten Arbeit auf die Menschen, ihre Stabilisierung und Qualifizierung zu untersuchen.

Kommunale Förder- und Beteiligungsbank eG

Wer heute als Handwerker*in, kleine(r) Einzelhändler*in oder Selbständige(r) einen Kredit braucht, etwa zur Anschaffung einer neuen Maschine, kann sehen, wo er bleibt. Alle Förderbanken des Landes (LfA) oder des Bundes (KfW) arbeiten nach dem „Hausbanken-Prinzip“. Und das bedeutet: Sicherheiten möglichst in Form von Immobilien oder weit reichende Bürgschaften – aber woher nehmen?

Daher schlägt DIE LINKE vor: Kleinbetriebe in Schwierigkeiten – wenn ihr Betrieb als sinnvoll angesehen wird – erhalten eine kommunale Beteiligung / ein kommunales Darlehen aus der Hand einer dafür zu gründenden kommunalen oder genossenschaftlichen (mit kommunaler Beteiligung) „Förder- & Beteiligungsbank eG“. Ziel muss eine dauerhafte Weiterführung des Betriebes sein. Vorausgesetzt wird eine soziale Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse, soweit Arbeitnehmer beschäftigt werden. Besonders gefördert wird, wenn der Betrieb bereit ist, zur Integration von Arbeitsmarkt-Benachteiligten beizutragen. Dies kann auch durch Partnerschaft mit entsprechenden Projekten aus dem öffentlichen Beschäftigungssektor geschehen. Auch kann über eine solche Einrichtung für unabhängige Angebote für die oftmals ungeklärte Unternehmensnachfolge gesorgt werden.

Zukunft der Arbeit in München:

Wie wird und wie soll eigentlich Arbeit in Zukunft in München aussehen? Eine Kommune kann keine „Megatrends“ wie die Durchdringung mit Elektronik oder die Tertiärisierung (von der Herstellung von Gütern hin zur Erstellung von Dienstleistungen) oder die zunehmende weltweite Verknüpfung von Wertschöpfungsketten oder gar konjunkturelle Schwankungen kompensieren oder „umdrehen“. Sie kann aber sehr wohl analysieren, ob z.B. die berühmte Münchner Mischung nicht durch ein Wegziehen kleiner aber kreativer oder haushaltsnaher Betriebe gefährdet ist. Oder feststellen, ob zu viele Handwerksbetriebe letztlich bloße Zulieferer für Industriebetriebe sind und von deren Wohlwollen und Preisvorstellungen abhängen.

Dazu fordert DIE LINKE den Aufbau eines *kommunalen Instituts „Zukunft der Arbeit“*. Hier wird in Zusammenarbeit mit ähnlichen Einrichtungen der Kammern, der Arbeitsagentur, freien und universitären Instituten analysiert wo Zukunftstrends und Zukunftswünsche hingehen, welche Tendenzen gibt es im Umfeld, auf welche demographische Entwicklung muss sich die Stadt und ihre Wirtschaft einstellen? Es werden Empfehlungen ausgearbeitet für Maßnahmen der Wirtschaftsförderung und der Förderung oder Einrichtung neuer Schwerpunkte für die beruflichen Bildungsgänge, der Weiterbildung und Nachqualifizierung in kommunaler Trägerschaft. Somit leistet die Stadt ihren Beitrag zur Entstehung einer fundierten Vorstellung von den Arbeitsplätzen der Zukunft in München.

Die Kommunalen Betriebe Münchens:

Kommunale Betriebe, gleich in welcher Rechtsform sie betrieben werden, haben den Zweck, alle Bereiche, die der Daseinsvorsorge dienen, jenseits reiner profitorientierter Unternehmen als gesamtgesellschaftliche, allein am Nutzen für die Menschen orientierten Aufgabe abzudecken. Diese Betriebe dürfen sich nicht – trotz kommunaler Trägerschaft – zu reinen Wirtschaftsunternehmen verselbständigen. DIE LINKE sieht diese Gefahr z. B. bei den Stadtwerken, die in aufwendige Off-Shore-Windanlagen vor der norwegischen Küste investieren, angeblich um so die Stromerzeugung auf eine ökologische Basis zu stellen. Ähnliches zeichnet sich bei der Flughafen-Gesellschaft ab, die nun meint, in Brasilien investieren zu müssen. Dies führt zu Risiken für die Unternehmen und damit für das kommunale Eigentum der Bürger der Landeshauptstadt München.

DIE LINKE fordert eine echte „Rekommunalisierung“ der Betriebe mit städtischer Beteiligung, um eine reale demokratische Kontrolle und Beteiligung der Bürger*innen zu ermöglichen. Hierzu sind die Satzungen und/oder Gesellschaftsverträge so zu gestalten, dass eine bürgerschaftliche Einflussnahme gewährleistet ist. Die Ausgründung weiterer Bereiche aus städtischen Eigenbetrieben oder die Unterwerfung städtischer GmbHs unter ein Denken, das reinem ökonomischen und letztlich profitorientiertem Kriterien unterworfen ist, lehnen wir ab.

Die städtischen Betriebe dürfen keinem Privatisierungsdruck ausgesetzt werden, sondern müssen auf stabilen kommunalwirtschaftlichen Beinen stehen. Dies betrifft die Stadtwerke München ebenso wie die Stadtparkasse München, das Städtische Klinikum München (StKM), den Abfallwirtschaftsbetrieb (AWB) bis hin zu Schulen, Meisterkursen, Kindertagesstätten und die Altenpflege durch die Münchenstift-GmbH. Dabei lassen wir nicht außer Acht, dass alle Betriebe auch sparsam und wirtschaftlich zu führen sind. Wie fatal die Entwicklung verläuft, wenn einerseits ökonomisierte Gewinnorientierung und andererseits Filz und Pfründewirtschaft um sich greifen, zeigen die in der StKM GmbH zusammengefassten städtischen Kliniken: einem kaum zu finanzierenden Wasserkopf an Chefärzten steht eine völlig überforderte Basis an Pflegepersonal, Reinigungskräften und Service-Dienstleistern gegenüber. Auch darf das Sparsamkeitsgebot nicht dazu führen, dass für Regelaufgaben Werkverträge zu Dumpingpreise vergeben werden. DIE LINKE fordert, dass in den Betrieben und Einrichtungen der Stadt oder mit städtischer Beteiligung einerseits eine wirksame demokratische Kontrolle durch Stadtrat und weitere Bürgergremien etabliert wird und andererseits effiziente organisatorische Strukturen ohne Filz und Klüngel Hand in Hand gehen.

3 Wohnen ist ein Grundrecht und kein Luxusgut!

Wohnen ist Menschenrecht

München wächst. Abwanderungen abgezogen ergaben die Zuzüge im Jahr 2012 ein Plus von rund 25.000 Bürger*innen. Dazu ist München eine der Städte mit steigenden Geburtenraten. Das Angebot an Wohnraum bleibt hingegen weit hinter dem Bedarf zurück.

So wurde insbesondere preiswerter Wohnraum zu einer Rarität, auf die gleichzeitig immer mehr Menschen angewiesen sind. Gebaut wurde wenig. Wenn gebaut wurde, entstanden häufig Luxuswohnungen. So wundert es nicht, dass im Jahr 2012 die Mieten für den Erstbezug im Vergleich zum Vorjahr einen Sprung um ganze 11,5 Prozent auf 16,07 €/m² gemacht haben.

Wohnen für Anlieger statt für Anleger

Investitionen in den Wohnungsbau in München beinhalten zunächst hohe Bodenpreise und schließen dann hohe Erwartungen an die (Miet-)Verzinsung sowie späterer Veräußerungsgewinne ein. Im Vergleich zu anderen Investments gelten Immobilien als attraktiv, sicher und werden entsprechend nachgefragt. In Zeiten der europäischen Wirtschaftskrise nimmt München nicht nur Armutsflüchtlinge sondern auch flüchtiges Kapital auf, meist aus denselben Ländern. Auf den Bodenpreisen lastet also ein hoher Spekulationsdruck und treibt die Preise weiter in die Höhe. Fehlendes Angebot bei gleichzeitig steigenden Preisen kennzeichnet den sogenannten Wohnungsmarkt. In diesem Markt gibt es auch großzügige Wohnungen, die von ihren Besitzerinnen und Besitzern nur ein paar Wochen im Jahr genutzt werden. Hier eröffnet sich ein Potential an Wohnraum, welches für den Fall steigender Wohnungslosigkeit erschlossen werden kann. Die rechtlichen Hürden für den staatlichen Zugriff sind jedoch hoch. Sollte sich aus der steigenden Wohnungslosigkeit eine Gefahr für die öffentliche Ordnung entwickeln, eröffnen sich für den Stadtrat Möglichkeiten des direkten Zugriffs auf leer stehenden Wohnraum, der auch genutzt werden muss.

Wohnungsnot ist Einkommens abhängig

In der gegenwärtigen Situation leiden vorwiegend Menschen mit geringen Einkommen, darunter diejenigen, die Kosten der Unterkunft nach dem SGB II und SGB XII erhalten, unter dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Die Grenze, bis zu der die Warmmieten von Hilfeempfängerinnen und -empfängern übernommen werden, liegt dagegen seit Jahren auf einem so niedrigem Niveau, dass Wohnungen, die in diese Kategorie fallen, also vom Sozialamt oder dem Jobcenter übernommen werden, auf dem Münchner Wohnungsmarkt nicht mehr vorhanden sind. Hilflos stehen Bezieherinnen und Bezieher von Grundsicherung im Alter und Arbeitslosengeld II dann der Aufforderung des Jobcenters oder des Sozialamtes gegenüber, sie sollten doch bitte ihre Miete senken. Werden nach erfolgloser Aufforderung zur Mietkostensenkung dann Kürzungen bei den Kosten der Unterkunft angedroht, fühlen sich viele dieser Mitbürgerinnen und Mitbürger unmittelbar in ihrer Existenz bedroht. Doch selbst Menschen mit mittlerem Einkommen haben derzeit kaum eine Chance, Wohnraum zu erschwinglichen Preisen zu erhalten. Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften hingegen verfügen ihrerseits über zu wenige Wohnungen, um für Entlastung zu sorgen und den stetig steigenden Bedarf zu decken. Ihre Kapazitäten erschöpfen sich bereits bei der Versorgung der Beschäftigten der Landeshauptstadt. Welche Erzieherin würde sich noch nach München bewerben, wenn zu ihrer bescheiden vergüteten Stelle in einer Kita nicht wenigstens eine Wohnung in einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft zugesichert würde?

Der Bestand an Sozialwohnungen schmilzt – trotz zaghaftem Neubau – kontinuierlich wie Schnee in der Sonne: verfügte die Stadt im Jahr 2000 noch über rund 60 000 Sozialwohnungen, so waren es 2012 nur noch rund 40 000! Grund: die Preisbindungen laufen schneller aus, als neue Wohnungen (Ziel: 1 300 im Jahr) gebaut werden können. Über 4.000 Haushalte suchen bereits Obdach in einer der städtischen Notunterkünfte. Auch hier sind die Grenzen der Leistungsfähigkeit erreicht. Mietpreisexpllosion, Wohnungsmangel und Wohnungslosigkeit werden zu einer ersten Gefahr.

Behutsame Stadtreparatur statt brachialer Nachverdichtung und Luxusmodernisierung

Es wird gebaut in München, kein Zweifel: die Immobilienpreise der Zeitungen sind voller Ankündigungen zu Luxuswohnanlagen, Stadtresidenzen, „beschützten Arealen mit feinem Ambiente“ in besten innerstädtischen Lagen: „Alte Akademie“, „The Seven“, das „Pürschel-Palais“, die Togonalwerke in Bogenhausen – die Liste lässt sich beliebig verlängern. Das Gelände hinter dem Briefzentrum an der Arnulfstraße wurde von der Post AG verhökert, der Investor scheut sich nicht, anzukündigen, dass *Miet*wohnungen nicht in sein Konzept passen würden.

Wenn neu gebaut wird, dann muss dies in Form von bezahlbarem, ökologisch sinnvollem und kompaktem Wohnungsbau geschehen mit dauerhafter Mietpreisbindung!

München ist „versteinert“: es ist die deutsche Großstadt mit dem wenigsten Grün – auch wenn durch Parks wie dem Englischen Garten oder dem Nymphenburger Schlosspark manchmal ein anderer Eindruck entsteht. Die Stadtfläche darf also in Summe nicht weiter versiegelt werden, wenn wir nicht Durchlüftung und Mikroklima noch weiter schädigen wollen. In Form eines kompakten, aber durchsonnten Wohnungsbaus, der zusammenhängende Grünflächen freimacht, ist dies möglich - dies beweisen viele genossenschaftlichen Wohnbauten, aber auch die kommunalen Wohnbaugesellschaften.

Jedoch: auch die beste Genossenschaft kann nicht zaubern. Jede Mietkalkulation hängt von einem entscheidenden Faktor ab: dem Bodenpreis. Dies zeigte sich dramatisch bei Genossenschaften der Eisenbahner und der Post, als die Erbbaurechtsverträge 2012 nach Ablauf der 60-jährigen Laufzeit auf Geheiß des Bundesfinanzministers – er verwaltet das „Eisenbahn-Vermögen“ – nicht verlängert werden sollten bzw. nur mit neuer Kalkulation auf Basis eines mehr als verdoppelten Grundstückpreises! Nur der heftige Protest von Mietern und Genossenschaften verhinderte diesen Coup. Daher müssen Grund und Boden grundsätzlich „aus der Spekulation genommen“ werden – denn jedes Eigentum ist schließlich dem Gemeinwohl verpflichtet – und dürfen nur noch zu einem festzulegenden Preis für Kauf oder Nießbrauch dem Bauherrn überlassen werden.

Die wenigen in München noch vorhandenen Flächen dürfen keinesfalls mehr der Spekulation und damit dem Luxuswohnungsbau überlassen werden. Nicht mehr renditegetriebene „Investoren“ sind die Handelnden im erforderlichen neuen Wohnungsbau, sondern Kommune und Genossenschaften. Die Flächen reichen noch etwa – beim bisherigen Bautempo – für ein Jahrzehnt. Diese Flächen jeweils nur mit 30% preisgebundenem Wohnraum – als Sozialwohnung oder im München Modell mit Fristen von teilweise nur 15 Jahre – zu bebauen, ist Verschwendung des für alle wertvollen Münchner Innenraums.

DIE LINKE fordert auch hier: 100% sozial – auch im Wohnungsbau!

Daher setzt sich DIE LINKE für eine gesetzlich festgeschriebene Mietobergrenze auf Bundesebene ein. Nur eine solche gesetzliche Mietobergrenze ist geeignet, bezahlbaren Wohnraum zu erhalten und kann gleichzeitig der Spekulation den Boden zu entziehen.

Für eine demokratische Regulierung des Wohnungssektors:

Längerfristig setzen wir uns ein für eine demokratische Regulierung des Wohnungssektors. Wie soll diese aussehen, wie soll sie umgesetzt werden?

In München können wir hier auf gute Erfahrungen des Münchner Wohnungsamtes in den fünfziger Jahren aufbauen. Im weitgehend kriegszerstörten München herrschte krasse Wohnungsnot. Wohnraum musste bewirtschaftet werden. So hatte das Wohnungsamt u.a. eine Abteilung Wohnraum-Erfassung, eine Abteilung Wohnungstausch und eine Abteilung Wohnraum-Vormerkung. Es gab rund 100 000 Anträge, so wurden etwa 1949 rund 11 000 Wohnungen vergeben, 1950 waren es bereits 12 400 und 1951 rund 13 000 Wohnungen. Dabei ist München erst seit 1957 Millionenstadt – eine höchst erstaunliche Leistung; (Quelle: Festschrift zum 100 jährigen Bestehen des Münchner Wohnungsamtes, 2009).

Diese demokratische Regulierung erfolgt in folgenden Schritten:

- **Wohnungs-Audit:**
alle geeigneten Gebäude im Stadtbereich werden erfasst und bewertet. Welche Gebäude und Wohnungen sind für welchen Kreis an Nutzern geeignet, was ist die angemessene Miethöhe?
- **Gebäude-Zertifizierung:**
ist das Gebäude sinnvoll, zweckentsprechend und sozial angemessen genutzt? Wenn dies nicht der Fall ist: mit welchen Maßnahmen kann eine Nutzung als bezahlbarer Wohnraum erreicht werden?
- **Wohnungsvergabe:**
Berechtigten sind freiwerdende geeignete Wohnungen anzubieten. Erst wenn sich kein Berechtigter findet, kann „frei“ angeboten werden.

→ **Bürgerbeirat Wohnen**

Dazu muss das Wohnungsamt erheblich ausgebaut werden und neue demokratischere Strukturen erhalten: Für Auditierung, Zertifizierung und Wohnungsvergabe müssen entsprechende Abteilungen gebildet werden. Diese werden durch einen gesondert zu wählenden „Bürgerbeirat Wohnen“ kontrolliert. Der Bürgerbeirat ist gleichzeitig Einspruchs- und Widerspruchsstelle für Bürger*innen, die mit Entscheidungen nicht einverstanden sind oder Kritik an Verwaltungsabläufen haben. Er setzt sich aus Vertretern des Stadtrats, gesondert gewählten Bürger*innen und Vertretern aus Mieter- und Wohnungsbauintiativen zusammen.

Dies muss kurzfristig angepackt und umgesetzt werden:

→ **Mietwohnungsbestände erwerben**

Die Stadt unterstützt den Erwerb von großen Beständen an Mietwohnungen durch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften oder gemeinnützige Genossenschaften.

→ **Beschlagnahme geräumter Wohnungen**

Werden Mieterinnen und Mieter zur Räumung ihrer Wohnung verurteilt und sind von Wohnungslosigkeit bedroht, muss die Landeshauptstadt eine befristete Beschlagnahme der Wohnung prüfen und diese auch vollziehen.

→ **Notunterkünfte schaffen**

Das Angebot an Notunterkünften muss dringend ausgebaut werden, dabei sind Mindeststandards für menschenwürdiges Wohnen zu beachten. Die vom Stadtrat eröffnete Möglichkeit der Zwangsräumung von Notunterkunftsplätzen lehnen wir ab. Wohnen ist ein Grundrecht und Wohnungslosigkeit ein Versagen der Gesellschaft, nicht der Betroffenen.

→ **Angemessenheitsgrenze anheben**

Die in München geltenden Mietobergrenzen, bis zu denen die Kosten der Unterkunft nach den Sozialgesetzbüchern übernommen werden, sind umgehend anzuheben. Bei der Ermittlung neuer Obergrenzen ist nachzuweisen, dass Wohnungen innerhalb der geforderten Preisspanne in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Kürzungen von Leistungen dürfen nur dann vorgenommen werden, sofern die Behörden nachweisen können, dass günstigerer Wohnraum tatsächlich zur Verfügung steht und ein Umzug zumutbar ist.

→ **In Wohnungen investieren**

Erträge aus den städtischen Wohnungsgesellschaften sowie aus den städtischen Pensionsfonds sind vor allem in den Neubau und die Bestandserhaltung von Wohnungen sowie den Erwerb von Belegungsrechten investiert werden. Hierfür ist weiteres städtisches Anlagevermögen – etwa aus den Pensionsfonds – zur Verfügung zu stellen.

→ **Sozial gebundener Wohnraum für alle von Armut Betroffenen**

Der Zugang zu sozial gebundenem Wohnraum muss auch für Bürger*innen gewährleistet werden, die keine Leistungen nach den Sozialgesetzbüchern erhalten, aber unter die besondere Münchner Armutsgrenze fallen. Die vorhandene Quotierung muss entsprechend angepasst werden. Anträge und Bezugsberechtigung sind unbürokratisch und niedrigschwellig zu gestalten.

→ **Zweckentfremdung verhindern**

Die Einhaltung der Zweckentfremdungsverordnung gegen gewerbliche Nutzung von Wohnraum muss streng überwacht werden. Dazu muss qualifiziertes Personal in ausreichender Zahl eingestellt werden.

→ **Mietberatung ausbauen**

Das städtische Angebot zur Beratung von Mieterinnen und Mietern soll ausgebaut werden. Qualifizierte rechtliche Beratung ist geeignet Mietwucher und Wohnungslosigkeit präventiv auf einer konkreten persönlichen Ebene zu bekämpfen. Sie liegt damit in jeder Hinsicht im Interesse der Stadt und muss ausgebaut statt gekürzt werden.

→ **Neue Wohnformen und Modellvorhaben fördern**

Neue soziale Wohnformen z.B. in Mehrgenerationenhäusern, Wohngruppen oder die sinnvolle Verbindung von Wohnen und Arbeiten muss gefördert werden. Der Zugang von einkommensschwachen Mieter*innen und die Inklusion von Menschen mit körperlichen und geistigen Individualitäten gerade für solche Modellvorhaben muss sichergestellt werden.

- **Sanierung und Erhaltung nachhaltig gestalten**
Baumaßnahmen müssen energetisch und ökologisch nachhaltig u.a. schadstofffrei durchgeführt werden. Eine barrierefreie Nutzung für Alte und Menschen mit körperlichen Individualitäten muss auch auf lange Sicht gewährleistet sein. Die Kosten der Baumaßnahmen dürfen dabei nicht einseitig zu Lasten der Mieter*Innen gehen und es dürfen nur tatsächlich aufgewandte und mit den Mietern abgestimmte sinnvolle Modernisierungskosten angemessen umgelegt werden.
- **Mietspiegel korrekt ermitteln und perspektivisch durch Mietobergrenze ersetzen**
Da der Mietspiegel zwangsläufig einen spekulativen Markt abbildet und immer auch eine Aufforderung zur Mieterhöhung bei den unterdurchschnittlich teuren Wohnung darstellt, ist er als Maßstab zur Orientierung ungeeignet und sollte zukünftig durch gesetzlich festgeschriebene Mietobergrenzen ersetzt werden.
- **Sozialer Gebrauch des Planungs- und Baurechts**
Die Ausübung der Planungshoheit und des Baurechts soll dem Zweck dienen, ausschließlich preiswerten und sozial gebundenen Wohnraum zu schaffen.
- **Erhaltungssatzung nutzen**
Stadtgebiete, in denen die Erhaltungssatzung gilt, müssen ausgedehnt und die Befristung ausgesetzt werden. Die Münchner Erhaltungssatzung soll überall dort angewendet werden, wo sie günstigen Wohnraum erhalten kann. Zu diesem Zweck muss die Stadt auch von ihrem Vorkaufsrecht konsequent Gebrauch machen.
- **Sozialbindung auch für ehemalige Gewerbebebauung**
Die Umdeklarierung ehemaliger Gewerbebauten von den Auflagen „sozial gerechten Bodennutzung (SoBoN)“, das sogenannte „fiktive Wohnbaurecht“, muss unterbunden werden. Die städtische Praxis, privaten Bauträgern in dieser Weise soziale Auflagen zu erlassen, ist nicht hinnehmbar.
- **Vorrang für kommunales und genossenschaftliches Eigentum**
Grundstücksgeschäfte und Erbbaurechtsverträge sollen künftig unter der Maßgabe getätigt und geschlossen werden, den Bestand an Flächen im kommunalen oder gemeinnützig-genossenschaftlichen Besitz zu vergrößern. Der Verkauf von städtischen Flächen an private Eigner muss unterbleiben. Wohnungsbau darf nicht länger vor allem in der Hand sogenannter Investoren liegen, deren einziges Ziel es ist, ihren Anlegern die großen Renditeversprechen zu realisieren, sondern vor allem Kommune und Genossenschaften sind die Bauträger der Zukunft. Hätte München zum Beispiel einen ähnlich hohen Anteil in kommunalem und genossenschaftlichem Besitz wie Wien, wären der Bodenspekulation engere Grenzen gesetzt.
- **Einrichtung eines kommunalen Sondervermögens**
Das „kommunale Sondervermögen“ dient dem Bau, dem Kauf und dem Erhalt von bezahlbarem Wohnbau. Dieser Fonds ist demokratisch kontrollierbar zu strukturieren und verfolgt das Ziel, langfristig einen der Renditelogik entzogenen Wohnungsbestand aufzubauen und zu erhalten.
- **Demokratische Regulierung**
An der Planung und Regulierung des Wohnungsmarktes sowie bei der Verwaltung und Vergabe von Wohnraum will DIE LINKE Mieterinnen und Mieter angemessen und unmittelbar beteiligen. Verwaltungsgremien, wie etwa ein Vergabeausschuss, sollen aus Vertreterinnen und Vertretern von Behörden, Mieterinitiativen und -vereinen zusammengesetzt werden, sowie einem Anteil von Mieterinnen und Mietern, die nach Vorbild der Planungszelle per Los zu bestimmen sind.

Quellen: alle Zahlenangaben entstammen den Veröffentlichungen des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenschutz sowie dem Statistischen Amt der Landeshauptstadt München.

4 **Gesundheit ist keine Ware – Menschenwürde vor Gewinnmaximierung!**

„Gesundheit ist ein Zustand vollkommenen **körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens** und nicht allein das Fehlen von Krankheit und Gebrechen;“ (Definition der Weltgesundheitsorganisation, WHO).

Gesundheit ist demnach wesentlich mehr als die Behandlung von Krankheit. Der Wandel in der Gesundheitspolitik kann auch auf kommunaler Ebene begonnen werden. DIE LINKE. München kämpft im Stadtrat für ein soziales, vom Bedarf der Bürger*innen abgeleitetes Betreuungs-, Service- und Behandlungsangebot. Nicht der wirtschaftliche Aspekt soll im Mittelpunkt stehen, sondern Gesundheit, Würde und Mitbestimmung der Bürger*innen und der Mitarbeiter*innen. Dies geht nur über eine niederschwellige, dezentrale, wohnortnahe und vernetzte Versorgung in kommunaler Hand.

Der Wandel in der Bevölkerung stellt ein kommunales Gesundheitssystem vor neue Herausforderungen, denen es mit intelligenten Ideen entgegenzutreten heißt. Besonders die Anforderungen bei Armut (insbesondere Kinderarmut) in der Pflege, Prävention und Sucht sind zentrale Aufgaben, denen jedoch in der Vergangenheit zu wenig Beachtung geschenkt wurde.

Ziel einer Kommune ist nicht die High-Tech-Medizin. Der leicht zu erreichende, wohnortnah verfügbare Zugang zu bedarfsgerechter Versorgung in allen Bereichen der Medizin ist wichtig für das Gefühl der Bürger*innen, in ihrer Stadt gut versorgt zu sein.

Für gute medizinische Versorgung unabhängig vom Geldbeutel!

Krankenhäuser

DIE LINKE. verteidigt die öffentlichen Strukturen im Gesundheitswesen und tritt damit für den Verbleib von Kliniken und Gesundheitseinrichtungen in Besitz der Stadt München ein. Ausgliederungen und Lohndumping wird es mit der LINKEN nicht geben. Es ist auch eine Frage der Qualität gesundheitlicher Leistungen, wenn diese nicht der Profitorientierung und Sparzwängen unterworfen werden.

Deshalb fordert DIE LINKE. im Münchner Stadtrat:

- **Rekommunalisierung**
Rückführung der städtischen Kliniken und Einrichtungen von privatwirtschaftlichen in gemeinwohlorientierte Betriebe, ohne Auslagerung von Teilbereichen: Gesundheit ist kommunale Kernaufgabe!
- **Personalaufstockung**
in den pflegenden, medizinischen und kontrollierenden Bereichen, bei gleichzeitiger Erhöhung der eigenen Ausbildungszahlen. Diese Arbeitsverhältnisse müssen vorbildhaft in Lohnstruktur und Arbeitsbedingungen sein.
- **Transparenz und Mitbestimmung**
sowohl als Arbeitgeber als auch als Dienstleister muss die Stadt wegweisend sein.
- **städtisches Qualitätsmanagement**
sowohl personell als auch mandatorisch muss die Stadt ihrer Pflicht für die Bürger*innen nachkommen.
- **Ausbau der ambulanten Angebote**
ein niederschwelliger Eintritt in eine dezentrale, wohnortnahe und umfassende ambulante Versorgung des zeitgemäßen Bedarfs (besonders Hilfe in psychischen Krisen und bei Sucht) ist zu gewährleisten.
- **Abkehr vom Gigantismus!**
Die Neubaupläne der städtischen Kliniken sind unter sozialen Aspekten zu überdenken. Die städtischen Kliniken und das Angebot im Gesundheits-, Präventions- und Beratungsbereich muss sich nach den Wünschen der Bürger*innen richten und nicht nach den Plänen von „Greater-Munich“!

Vorsorgen und Versorgen mit innovativen Konzepten

Die frühzeitige Erkennung von Krankheiten ist das beste Mittel, um ihre Verbreitung einzudämmen und gesundheitliche Beeinträchtigungen frühzeitig zu behandeln. DIE LINKE. fordert daher, das anonyme und kostenlose Test-Angebot auf HIV und andere sexuell übertragbare Krankheiten im Referat für Umwelt und Gesundheit langfristig zu erhalten. Kooperationen mit dem Münchner SUB e. V. und der Münchner Aids-Hilfe e.V., mit dem Ziel, ein niederschwelliges Testangebot innerhalb der Hauptbetroffenengruppe von HIV zu machen, unterstützen wir nachdrücklich und fordern deren Ausbau.

Die Datengrundlage zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in der Stadt in Abhängigkeit vom sozialen Status muss verbessert werden. Die Stadt ihrerseits muss alles dafür tun, die verheerenden Folgen zunehmender Kinderarmut entschieden zu bekämpfen. Gesundheitliche und soziale Dienstleistungen der Stadt müssen für die Benachteiligten ausgebaut werden, einfach erreichbar und nutzbar sein. Dies kann zum Beispiel durch Hausbesuche geschehen. Bis vor einigen Jahren waren in München Hausbesuche von Kinderkrankenschwestern bzw. Hebammen nach der Geburt jedes Kindes Standard. Heute geschieht dies in der Regel nur bei Familien in „sozialen Brennpunkten“ und bei Migrant*innen aus bestimmten Herkunftsländern. DIE LINKE. tritt dafür ein, dass diese Hausbesuche wieder obligatorisch werden. Damit wird zum einen der Anschein der Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen vermieden. Zum anderen brauchen auch deutsche Eltern aus besseren Gegenden oft Rat und Hilfe. Ziele der Hausbesuche: Beratung der Eltern bei Fragen zu Versorgung, Vorsorgeuntersuchungen, Ernährung usw. sowie die frühzeitige Erkennung von Problemsituationen, die weitere Hilfestellung durch die Sozialbürgerhäuser erforderlich machen.

Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche müssen verbessert werden und für finanziell schwache Familien bezahlbar sein. Asylsuchenden Migrant*innen und ihren Kindern muss Zugang zu medizinischer Versorgung gewährt werden, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Langfristig fordert DIE LINKE. die Versorgung aller Kinder und Jugendlichen mit einem gesunden, kostenlosen Frühstück und Mittagessen in Kindergärten und Schulen. Mit dieser Maßnahme kann die Stadt die Chancen armer Kinder auf eine gesunde Kindheit wesentlich verbessern.

Selbstbestimmung und Teilhabe für Menschen mit Behinderung

Wir unterstützen und fördern die Behindertenverbände und -vertretungen in ihren Forderungen nach Eigenverantwortlichkeit unter Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse der Betroffenen. Menschen mit Behinderungen sind Fachleute in eigener Sache ("Inklusion von unten"). Der Ausgleich von Nachteilen aufgrund von Behinderungen ist eine öffentliche Aufgabe ("Inklusion von oben"). Solidarität mit den Menschen mit Behinderungen ist für uns unverzichtbar und zukunftsweisend - wir wollen keine genetische Auslese sondern respektieren Vielfalt, die Menschenwürde stärkt und erhält. Politik mit und für Menschen mit Behinderung ist eine Querschnittsaufgabe, die sich durch alle gesellschaftlichen Bereiche darstellen muss und nicht nur im Bereich Gesundheit!

DIE LINKE steht für:

- die Umsetzung der Pflicht zu konkreten Umsetzungsplänen der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen unter deren Mitwirkung,
- die Beseitigung von Barrieren und den Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile für alle Menschen mit Behinderungen (körperlich, geistig und psychisch),
- die barrierefreie Gestaltung aller Neu-, Um- und Anbauten im öffentlichen Bereich Münchens und
- die Verpflichtung, Behindertenbeiräte zu bilden oder eine(n) Betroffene(n) als Behindertenbeauftragte(n).

Schutz und Hilfe für psychisch kranke Menschen

Unsere Solidarität mit als "psychisch krank" definierten Menschen ist unverzichtbar. Andere Länder (z.B. Finnland, England) zeigen, dass psychiatrische Versorgung wesentlich menschenwürdiger als bei uns und unter klarer Mitwirkung der Betroffenen gestaltbar ist. Auch auf kommunaler Ebene kann man hier wegweisend Hilfe und Unterstützung anbieten durch die Einrichtung unabhängiger trialogisch arbeitender Beschwerdestellen.

DIE LINKE. fordert zudem niederschwellige Anlaufstellen, Ausweitung der ambulanten Versorgung durch sozialpsychiatrische Dienste und betreutes (Einzel)wohnen, weg von der zentralen und fast obligatorischen Klinikversorgung hin zum Ausbau der Angebote wie „Soteria“, (eine alternative stationäre Behandlung von Menschen in psychotischen Krisen) oder „Atriumhaus“ (Anlaufstelle für Menschen in seelischer Not), bevorzugt in öffentlicher Hand, sowie das Recht auf Selbstbestimmung.

Drogen

Drogenabhängigkeit ist ein zunehmendes Problem für die städtische Gesellschaft. DIE LINKE. Setzt hier auf Prävention durch Aufklärung im Rahmen der Jugend- und Bildungsarbeit. Gleichzeitig unterstützen wir Hilfsangebote für Drogenkonsument*innen. Jeder Versuch der Kriminalisierung ist kontraproduktiv, wenn es darum geht, Drogenabhängigen Angebote zur Substitution oder zum Entzug zu machen. Wir verurteilen die Blockade der Bayerischen Staatsregierung bei der Einrichtung von Druckräumen, in denen Drogen intravenös unter ärztlicher Aufsicht konsumiert werden können. Diese Weigerung wird nicht allein mit lebensbedrohlichen Gesundheitsrisiken der Abhängigen erkauf, sondern auch mit der Gefährdung öffentlicher Räume wie Parks oder Spielplätzen durch gebrauchte Spritzen bezahlt.

Die Linke befürchtet, dass die Weigerung der städtischen „Koordinierungsstelle Sucht“, statistische Daten über das Ausmaß der Drogenabhängigkeit bekannt zu geben, der Verschleierung eines Problems dient, das sich bereits rasant ausgebreitet hat. Daher fordern wir von der Koordinierungsstelle, diese Daten umgehend publik zu machen. Die LINKE. fordert dezentrale, niederschwellige und umfassende Anlaufstellen für alle Teilbereiche der Sucht: sei es Alkohol, Tabletten, Spiel oder illegale Drogen: nicht kriminalisieren, Hilfe anbieten!

Selbstbestimmtes Leben im Alter

Rentnerinnen und Rentner wollen und sollen ihr Leben im Alter weiterhin selbstständig gestalten und so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben, ohne zu vereinsamen. Daher sind Wohnformen zu fördern, die ein Leben auch im Alter zu Hause und die Unterstützung in den alltäglichen Dingen ermöglichen, wie beispielsweise Mehrgenerationenhäuser oder Senioren-Wohngemeinschaften. Betreute dürfen nicht finanziell ausgenutzt oder ohne Notwendigkeit in ein Heim abgeschoben werden.

Geriatrischen Patientinnen und Patienten müssen alle individuell notwendigen fachspezifischen Versorgungsangebote – von ambulant bis stationär – für alle Phasen der Erkrankung wohnortnah zur Verfügung stehen. Niederschwellige Betreuungsangebote sollen ausgebaut werden, der Pflegeschlüssel in Krankenhäusern und Alten- und Pflegeheimen erhöht werden, so dass für zwanzig pflegebedürftige Menschen mittelfristig zehn Pflegekräfte eingesetzt werden. Dabei sollen alle Pflegekräfte eine angemessene und dem öffentlichen Dienst vergleichbare Entlohnung erhalten.

Armut

Die Definition der WHO schließt ausdrücklich das soziale Wohlbefinden mit in ihre Gesundheitsdefinition ein. Menschen, die arm sind oder an der Armutsgrenze leben, leiden an mangelnder sozialer Teilhabe, leben kürzer und werden häufiger körperlich oder psychisch krank.

Deshalb fordert DIE LINKE

- die Stärkung des München-Passes: auch verbilligt sind die Angebote des München-Passes für die meisten nicht erschwinglich, deshalb plädieren wir für Kostenfreiheit, inklusive des ÖPNV. Zudem fordern wir einen niederschweligen Zutritt für alle, die nach den Parametern des internationalen Armutsbegriffs als arm gelten, selbst wenn sie nicht Hartz IV beziehen;
- (um der zunehmenden Kinderarmut entgegenzuwirken) kostenlose Schul- und Kindergartenspeisung morgens und mittags, kostenlose kommunale Sport- und Freizeitangebote und freien Eintritt in Sportstätten und Bäder (auch begleitet) sowie kostenlose Benutzung des ÖPNV;
- langfristig die Versorgung **aller** Kinder und Jugendlichen mit einem gesunden und kostenlosen Frühstück und Mittagessen in Kindergarten und Schule, Kinderkrippen und Hort. Mit dieser Maßnahme kann die Stadt die Chancen armer Kinder auf Gesundheit wesentlich verbessern;

- Ambulanzen für nicht versicherte Menschen, Asylbewerber und Illegale mit medizinischer Grundversorgung, Zahnbehandlung, Ernährungsberatung, Impfen, HIV-Test, und Infektions-Test (bzgl. Hepatitis-B-Virus). Asylsuchenden Migrant*innen und ihren Kindern muss Zugang zu medizinischer Versorgung gewährt werden, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus;
- Einrichtung eines Hausbesuchssystems für das gesamte Hilfsangebot (Neugeborene, Familien, Brennpunkte);
- Streetworker: die Stadt muss als Helferin sichtbar werden!
- Einrichtung von Kaffeestuben / Stadteilcafés mit Essensangeboten für Bedürftige
- Städtische Sozialwohnungen sanieren: sie sind oft kalt, feucht und von Schimmel befallen. Hier besteht eine besondere Fürsorgepflicht der Stadt. Städtische Sozialwohnungen müssen saniert werden, um die Belastungen durch Emissionen bei einem hohen Energieverbrauch zu reduzieren und Gesundheitsgefährdungen durch Feuchtigkeit und Schimmelbildung zu vermeiden.

Weitere Forderungen mit Einfluss auf die Gesundheit

- DIE LINKE. in München fordert die Möglichkeit der Sperrung des Stadtgebiets für den Schwerlastverkehr, um Grenzwertüberschreitungen bei der gesundheitsschädlichen Feinstaubbelastung zu verhindern. Wir appellieren an die Regierung von Oberbayern und die bayerische Staatsregierung, endlich ihre Blockadepolitik aufzugeben;
- stärkere Kontrollen bei Flug- und Verkehrslärm; keine Aufhebung des Nachflugverbots am Münchner Flughafen;
- wieder mehr öffentliche Papierkörbe, auch zur Entsorgung von Hundekottüten und wieder mehr öffentliche Toiletten;
- verbesserte Beleuchtung der Wege in öffentlichen Parkanlagen, z.B. im Luitpold-Park.

Das Angebot der Stadt richtet sich danach, was von den Bürger*innen gewünscht wird. Vorstellbar sind Beratungsstellen, Hotlines, Zweitmeinung, umfassende Aufklärung, zentrale Informationsstelle, Beschwerde- und Moderatorenstelle (auch gegen die Krankenversicherung), dezentrale Bürgerbüros oder ein Bürger*innen-Begleitservice.

Älter werden in München

Die Gruppe der „Senioren“ in München ist keine homogene Gruppe. Es gibt die, die aktiv ihren Ruhestand genießen, aber auch Senior*innen, die krank oder behindert sind; es gibt die Gruppe der Hochbetagten, die Senior*innen mit einer guten Rente und leider auch die immer stärker wachsende Gruppe der Rentner*innen, die in Armut leben müssen. So verschieden die Menschen sind, so unterschiedlich muss auch die städtische Politik darauf reagieren.

DIE LINKE. München fordert:

- **Altersarmut bekämpfen** (siehe dazu auch Kapitel 1 „Armut bekämpfen ...“) Immer mehr Menschen in München leben im Alter von der Grundsicherung. Diese ermöglicht jedoch kein würdiges Leben im Alter. Der um 20,- Euro erhöhte Grundsicherungsbetrag, den die Stadt ausbezahlt, weist zwar in die richtige Richtung, ist aber viel zu gering. Insbesondere Arzneimittel und medizinische Hilfsmittel können oft nicht finanziert werden. Eine auskömmliche Mindestrente ist der einzige Weg, die rasant steigende Altersarmut zu bekämpfen.

-
- **Wohnraum erhalten** (siehe dazu auch Kapitel 3 „Wohnen ist ein Grundrecht ...“)
Für älter werdende Menschen ist der Erhalt des gewohnten Umfeldes wichtig. Städtische Förderprogramme zum altersgerechten Umbau der Wohnungen können helfen, dieses gewohnte Umfeld zu sichern. Angebote der städtischen Wohnungsbaugesellschaften zum Verbleib im Viertel („Wohnen im Viertel“ bzw. „Wohnen mit Service“) müssen weiter ausgebaut werden. Mietsteigerungen, die Senioren aus ihren Wohnungen vertreiben, sollte die Stadt ausgleichen, solange diese nicht verboten werden können. Zwangsräumungen von Senior*innen müssen verhindert werden.

Um Senior*innen auch mit Pflegestufen das Wohnen in der angestammten Umgebung so lange wie möglich und gewünscht zu ermöglichen, ist ein Ausbau von ambulanten Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten unumgänglich. Hierzu soll die Stadt München auch Ansprechpartner bei der Vermittlung dieser Dienste sein.

- **Pflegeeinrichtungen strikt kontrollieren**
Mit der städtischen Beschwerdestelle für Missstände im Pflegebereich ist die Stadt bereits auf dem richtigen Weg. Hier darf keinesfalls gespart werden. Die Pflegeeinrichtungen und auch die ambulanten Pflegedienste müssen regelmäßig und unangekündigt kontrolliert werden, um eine menschenwürdige Behandlung der alten Menschen zu gewährleisten. Die städtischen Einrichtungen der Münchenstift GmbH sollen Vorreiter sein in Bezug auf „Gute Pflege“ und einer interkulturellen Ausrichtung der Pflegeeinrichtungen.
- **Nahversorgung sichern**
Die Stadt muss sich dafür einsetzen, dass in allen Wohnquartieren eine fußläufig erreichbare Nahversorgung für den täglichen Bedarf erhalten bleibt oder auch neu entsteht. Alten-Service-Zentren sollen in allen Stadtbezirken erhalten bleiben bzw. teilweise auch neu aufgebaut werden. Da auch die Münchner Bevölkerung älter wird, sollte das Netz enger geknüpft werden.
- **Mobilität ermöglichen** (siehe dazu auch Kapitel 5 „Mobil in München ...“)
Der Abbau von Barrieren im öffentlichen Raum fördert die Nahmobilität, ein gut ausgebauter öffentlicher und barrierefreier Personennahverkehr ist wichtige Voraussetzung für eine Teilnahme der Senior*innen am gesellschaftlichen Leben. Hier ist die Stadt zwar schon weit gekommen, aber es gibt auch noch Verbesserungsbedarf. Die Fahrplanaushänge beispielsweise müssen in größerer und kontrastreicherer Schrift gestaltet werden. Die Tarife für Seniorinnen und Senioren im ÖPNV sollen weiter reduziert werden.

Die neue Möglichkeit, mittels eines Mobiltelefons den Fahrpreis für ein öffentliches Verkehrsmittel zu entrichten ist sicher für einige eine innovative Neuerung. Das darf jedoch nicht dazu führen, dass Verkaufsstellen für Fahrkarten bzw. Fahrscheinautomaten weiter reduziert werden.

Die Einführung von Busanhängern führt zu keinem verbesserten Angebot für Menschen, die bewegungs-eingeschränkter sind, da diese Anhänger von ihnen schlechter nutzbar sind. Eine Ausweitung des 10 Minuten-akts auf weitere Bus- und Trambahnlinien rückt damit jedoch in weitere Ferne. Dieser Ausbau wäre jedoch für die Gruppe der älter werdenden notwendig, um weiter mobil zu bleiben.

Um die Benutzung der Fußwege auch für Senior*innen mit Gehhilfen und Rollstühlen ohne Probleme zu ermöglichen, ist es notwendig, Gehwege von geparkten Kraftfahrzeugen (incl. Motorrädern und Rollern), aber häufig auch von Fahrrädern und anderen abgestellten Hindernissen zu „befreien“. Darüber hinaus ist es unumgänglich, gegen die „Unsitte“ des Fahrradverkehrs auf Gehwegen anzugehen.

- **Älter werdende Migrant*innen** (siehe auch Kapitel 9 „München ist bunt“ ...).
Mindestens eines der geplanten Alten- und Servicezentren muss ein internationales ASZ werden. Es müssen Modellprojekte entwickelt und gefördert werden, die multireligiöse und mehrsprachige ambulante Pflege anbieten. Dies fordert die Einsetzung einer Planungsgruppe, um den Bedarf für muttersprachliche Seniorenwohngemeinschaften und muttersprachliche stationäre Demenzpflege zu überprüfen. Um die Gesundheit älterer Menschen zu fördern und zu erhalten, unterstützt DIE LINKE die Einrichtung von Mehrgenerationenspielplätzen in München, sofern sichergestellt ist, dass diese Spielplätze nicht verwüstet werden. Diese öffentlichen Anlagen werden mit unterschiedlichen, speziellen Spielgeräten ausgestattet und können von Jung wie Alt und auch von Menschen mit Behinderung genutzt werden. Sie dienen nicht nur dem Vergnügen, sondern steigern auch das körperliche Wohlbefinden, gerade älterer Menschen.

5 Mobil in München und im Umland – ohne 2. Tieftunnel: „zu Fuß, per Rad und öffentlich – fahrscheinfrei spart CO₂!“

Mobilität – ein Maßstab für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

Unter dem Begriff „**Mobilität**“ verstehen die Fachleute – völlig unabhängig vom Verkehrsmittel – die **Häufigkeit von außerhäuslichen Ortsveränderungen pro Person und Zeiteinheit**; dabei wird jede einzelne Ortsveränderung durch einen Tätigkeitswechsel der betreffenden Person gekennzeichnet; (z.B. vom „Wohnen“ zum „Arbeiten“, vom „Arbeiten“ zum „Einkaufen“, vom „Einkaufen“ ins Kino und vom Kino wieder zum „Wohnen“ nach Hause). **Mobilität ist somit ein Maßstab für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben** und damit für die **Chancengleichheit der Bürger*innen**¹.

Für wen und für was wir uns (nicht) stark machen – Vorrang für die jeweils schwächeren Verkehrsteilnehmer*innen!

Im Mittelpunkt unseres kommunalpolitischen Engagements im Arbeitsfeld „Mobilität“ stehen – dem in der Präambel eingeführten Prinzip des „Gender-Mainstreaming“ entsprechend – die sozial und körperlich **schwächeren – d.h. verletzlicheren – Verkehrsteilnehmer*innen**, die **Fußgänger- und Radfahrer*innen**, die **Fahrgäste im Öffentlichen Personen Nahverkehr (ÖPNV)** sowie – nicht zuletzt – die **Bürger*innen als Straßenanwohner*innen** und ihre spezifischen Forderungen nach möglichst geringen verkehrsbedingten Beeinträchtigungen durch Lärm, Schadstoffe, nach höchstmöglicher (Verkehrs-)Sicherheit und insgesamt hoher Aufenthaltsqualität im Straßenraum.

Nachrangig, selbstverständlich jedoch nicht gänzlich ohne Belang sind für uns demgegenüber die Interessen der motorisierten Verkehrsteilnehmer*innen an raschem, staufreiem Fortkommen bzw. möglichst geringen Reisezeiten und ausreichendem Parkraum. Ein **Aus- oder Neubau von Straßen** kommt für uns nur dann in Betracht, wenn von unabhängigen Gutachtern nachgewiesen werden kann, dass die **Umfeld- und Umweltbelastungen** und die **Unfallrisiken** in der Gesamtbilanz abnehmen und wenn die erforderliche **Umweltverträglichkeitsprüfung** zu einem positiven Ergebnis führt! Dies ist etwa beim geplanten **Anschluss der Schleißheimer Straße an den Autobahnring A 99** allenfalls mit einem langen und dementsprechend teuren Tunnel zu erwarten, den wir deshalb – ebenso wie das Projekt insgesamt – entschieden ablehnen!

Weitere kritische Projekte sind: der **Tunnel unter dem Englischen Garten**, die **Tunnelverlängerung Landshuter Allee**, der **Tunnel Chiemgaustraße** sowie eine **Einhausung der Tegernseer Landstraße und der Lindauer Autobahn (A96)**. Enorme Kosten nicht nur für den Bau, sondern auch für den Unterhalt (Sanierungs- und Modernisierung) sowie den laufenden Betrieb (Beleuchtung, Belüftung, Überwachung/Sicherung) belasten die öffentlichen Haushalte erfahrungsgemäß dauerhaft und sind i.d.R. mit Einsparungen an anderer Stelle – z. B. im Sozialbereich – verbunden. Neuen Tunnelbauwerken stehen wir solange skeptisch gegenüber, wie die herrschende Politik sich weigert, durch eine höhere Besteuerung des privaten Reichtums die Einnahmeseite zu verbessern. Im Zweifel haben jedoch solche Projekte Vorrang, die die größte Entlastung der Anwohner im Wohnumfeld erwarten lassen. Dies gilt für den möglichen **Ausbau des Föhringer- bzw. des Isarrings** (durch den Englischen Garten) ebenso wie für die **Nordostverbindung** von der Kreisstraße M3 in Unterführung über den Lebermoosweg zur Staatsstraße 2082 im Gemeindegebiet Feldkirchen, die **Südost-Anbindung** der Messestadt Riem, die **Umfahrung Kirchtrudering** oder die **Südanbindung Perlach**. **Einen Autobahn-Ringschluss im Süden der Stadt – den sog. Autobahn-Südring – lehnen wir jedoch in allen denkbaren Varianten entschieden ab!**

¹ *Mobilitätsbedürfnisse sind abhängig von der Lebenssituation einer Person und den sich daraus ergebenden Alltagsanforderungen. Die wesentliche Kenngröße der Mobilität ist die **Mobilitätsrate**, d.h. die personenbezogene **Anzahl aller zurückgelegten Wege pro Tag**. Diese Mobilitätsrate liegt im Bundesdurchschnitt bei **knapp 4 Wegen pro Einwohner** (über 6 Jahre) und hat sich über die letzten Jahrzehnte so gut wie nicht verändert. **Die Mobilität hat also – im Gegensatz zur landläufigen Meinung – keineswegs zugenommen**. Zugenommen – wenn auch nur geringfügig – hat der **tägliche Reisezeitaufwand (für die genannten 4 Wege)**. Deutlich angewachsen sind allerdings die **zurückgelegten Entfernungen** (z.B. zum Arbeitsplatz und/oder zum Supermarkt), die bei annähernd gleichem Zeitaufwand und insbesondere im Umland nur noch mit **schnelleren Verkehrsmitteln – vorzugsweise dem Auto – bewältigt werden können**. Für diejenigen, die weiterhin auf **langsamere Verkehrsmittel**, z.B. die **eigenen Füße**, angewiesen sind, steigt dagegen der Reisezeitaufwand und mindert ihre Chance, in derselben Zeit noch andere Ortsveränderungen vornehmen zu können: ihre Mobilität sinkt.*

Für nachrangig halten wir schließlich auch die Forderungen von Flugreisenden – insbesondere von Vielfliegern – nach schnelleren Verkehrsverbindungen zum Flughafen im Erdinger Moos. Der angestrebte 4-gleisige Ausbau der Trasse im Zuge der S8-Ost (siehe dazu den „**Plan A**“ zum Ausbau der Schieneninfrastruktur im **Großraum München**, Realisierungsstufe 2 ab 2022) würde jedoch die Möglichkeit eröffnen, die S1 vom Ostbahnhof zum Flughafen zu verlängern und (ohne Zwischenhalt) als **Flughafen-Express-S-Bahn** zu betreiben. Diese und ähnliche Maßnahmen im Schienennetz (wie z.B. der Erdinger Ringschluss) führen zu einer deutlichen Reduzierung des Kfz-Verkehrs zum Flughafen und werden deshalb von uns unterstützt.

Den **Bau einer dritten Start- und Landebahn** nach Ablauf der Bindungsfrist des im Jahr 2012 herbeigeführten Bürgerentscheides lehnen wir ebenso entschieden ab wie den geplanten Verkauf der Anteile der Landeshauptstadt München an der Flughafen-GmbH (23%), die den verbleibenden beiden Gesellschaftern – dem Freistaat Bayern (51%) und der BRD (26%) – „freie Hand“ geben würde, die dritte Startbahn entgegen dem Bürgerwillen doch noch zu realisieren, sobald die anhängigen Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (VGH) entschieden sind.

Wir befürchten eine weitere Zunahme des **Fluglärms** nicht nur in den umliegenden Gemeinden (im Erdinger Moos), sondern auch **im Münchner Norden**. Wir sind davon überzeugt, dass selbst die aktuellen, noch unzureichenden **Klimaschutzziele** durch ein ungebremstes Wachstum des Flugverkehrs konterkariert werden. Deshalb plädieren wir für eine **Besteuerung des Flugbenzins** und für **höhere Start- und Landegebühren**.

Die Förderung der verletzlicheren Verkehrsteilnehmer*innen und der Fahrgäste im ÖPNV erfolgt – wenn nötig – auch **zu Lasten des motorisierten Individualverkehrs (MIV)**, insbesondere des (Kfz-)Berufs-, aber auch des Einkaufs- und Freizeitverkehrs. Unser zentrales Anliegen ist dabei, diesen Teil des Kfz-Verkehrs spürbar zu reduzieren; im Visier haben wir insbesondere den (Ziel- und Quell-)Verkehr der **Umlandbewohner*innen**, denen ein leistungsfähiges und attraktives System von schienengebundenen Verkehrsmitteln (aus S-Bahn und Stadt-Umlandbahn) zur Verfügung gestellt werden muss. Ein solches System, attraktive Lebensbedingungen in der Stadt und günstige Mieten sind zugleich ein probates Mittel gegen die Abwanderung junger Familien ins „billigere“ Umland („Stadtflucht“) und das daraus resultierende Einpendeln zum Arbeitsplatz nach München mit dem Auto, das durch die Entfernungs- bzw. Pendlerpauschale („Zersiedelungsprämie“) gefördert wird. Der **Binnenverkehr** der Münchner*innen sollte grundsätzlich mit öffentlichen Verkehrsmitteln, per Rad und zu Fuß abgewickelt werden. Die Verlagerung von möglichst großen Anteilen des (nicht notwendigen) Kfz-Verkehrs auf die „stadtverträglicheren“ Verkehrsmittel des Umweltverbundes (VUV) ist zugleich auch eine unabdingbare Voraussetzung für eine **Verbesserung der Verkehrsbedingungen im Wirtschaftsverkehr**.

Eine erfolgreiche Strategie der Verkehrsverminderung bzw. Verkehrsverlagerung (weg vom Auto hin zu umweltfreundlicheren Verkehrsmitteln) setzt ein entsprechend **attraktives Angebot im „Umweltverbund“** aus ÖPNV, Radfahren und Zu-Fuß-Gehen voraus und muss – **gleichzeitig** – durch **weniger attraktive Rahmenbedingungen** im motorisierten Individualverkehr (etwa durch **Parkraumbeschränkung**, restriktives **Parkraummanagement** bzw. eine **City-Maut**) gefördert werden. **Dieses notwendige Zusammenwirken von sogenannten „Push-and-Pull-Effekten“ wollen wir in München stärker akzentuieren. Eine „gleichgewichtige“ (konkurrierende) Entwicklung von ÖPNV und MIV kommt für uns nicht in Betracht!**

Um die Belastungen von Mensch und Umwelt einzudämmen und deutlich zu vermindern, fordern wir, den Anteil der Wege im Umweltverbund an allen zurückgelegten Wegen im Stadtverkehr bis zum Jahr 2030 schrittweise auf 75% zu erhöhen und den Anteil des motorisierten Individualverkehrs (MIV) auf 25% abzusenken! Heute legen die Münchnerinnen und Münchner ca. 68% aller Wege mit dem Umweltverbund zurück“. Im Stadt-Umland-Verkehr streben wir einen „Modal-Split“ von 70 : 30 an. Steigende Einwohnerzahlen in München und im Umland, kontinuierlich wachsende Fahrgastzahlen im Öffentlichen Personennahverkehr und ein sich änderndes Mobilitätsverhalten einen massiven, zukunftsorientierten Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur erforderlich.

Wir halten es für unabdingbar, nicht nur die städtische Verkehrsplanung, sondern auch die **regionale und überregionale Verkehrspolitik konsequent auf den Umweltverbund auszurichten** und zu diesem Zweck (nicht zuletzt) auf Bundesebene **neue Finanzierungsquellen** zu erschließen; deshalb plädieren wir für **„Kostenvahrheit im Verkehr“** und damit für eine **Abkehr von der bislang üblichen Subventionierung des Kfz-Verkehrs zugunsten des ÖPNV**. Die **Bereitstellung eines attraktiven Mobilitätsangebotes im umweltfreundlichen ÖPNV** halten wir für eine **Kernaufgabe staatlicher Daseinsvorsorge**, die – ähnlich wie das Erziehungs-, Bildungs- und Gesundheitswesen – (langfristig) vollständig aus **Steuermitteln** finanziert werden muss. **Jede Privatisierung des ÖPNV lehnen wir strikt ab!**

Umweltverträgliche Mobilität stärken – zu Fuß, per Rad und öffentlich! Fahrscheinfrei spart CO₂!

Als Fürsprecher der Fußgänger- und Radfahrer*innen, auch solchen mit einem Elektrofahrrad („Pedelec“), fordern wir durchgängige, möglichst umweltfreundliche, attraktiv geführte und gestaltete Fuß- und Radweg-Netze in hierarchischer Ordnung (ähnlich wie im Kfz-Verkehr) mit hinreichend breiten Geh- bzw. Fahrbahnen und gutem Ebenheitszustand, entsprechend abgesenkten Bordsteinkanten an den Kreuzungen und Einmündungen, komfortablen und sicheren Querungsstellen auch zwischen den Kreuzungen und Einmündungen, geringstmöglichen Warte- und ausreichend langen Grünzeiten an signalgeregelten Fahrbahn-Übergängen sowie eine weitgehende Öffnung von Einbahnstraßen für Radfahrer*innen. Verbesserte Querungsmöglichkeiten erwarten wir darüber hinaus auch im Verlauf von Bahnlinien (wie z.B. im Zuge der Entwicklungsachse Hauptbahnhof – Laim – Pasing) sowie für andere unüberwindliche Barrieren (wie z.B. auch die Isar).

Wir setzen uns ein für bewachte, diebstahlsichere Fahrradstationen (Abstellanlagen) an den wichtigen U- und S-Bahnstationen und an zentralen Verkehrsknoten wie z.B. am Hauptbahnhof, am Ostbahnhof und am Marienplatz. Darüber hinaus begrüßen wir Kampagnen wie „Mit dem Rad zur Arbeit“, die durch Umkleide- und Duschköglichkeiten am Arbeitsplatz unterstützt werden müssen. Wir wenden uns gegen zugestellte Geh- und Radwege, gegen zunehmenden Fahrradverkehr auf den Gehwegen und gegen die Benutzungspflicht von Radwegen für Radler*innen ab dem 11. Lebensjahr. **Wir kämpfen für ein angstfreies „Verkehrsklima“ auf Münchens Straßen und Plätzen und eine Rückeroberung des öffentlichen Raumes!**

Als Anwältin der Fahrgäste des öffentlichen Nahverkehrs (einschließlich der Bahnkund*innen) tritt die Münchner LINKE ein

- gegen die zunehmende Kriminalisierung von Fahrgästen ohne gültigen Fahrschein und für die **Einführung eines fahrscheinlosen öffentlichen Nahverkehrs (Nulltarif)** in München, **sofort für Kinder und Jugendliche** bis zum Ende ihrer Ausbildung und **für alle** durch die Umgestaltung des MVV-Tarifsystems nach sozialen und umweltgerechten Gesichtspunkten, und zwar über eine konsequente, zunehmende Absenkung der Preise für Monatskarten. Zur Finanzierung beitragen können Umlagen auf die Nutznießer eines effizienten ÖPNV: Arbeitgeber, Einzelhandel, Gastronomie und Vermieter, aber auch eine **City-Maut, Abgaben auf Stellplätze für Kunden und Beschäftigte**. Ermäßigte Job-Tickets für Arbeitgeber, die Monatskarten für die gesamte Belegschaft erwerben, können ebenfalls zur Kostendeckung beitragen.
- für einen massiven **Ausbau des ÖPNV** mit Bus, Tram, U- und S-Bahnen nicht nur im Stadtgebiet, sondern auch im Außenbereich des Großraumes; dies beinhaltet nicht nur eine Erhöhung des Platzangebotes (durch längere Züge und Gelenkbusse) sondern auch eine kontinuierliche Verbesserung des **Fahrtenangebotes** durch eine höhere Bedienungshäufigkeit bzw. eine kürzere Taktfolge auch in den Abend- und Nachtstunden, eine Verdichtung des Nachtliniennetzes, weitere **Beschleunigungsprogramme für Bus- und Trambahn-Linien**, auch zu Lasten des Kfz-Verkehrs, und möglichst zahlreiche **umsteigefreie Direktverbindungen**.

Im Besonderen stehen wir

- für den zügigen **Ausbau des Trambahn-Netzes**; dazu gehören – neben den bereits in Angriff genommenen Projekten – insbesondere die **Trassen durch den Englischen Garten und in der Fürstenrieder Straße** (Westtangente), die **Verlängerung der Straßenbahn-Linie 19 vom Pasinger Bahnhof weiter nach nach Freiham**), die geplante Verlängerung der Tram 23 und die neue Tram 24 als Querverbindung im Münchner Norden ab Kieferngarten in westlicher Richtung sowie eine Trambahnverlängerung über den Vogelweideplatz zum S-Bahnhof Berg-am-Laim bzw. nach Steinhausen. Dabei geht es nicht zuletzt auch um die bestmögliche Erschließung aktueller Entwicklungsgebiete und Konversionsflächen, wie z.B. der Bayern- und der Kronprinz-Rupprecht-Kaserne, die in jedem Fall spätestens mit dem Baubeginn sichergestellt sein muss;
- für verbesserte ÖV-Verbindungen zwischen den Stadtteilen außerhalb der Innenstadt durch **Trambahn-Tangenten** auch im Norden und Süden der Stadt bzw. durch **Ringlinien** „von Stadtteil zu Stadtteil“ („flächendeckende Bus- und Trambahnnetze“) sowie zwischen diesen Stadtteilen und den jeweils benachbarten Umlandgemeinden, nicht zuletzt solchen, die (noch) nicht von der S-Bahn erschlossen sind (z.B. durch eine **Stadt-Umland-Bahn**);
- für eine **Verknüpfung/Vernetzung der U- und S-Bahnen im Außenbereich** und damit (langfristig) z.B. für eine **Verlängerung der U1-NordWest zum S-Bahnhof Fasanerie** (und – alternativ zur U2-Nord – möglicherweise weiter nach Karlsfeld), **der U4-Ost zum S-Bahnhof Engelschalking und der U6-SüdWest nach Martinsried** (bzw. weiter zum S-Bahnhof Gräfelfing oder Planegg); für vordringlich halten wir jedoch die

Verlängerung der U4/U5 bis Pasing (und ggf. – alternativ zur Trambahnlinie 19 – weiter nach Freiham). Alle denkbaren U- und Trambahnverlängerungen im Außenbereich der Stadt und über die Stadtgrenzen hinaus ins Umland sind in einem verkehrlichen **Stadt-Umland-(Bahn-)Konzept** aufeinander abzustimmen; dieses Gesamtkonzept sollte gemeinsam mit den Umweltverbänden und im Einvernehmen mit den Umlandgemeinden möglichst bald entwickelt werden;

- für eine maßvolle **Modernisierung des Münchner Hauptbahnhofs** unter Einbeziehung des Bahnhofsvorplatzes) **statt „München 21“**; den Umbau des Hauptbahnhofs zu einem „Einkaufszentrum mit Gleisanschluss“ gilt es, zu verhindern; Bahnhof und Vorplatz bleiben öffentlicher Raum ohne Restriktionen in Zugang und Aufenthalt. Der Bahnhofspatz wird zu einem großzügigen Fußgängerbereich mit einer viergleisigen Haltestellenanlage für die Trambahn umgestaltet, ohne die eine weitergehende Taktverdichtung nicht realisierbar werden kann.

Die Schieneninfrastruktur im Großraum München ausbauen – Südring statt 2. Tieftunnel! Flächenbahn statt Tunnel-Wahn!

Als problematisch sehen wir einen **dritten U-Bahn-Tunnel in Nord-Südrichtung** (zwischen der Münchner Freiheit über den Hauptbahnhof zur Implerstraße), weil er den Verkehrsdruck auf die Innenstadt weiter verstärkt und wegen der überdurchschnittlich hohen Kosten eine Realisierung des Ringlinien-Konzeptes, welches das Stadtzentrum entlastet, auf Jahre hinaus verhindert. **Den von der Stadt München, dem Freistaat und der Bahn favorisierten („alternativlosen“) zweiten S-Bahn-Tieftunnel durch das Stadtzentrum lehnen wir entschieden ab**, weil er (insbesondere nach der zum zweiten Mal gescheiterten Olympia-Bewerbung) schlicht nicht zu finanzieren ist. Wir kritisieren vor allem die **extrem hohen Bau- und Betriebskosten** des Neubauprojektes und sehen **erhebliche Sicherheitsrisiken bei zweifelhaftem Mehrwert für die Fahrgäste** und die Allgemeinheit. Dieses wahnwitzige Projekt blockiert die o.a. Neugestaltung des Bahnhofsumfeldes ebenso wie die Realisierung der **Umweltverbundröhre Laim**, die **Trambahn-Westtangente**, die **U-Bahn-Verlängerung nach Pasing** (s.o.), den **fußgängerfreundlichen Umbau des S-Bahnhofs Leuchtenbergring** und eine Vielzahl von weiteren vorranglichen Maßnahmen im regionalen Schienennetz.

Stattdessen fordern wir einen massiven **Ausbau der Schieneninfrastruktur** für den S-Bahn-, Regional- und Fernverkehr im Großraum München auf der Grundlage eines Konzeptes, das die Planer Baumgartner/Kantke/Schwarz (BKS) gemeinsam mit mehreren Umweltverbänden (BN, PRO BAHN, VCD, AAN im Münchner Forum, Green City) im Januar 2012 als **„Plan A“** veröffentlicht haben. Dieses umfassende Konzept würde – mit einer vergleichsweise geringen jährlichen Investitionsrate – einen 10-Minuten-Takt auf allen S-Bahn-Strecken (anstelle des amtlich geplanten 15-Minuten-Taktes) ermöglichen und die **Leistungsfähigkeit** des Systems **auch ohne neuen Tunnel** auf 1,5 Millionen Personen pro Tag **verdoppeln** und wäre die Voraussetzung dafür, dass das angestrebte Verhältnis zwischen dem Verkehr im Umweltverbund (zu Fuß, per Rad und öffentlich) und dem motorisierten Verkehr – also der sog. **„Modal-Split“** – **von 70 : 30 im Stadt-Umland-Verkehr bzw. von 75 : 25 im Stadtverkehr** erreicht werden kann; Der Plan A stützt sich auf einen maßvollen **Ausbau des (Eisenbahn-)Südrings** als Grundbaustein einer zweiten Stammstrecke, die mit den drei überirdischen Stationen „Heimeranplatz“, „Poccistraße“ und „Kapuzinerstraße“ optimale Netzverknüpfungen bietet und zusätzlich auch aktuelle Entwicklungsgebiete (Großmarkt-hallen/Schlachthofgelände und Paulaner-Gelände/Welfenstraße) erschließt.

Entsprechend dem Grundprinzip „(betriebliche) Organisation vor Elektronik (Technik) vor Beton (bauliche Maßnahmen: Gleisanlagen und Bauwerke)“ würde sich ein **dreistufiges Realisierungskonzept** ergeben („Konzept aus einem Guss“):

1. Sofortmaßnahmen bis 2015:

In Stufe 1 soll durch punktuelle (Sofort-)Maßnahmen bei der Zugabfertigung, mit besserer Signaltechnik, dem viergleisigen Ausbau des S-Bahnhofs Laim (einschließlich Umweltverbundröhre) sowie einem zusätzlichen S-Bahngleis am Ostbahnhof ein zuverlässigerer Betrieb auf der bestehenden Stammstrecke und damit eines der Hauptziele erreicht werden, das auch mit dem zweiten S-Bahn-Tunnel angestrebt wurde. Darüber hinaus wird ein 10-Minuten-Takt im S-Bahn-Verkehr bis Weißling (S8), Gauting (S6), Solln (S7 / S27) und Grafing Bahnhof (S4) angestrebt. Eine **Gleisverbindung von Freising zum Flughafen** (Neufahrner Gegenkurve) wäre ein erster Baustein auf dem Weg zu einer **Anbindung des Flughafens an den Schienenfernverkehr**, die zu einer spürbaren Reduzierung des Kfz-Verkehrs im umliegenden Straßennetz führen wird. Mit einer **Seilbahn** („3-Seil-Umlaufbahn“) könnte kurzfristig eine kostengünstige und zugleich leistungsfähige Verbindung vom S-Bahnhof Engelschalking über den S-Bahnhof Riem zum U-Bahnhof Messestadt-West und damit zur **Neuen Messe München** hergestellt werden.

2. Ausbau der Schieneninfrastruktur einschließlich des bestehenden Südrings bis 2022:

In Stufe 2 geht es darum, den Großraum München mit einem **10-Minuten-Takt auf allen Außenstrecken** besser an das Zentrum anzubinden. Dabei soll der stufenweise **Ausbau des S-Bahn-Südrings** deutlich mehr Stadt-Umland-Verkehr auf die Schiene verlagern und mehr Direktverbindungen zur U-Bahn schaffen. Vorgesehen ist außerdem der **viergleisige Ausbau einer Reihe von S-Bahn-Strecken (S1-Nord, S4-West, S2-Ost) zur Trennung des S-Bahn-Verkehrs von Regional-, Fern- und Güterverkehr**, eine Aufwertung der **Linie A von Dachau nach Altomünster** auf S-Bahn-Standard, ein zweigleisiger Ausbau der S7-West und -Ost (zumindest in Teilabschnitten) sowie eine **Verlängerung der S7-West bis Geretsried**. Ein viergleisiger Ausbau der Schienentrasse im Zuge der S8-Ost würde die Möglichkeit eröffnen, die S1 vom Ostbahnhof zum Flughafen zu verlängern und (ohne Zwischenhalt) als **Flughafen-Express-S-Bahn** zu betreiben.

3. Ergänzende Ausbaumaßnahmen im Schienennetz bis 2030:

In Stufe 3 will der Alternativplan die Betriebsqualität weiter verbessern: vorgeschlagen werden Bahnsteigverlängerungen zwischen Solln und Wolfratshausen, um dort Langzüge einsetzen zu können. Außerdem soll die Strecke von Altomünster nach Dachau auf einen 20-Minuten-Takt verdichtet und bis München durchgebunden werden. Der sog. „**Erdinger Ringschluss**“ wäre – nach der „Neufahrner Gegenkurve“ in Stufe 1 – der zweite Baustein der seit Jahren geforderten **Anbindung des Flughafens an den Schienenfernverkehr**.

Die geplante Stadtentwicklung im Osten der Stadt (Daglfing, Engelschalking, Johanneskirchen) erfordert möglicherweise Maßnahmen zur Reduzierung der **Trennwirkung des (4-gleisig ausgebauten) S8-Schienenstrangs**. Hierzu werden von Seiten der Stadt extrem teure Tunnellösungen im Bereich Daglfing und Johanneskirchen erwogen, deren Finanzierbarkeit völlig ungeklärt ist. Aus unserer Sicht käme hier durchaus auch eine weitaus kostengünstigere **Trasse in Tieflage mit Landschafts- und Straßenbrücken** in Betracht.

Wir plädieren für eine **polyzentrischen Stadt-, Regional- und Landesentwicklung**; die Schieneninfrastruktur im Großraum München sollte dementsprechend zur verkehrlichen Entlastung der Landeshauptstadt beitragen und sich daher nicht länger monozentrisch (auf den Münchner Marienplatz) ausrichten, sondern sowohl auf die Münchner Stadtteilzentren und Umlandgemeinden als auch auf die derzeit noch weniger attraktiven Zentren der „Metropolregion“, wie z.B. Ingolstadt, Landshut, Rosenheim, Kaufbeuren und Augsburg, die jeweils auch untereinander gut erreichbar sein müssen.

Negative Auswirkungen des Kfz-Verkehrs minimieren – Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit und City-Maut!

Im Interesse der Wohnbevölkerung in den Stadtvierteln, insbesondere der Anwohner*innen im Umfeld von Erschließungs- und Hauptverkehrsstraßen kämpfen wir für eine umfeldverträgliche Organisation und damit für eine Minimierung der negativen Auswirkungen des unvermeidbaren Kfz-Verkehrs; wir treten ein für konsequente Verkehrslenkung und Geschwindigkeitsreduzierung („Tempo 30“) und auch weiterhin für „klassische“ bauliche Maßnahmen zur verkehrlichen Beruhigung der Wohnquartiere.

Auch auf **Hauptverkehrsstraßen** können Tempo 30-Regelungen sinnvoll sein, wenn es darum geht, die Anwohner*innen vor verkehrsbedingten Immissionen (Lärm, Schadstoffe) zu schützen, die Aufenthaltsqualität für Besucher*innen und Kunden*innen zu verbessern und Verkehrssicherheit für Radfahrer- und Fußgänger*innen zu erhöhen. Dies gilt z.B. „Im Tal“ und für andere Straßen innerhalb der Altstadt, aber auch für die äußere Rosenheimer- und die Kapuzinerstraße sowie andere Hauptverkehrsstraßen innerhalb des Mittleren Ringes. Langfristig fordern wir Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit innerhalb des Stadtgebietes; höhere zulässige Geschwindigkeiten (50 bzw. 60 km/h) sollen die Ausnahme und auf einige wenige Straßenzüge (wie z.B. den Mittleren Ring) beschränkt sein.

Wir setzen uns ein für die Erweiterung bestehender und die Einrichtung neuer **Fußgängerzonen** nicht nur im Stadtzentrum (z.B. in der Sendlinger Straße, im Umfeld des Odeons- und Max-Josef-Platzes oder auch im Tal zwischen dem Altem Rathaus und dem Isartor), sondern **auch in den Stadtteilen** und unterstützen **Stadtteilveranstaltungen** (wie z.B. das „Streetlife-Festival“ bzw. den „Corso Leopold“), die darauf abzielen, den Bürger*innen zumindest zeitweise den Straßenraum zur freien Benutzung, zum Flanieren etc. „zurückzugeben“. Ein Beitrag hierzu wäre auch der **Rückbau der Sonnenstraße** (mit einem Boulevard auf der altstadt-zugewandten Seite) und ein stadtverträglicher **Umbau des Isartorplatzes**.

Wir unterstützen den Bau von **Sammelgaragen** am Rand neuer Wohnquartiere (**Quartiersgaragen**), weil so das Quartier weitgehend autofrei bleibt und weil Stellplätze in Tiefgaragen unmittelbar bei den Wohnungen die Baukosten und Mieten in die Höhe treiben und auch von den Bewohner*innen mitfinanziert werden müssen, die auf ein eigenes Auto verzichten (müssen). Darüber hinaus begünstigen kürzere Fußwege zum Kfz-Stellplatz im Vergleich zu den meist weiteren Wegen zur Haltestelle des ÖPNV eine Entscheidung zugunsten des Autos.

Wir plädieren für eine stärkere **Förderung der Initiative „Wohnen ohne Auto“**, und zwar nicht nur als Projekt innerhalb neuer Wohnquartiere (z.B. Messestadt Riem, Ackermannbogen usw.), sondern auch als **Option für die Bewohner*innen bestehender Stadtviertel**, wo es u.a. darum gehen muss, durch den freiwilligen Verzicht auf ein eigenes Auto einen Beitrag zur Verkehrsberuhigung und Wohnumfeld-Verbesserung zu leisten und die Nachfrage nach Stellplätzen im öffentlichen Straßenraum deutlich zu reduzieren. Dies könnte u.U. durch **Rabatte im ÖPNV** oder andere Vergünstigungen honoriert werden. **Elektromobilität** halten wir insbesondere im innerstädtischen Güterverkehr für sinnvoll und wenn sie Kraftfahrzeuge mit Verbrennungsmotor ersetzt.

Darüber hinaus wünschen wir uns eine stärkere **Förderung von CarSharing-Angeboten** sofern sie auf einen Verzicht auf's eigene Auto und eine Reduzierung motorisierter Verkehrsleistung ausgerichtet sind und nicht in Konkurrenz zum ÖPNV stehen; dabei bevorzugen wir private und soziale Träger (wie z.B. „StattAuto“ von SPEKTRUM e.V. in München). Die Vielzahl von konkurrierenden, meist gewerblichen Anbietern, nicht zuletzt die Angebote von Automobilfirmen halten wir für kontraproduktiv. Zur Förderung des CarSharing-Systems gehört beispielsweise die Vermittlung von Stellplätzen in zentralen städtischen Einrichtungen und ggf. die Bereitstellung kostenfreier Stellplätze im Straßenraum. Anzustreben ist **ein dichtes Netz von CarSharing-Stationen** im Stadtgebiet, die – ähnlich wie die Haltestellen des ÖPNV – **maximal 10 Gehminuten** (= 600 m) von der Wohnung entfernt sein sollten.

Örtliche und zeitliche **Verkehrsbeschränkungen**, wie etwa die sog. „**Umweltzone**“ (innerhalb des Mittleren Rings) sind notwendige Instrumente zur Reduzierung der Umweltbelastungen (z.B. Feinstaub). Dieses Instrumentarium ist durch entsprechend **höhere Stellplatzgebühren und/oder ggf. eine City-Maut für Pkw und Motorräder** zu ergänzen, wenn wir die Lebensqualität in der Innenstadt nachhaltig verbessern, den Öffentlichen Personennahverkehr ausbauen und schrittweise den Nulltarif einführen wollen. Ein Missbrauch als **Überwachungsinstrument** muss allerdings ausgeschlossen sein.

Wir unterstützen die geplante **Entlastung der Stadtviertel – nicht zuletzt des Stadtzentrums – vom Lieferverkehr** mit schweren Lkw und Lastzügen und befürworten deshalb die Entwicklung von Gewerbegebieten an den Bahntrassen und Anschlussknoten bestehender Hauptverkehrsstraßen und Autobahnen am Stadtrand sowie durch die Einrichtung von **City-Logistik-Terminals**. Weitere **GüterVerteilZentren** – wie z.B. das ursprünglich geplante GVZ „Ost“ in München-Riem und/oder im Norden, Süden und Westen der Stadt – halten wir nach wie vor für sinnvoll.

6 Ökologie und Energie – bezahlbar und für alle! Dem Tierschutz verpflichtet!

Nachhaltige Umwelt- und Naturschutzpolitik ist für DIE LINKE, neben dem Kampf um soziale Gerechtigkeit, ein zentraler Programmpunkt. In den letzten Jahrzehnten ist nicht nur die soziale, sondern auch die ökologische Frage immer drängender geworden. Umwelt- und Klimaschutz liegt weltweit vor allem im Interesse der sozial Benachteiligten. Sie können nicht einfach dorthin ziehen, wo »die Welt noch in Ordnung ist«, sich mit teuren Klimaanlagen vor der Erderwärmung schützen usw. Vielen armen Menschen in Afrika und anderswo entzieht der Klimawandel ihre Lebensgrundlage in der Landwirtschaft. Umwelt- und Naturschutz ist deshalb eine originäre Aufgabe linker Politik.

Nicht nur auf globaler, auch auf lokaler Ebene fällt die Entscheidung, ob die ökologischen Probleme tatsächlich gelöst oder durch zunehmenden Ausschluss größerer Menschengruppen von Produktion und Konsumption begrenzt werden. Ob die Stadt Aufträge vergibt oder entsprechende Betriebe selbst betreibt, ist immer auch eine ökologische Frage. So wäre ökologisch mehr gewonnen, wenn die Stadt Münchner Schulkinder durch einen Eigenbetrieb mit Mittagessen versorgte, als wenn sie europaweit ausschreiben müsste; die Stadtwerke können auf regionale Kooperation bei erneuerbaren Energien setzen oder auf gigantische Windparks irgendwo in der Nordsee, und Verkehrsbetriebe können auf Gewinne abzielen oder auf möglichst umweltfreundliche Transportmöglichkeiten für die Stadtbevölkerung.

Wir sehen unsere Aufgabe darin, hier genauer hinzusehen. Ökologische Politik für die Stadt München heißt nicht, hier und da ein paar Vorzeigeprojekte aufzubauen oder Stichwörter zu bedienen wie Bio-Lebensmittel, aber ansonsten als einziges Kriterium Wirtschaftlichkeit zu kennen. Entscheidungen sollten echte Öko-Bilanzen zu Grunde liegen, und sie müssen auf ihre sozialen Konsequenzen hin untersucht werden. Nicht nur die Energieeinsparungsverordnung (EnEV) beweist, dass hier oft gut gemeint das Gegenteil von gut gemacht ist. Und auch bei ökologischen Fragen gibt es eine soziale Dimension. Arme Münchner*innen und Münchner sind nicht nur ohnehin stärker durch Lärm und Feinstaub belastet; selbst bei Baumaßnahmen der Stadt gibt es gute Luft und wenig Lärm für die Wohlhabenden, weil die Sozialwohnungen den Riegel zur Hauptverkehrsstraße bilden. Wir wollen eine kommunale Umweltpolitik, die allen gleichermaßen ein Recht auf eine gesunde Umwelt zugesteht.

Die Stadt München hat sich im Bereich Klimaschutz große Ziele gesteckt, zumindest auf dem Papier. In der Wirklichkeit bleibt sie aber weit dahinter zurück und verbirgt dies hinter oft unehrlichen Rechnungen. Welche Konsequenzen der Klimawandel für die Stadt haben wird, ist nach wie vor kaum bekannt; eine entsprechende Untersuchung, die etwa klärt, wie sich die Wasserversorgung oder die Temperaturen in der Innenstadt entwickeln, wurde nicht angestellt. Die massiven Probleme, die München bei der Einhaltung der Luftgrenzwerte hat (beim Feinstaub, aber noch viel ausgeprägter bei den Stickoxiden), sind ungelöst und ohne massivere Eingriffe in die Verkehrsströme nicht lösbar. Langfristig wäre es sinnvoll, zu untersuchen, wie und wo zusätzliche Entlüftungsschneisen möglich wären.

Die energetische Sanierung der Wohngebäude, die die beste Möglichkeit bietet, den CO₂-Ausstoß zu verringern, ist gerade in München besonders problematisch – sie würde die ohnehin hohen Mieten weiter nach oben treiben. Solange es keine vernünftige bundesrechtliche Regelung gibt, die ein Abwälzen auf die Mieter verhindert, braucht es dennoch städtische Maßnahmen, die beispielsweise Genossenschaften eine sozial neutrale energetische Sanierung ermöglichen.

Eine menschliche und ökologische Stadt ist eine Stadt der kurzen Wege. Die Versorgung im Nahbereich und damit die Verringerung der individualisierten Transporte bleibt eine wichtige Aufgabe, die nötigenfalls auch subventioniert werden muss. Das gilt für die Sicherstellung einer regionalen Lebensmittelerzeugung durch eine auf Versorgung hin orientierte Großmarkthalle ebenso wie für die Struktur innerhalb der Stadtviertel, in denen dezentralere und kleinräumige Angebote erhalten oder wieder aufgebaut werden müssen.

Unsere Forderungen:

Die LINKE fordert, dass die Stadtwerke München einen echten Umbau der Energieversorgung vorantreiben. Dafür braucht es regionale Kooperation statt internationaler Großprojekte und eine echte Förderung von Einsparmaßnahmen statt des Ziels der Umsatzsteigerung. Um die energetische Sanierung zu fördern, sollten die Stadtwerke ein Contracting-Programm¹ auflegen.

Die LINKE will eine klimafeste Stadtplanung. Gute Luft und wenig Lärm sind ein Recht aller Bürger*innen. Entlüftungsschneisen und eine Steigerung der Grünflächen müssen bei allen Überlegungen, insbesondere solchen zur Nachverdichtung, eine Rolle spielen. Eine Untersuchung zu den möglichen lokalen Folgen des Klimawandels muss hierfür die Grundlage bieten.

Damit der Stau bei der energetischen Sanierung sozial neutral aufgebrochen werden kann, fordert DIE LINKE ein städtisches Förderprogramm für Genossenschaften, das es ihnen ermöglicht, zu sanieren, ohne dringend benötigten günstigen Wohnraum zu gefährden. Öffentliche Gebäude, insbesondere Schulen, sollten schneller saniert werden; dabei sollte einer Durchführung von Maßnahmen, die schnell eine hohe Einsparung bringen, bei allen Gebäuden der Vorzug vor Generalsanierungen gegeben werden.

Verkehrsvermeidung und Kontrollmöglichkeiten müssen wieder wichtige Entscheidungskriterien werden. DIE LINKE lehnt es ab, Wäsche Münchner Kliniken durch ganz Deutschland zu fahren oder Bio-Erdbeeren aus China zu beziehen. Nur das, was die Stadt selbst betreibt, kann sie tatsächlich kontrollieren; nur wenn alles, was vor Ort getan werden kann, auch vor Ort getan wird, können Klimaziele tatsächlich erreicht werden. Zur Verkehrsvermeidung gehört nach wie vor auch ein Güterverteilkonzept. Die LINKE will hier einen erneuten Versuch, unter Einbindung kleinteiliger Nahversorger.

Die LINKE verlangt wieder echte Ökobilanzen. Nur weil ein Nahrungsmittel „bio“ ist, ist es noch lange nicht ökologisch – weite Transportwege können jeden Nutzen zunichte machen. Echte Verbesserungen sind nur mit Ehrlichkeit zu erreichen.

Der öffentliche Verkehr ist nach wie vor die ökologisch sinnvollste Lösung, in der Stadt mobil zu sein. Die LINKE fordert eine bedarfsdeckende Ausweitung des ÖPNV, auch an der Oberfläche, bei gezielter Zurückdrängung des Individualverkehrs, auch durch Sperrung einzelner Strecken.

¹ *Energetische Sanierung über Contracting: ein Dritter finanziert die Sanierung, die Nebenkosten der Mieter bleiben festgeschrieben auf der bisherigen Höhe, die Einsparungserträge werden über einen Vertrag an den Dritten abgeführt. Für die Mieter*innen ist dieses Modell neutral, für die Contracting-Partner eine langfristige Geldanlage.*

Dem Tierschutz verpflichtet

Für Alternativen zu Tierversuchen

Als langfristiges Ziel verfolgen wir eine Forschung ohne Tierversuche. Das gelingt jedoch nur, wenn gleichzeitig die Erforschung von Alternativen zu Tierversuchen auf allen Ebenen vorangetrieben wird. Wir vertreten die Position, dass Ausgaben im sechsstelligen Bereich für Forschungen am Tier ein Signal in die völlig falsche Richtung sind.

DIE LINKE. plädiert für eine moderne, effiziente, tierversuchsfreie Forschung. DIE LINKE. lehnt den Neubau der Tierversuchslabore in München ab und fordert, dass diese Gelder stattdessen in die Erforschung von Alternativmethoden investiert werden.

In München werden die Tierversuchskapazitäten der LMU und TUM erheblich ausgebaut. DIE LINKE. im Stadtrat wendet sich gegen diese Praxis und wird sich dafür einsetzen, dass hier gegengesteuert wird.

DIE LINKE. im Stadtrat München setzt sich ein für ein Programm für den Tierschutz:

- Wir wollen einen altersgerechten Tierschutzunterricht in Kindergärten und Schulen, um richtigen Umgang mit Tieren zu lernen.
- Wir wollen Vogelschutzmaßnahmen bei Glasfassaden verpflichtend einführen.
- Wir fordern ausgewiesene Ruhezone und Landschaftsschutzgebiete auszuweiten und die Dauerbeleuchtung an Baudenkmälern abzustellen (Insektenschutz).
- Für das Tierheim München muss eine dauerhafte Regelung gefunden werden, welche die Stadt verpflichtet, ihrer gesetzlichen Pflicht für Fundtiere gerecht zu werden.
- DIE LINKE. fordert, einen Tierschutzunterricht und weitere entsprechende Veranstaltungen im Münchner Ferienpass anzubieten (z.B. Besuch der Herrmannsdorfer Landwerkstätten).
- Für Kauf und Haltung von gefährlichen exotischen Tieren in Privathaushalten wird eine behördliche Genehmigung gefordert.
- DIE LINKE. fordert die Imkerei auf städtischen Grünflächen und in Schrebergärten.

7 Bildung – ein Menschenrecht auch kommunal!

„Jeder hat das Recht auf Bildung. Die Bildung ist unentgeltlich, (...). Die Bildung muss auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit (...) gerichtet sein. Sie muss zu Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen rassischen und religiösen Gruppen beitragen...“, so Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

Mehr als in allen anderen europäischen Ländern bestimmt in Deutschland aber der soziale Status den Zugang zu Bildung. Unzureichende Bildung führt zu einer weiteren Verstärkung der sozialen Spaltung und Auslese. In einer Stadt wie München, die sich selbst als Dienstleistungs- und Wissensstadt definiert, sind solche Ausschlussprozesse doppelt schmerzlich. Sie führen zur Einschränkung der beruflichen Möglichkeiten und behindern die Teilnahme an einem nach wie vor reichhaltigen kulturellen und geistigen Leben. Aber auch für alle anderen wird die Aneignung von Bildung erschwert und verteuert. Bildung selbst unterliegt einem steigenden ökonomischen Verwertungsdruck. DIE LINKE. ist sich mit dem ehemaligen UN-Kommissar Muñoz einig: „Bildung ist ein Menschenrecht und kein ökonomisches Gut.“ Gegenwärtig wird auf kurzfristig verwertbares Wissen statt auf umfassende Bildung gesetzt. Bildung ist jedoch als Wert an sich zu sehen, als Bereicherung des Lebens durch Aneignung von Wissen, sozialem Verhalten und kulturellen Ausdrucksformen. Bildung ist mehr als Wissensvermittlung und Wissensaneignung. Sie beginnt im frühkindlichen Alter und endet nicht mit der beruflichen Ausbildung.

Bildung findet für Kinder und Heranwachsende vor allem in der Kommune statt, aber auch die Erwachsenen haben einen Bedarf an wohnortnaher (Weiter-)Bildung. Damit wird frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung, schulische Bildung und Aus- und Weiterbildung zu einem wesentlichen Handlungsfeld kommunaler Politik. Es darf nicht übersehen werden, dass Bundes- und Landesgesetze den Rahmen für Bildung und Bildungspolitik ziehen. So tritt DIE LINKE im Bund für eine bessere Finanzausstattung von Ländern und Kommunen sowie für die Abschaffung des Kooperationsverbotes ein, das dem Bund verbietet, Bildungsinvestitionen der Länder und Kommunen mit zu finanzieren. Aber in der Bildungspolitik fallen auch zahlreiche Entscheidungen an, die in der Kompetenz der Stadt liegen.

DIE LINKE. im Stadtrat ist für die Anregungen und Kritiken offen, die von den Betroffenen schon jetzt in zunehmender Zahl an uns herangetragen werden. Wir sehen, dass durchsetzungsfähige linke Positionen zur Gestaltung der Einrichtungen von Erziehung, Schule und Bildung in Zusammenarbeit mit Betroffenen, Kindern, Jugendlichen, ihren Eltern und dem betreuenden Personal, politisch Interessierten und Fachleuten, entstehen werden.

Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung

Kinderkrippen, Kindergärten, Horte und Nachmittagsbetreuung in Schulen sind keine Aufbewahrungsorte für Kinder und Heranwachsende, sondern Orte des sozialen Zusammenlebens, Lernens und Spielens von Gleichaltrigen. Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag für die Persönlichkeitsentwicklung, die Entwicklung des sozialen Verhaltens und fördern die Chancengleichheit. Dies gilt auch hinsichtlich der kommunikativen Fähigkeiten, die durch das Zusammentreffen auf Gleichaltrige besser ausgeprägt werden. Vorschulische und schulische Betreuungsangebote sind aber auch ein notwendiges Angebot, um den Eltern die Möglichkeit zu eröffnen, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.

Die soziale Spaltung der Gesellschaft, die durch Gesetze wie Hartz IV vorangetrieben wird, zeigt sich deutlich auch und gerade bei Kindern in unserer Stadt. Bildung und Betreuung muss heute auch einen Beitrag dazu leisten, deren Auswirkungen zu bekämpfen, wie z. B. mangelhafte Ernährung bei Kindern und Jugendlichen.

Hierbei sehen wir einen ganzheitlichen Ansatz, der auch mit dem Bildungspaket zusammenhängen muss. In einem ersten Schritt soll es möglich gemacht werden, dass allen hilfebedürftigen Kindern in München ein Angebot gemacht wird, welches kostenfrei zur Verfügung gestellt werden soll. Hierbei soll – wie schon vor Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets durch den Bundesgesetzgeber – das SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfe) für diese Kinder zuständig sein.

Transparenz und Teilhabe

Unbürokratisch, kostenfrei und kinderfreundlich soll ein neues System der ganzheitlichen Versorgung eingerichtet werden. Transparenz bei den Zuständigkeiten, den vielfältigen Angeboten und den Entscheidungen stehen für uns im Mittelpunkt. Der Rechtsanspruch auf eine Ganztags-Betreuung muss auch in München dabei berücksichtigt werden. Egal ob in der Kinderkrippe, im Kindergarten, in der Schule oder im Hort – überall muss es eine vernünftige Relation an Erzieherinnen und Erziehern und Kindern geben. Gerade die Qualifikation und die gerechte Entlohnung der dort tätigen Menschen muss mehr im Fokus der Landeshauptstadt München stehen. Wir fordern außerdem eine städtisch organisierte Versorgung mit frischem Essen, welche durch ein städtisches Unternehmen zu organisieren ist. Hierbei soll eine ausgewogene Ernährung mit lokalen Produkten angestrebt werden. Die Kinder sollen freien Zugang zu den sportlichen und musischen Einrichtungen der Landeshauptstadt München erhalten. Kein Kind soll auf Grund seiner sozialen Situation am Besuch einer Sporteinrichtung bzw. einer Musikschule gehindert sein.

Auch im Bereich der Nachhilfe muss die Landeshauptstadt den Kindern einen kostenfreien Zugang zu den Bildungsangeboten gewähren. Schon sprachliche Defizite in den jüngsten Jahren können somit schnell reduziert werden und dem Kind somit alle Perspektiven weiterhin offen sein. Auch die eintägigen und mehrtägigen Fahrten sollen schnell und einfach durch die vorhandenen Strukturen ermöglicht und kostenfrei bereitgestellt werden. Die ehemalige breite Auswahl an städtischen Schullandheimen soll auch in diesem Zusammenhang wieder hergestellt werden.

Inklusion ist Herausforderung und Chance für eine tolerante und offene Bildungslandschaft und muss als Regelfall gelten. Deshalb muss qualifiziertes Personal in ausreichender Stärke für adäquate Gruppengrößen vorgehalten werden

Unsere Forderungen:

- DIE LINKE. im Münchner Stadtrat setzt sich für eine allgemeine, qualifizierte und kostenlose Kinderbetreuung für alle Altersklassen in der Nähe zum Wohnort/Arbeitsplatz der Eltern ein. Bei der Planung neuer Tagesbetreuungsangebote ist auf die sinnvolle Verteilung über die gesamte Stadt zu achten. Eine Vollversorgung mit Kinderkrippen-, Kindergarten- und Hortplätzen bzw. Nachmittagsbetreuung gemäß dem geäußerten Bedarf in München soll gewährleistet sein. Dafür kann die Landeshauptstadt München auch eine höhere Neuverschuldung in Kauf nehmen.
- Betreuungszeiten in Kindergärten, Kinderkrippen und Schulhorten müssen flexibel sein. Viele Beschäftigungsverhältnisse haben nicht mehr die klassischen Arbeitszeiten, das Betreuungsangebot muss darauf ausgerichtet werden. Gerade finanziell gering entlohnte Tätigkeiten gehen mit problematischen Arbeitszeiten einher. DIE LINKE. fordert die versuchsweise Einrichtung eines Rund-um-die-Uhr-Betreuungsangebotes.
- Die ständige Verbesserung des Betreuungsstandards in Krippen, Kindergärten, Horten und der Nachmittagsbetreuung ist eine Notwendigkeit. Betreuungseinrichtungen sind keine „Parkplätze für Menschen“. Wir wollen, dass die guten Noten, die die städtischen Kinderkrippen durch die Eltern erhalten, Ansporn für weitere Verbesserungen sind. Ein qualitativ hochwertiges Betreuungsangebot setzt qualifiziertes und motiviertes Personal voraus. DIE LINKE. wird sich im Münchner Stadtrat für attraktive Arbeitsbedingungen in den Kinderkrippen, Kindergärten, Horten und in der Nachmittagsbetreuung einsetzen. Dazu gehört eine angemessene Entlohnung, ausreichende Weiterbildungsmöglichkeiten und Arbeitszeiten, die einen Ausgleich für die belastende Tätigkeit in den Einrichtungen ermöglichen. DIE LINKE. fordert, dass sich die Landeshauptstadt München als Mitglied im Verband der kommunalen Arbeitgeber (VKA Bayern) dafür einsetzt, dass insbesondere die tariflichen Einstufungen für Tätigkeiten in Kinderkrippen, Kindergärten und Horten entscheidend angehoben werden. Dazu sind unverzüglich Verhandlungen mit den Gewerkschaften ver.di und GEW aufzunehmen.
- DIE LINKE. ist gegen eine Standardabsenkung bei der Betreuung von Kindern und Jugendlichen durch die zur Zeit statt findende Umsetzung von Personal und die damit verbundene Erhöhung der Gruppengrößen.
- (Groß-)Betriebe müssen sich an der Betreuung der Kinder ihrer Mitarbeiter*innen beteiligen, durch finanzielle Zuschüsse, Einrichtung eines Betriebskindergartens o.ä. Dies sind Zukunftsinvestitionen.
- Damit niemand wegen seiner Kinder an gesellschaftlicher Teilhabe gehindert wird, fordert DIE LINKE. städtische Zuschüsse für Kinderbetreuungsangebote bei öffentlichen Veranstaltungen.

- Die Versorgung mit gesunder Nahrung ist ein Menschenrecht und die Voraussetzung für eine gesunde Entwicklung. Sie darf nicht von der Lage der Eltern abhängen. Daher fordert DIE LINKE. für Kinder und Jugendliche während ihres Aufenthalts in Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen und Freizeiteinrichtungen kostenlose Verpflegung. Diese muss durch einem städtischen Eigenbetrieb unter Einhaltung tariflicher und existenz-sichernder Löhne für die dort arbeitenden Menschen eingerichtet werden.
- Kinder und Jugendliche haben ein Recht gesund aufzuwachsen. Ein Schritt in diese Richtung ist auch die Reduzierung von Schadstoff-Emissionen in der Nähe von Kinderbetreuungseinrichtungen.
- DIE LINKE. setzt sich für den Ausbau und die Renovierung von wohnortnahen und kostenlosen Indoor- und Mehrgenerationen-Outdoor-Spielplätzen und damit auch für Jugendliche ein. Spielplätze sind Teil des öffentlichen Raumes und müssen auch den dafür vorgesehenen Standards genügen. Wir fordern die Schaffung verkehrsberuhigter Bereiche (sog. Spielstraßen), damit Kinder und Jugendliche ihre Freizeit ungefährdet draußen verbringen können.

Schulische Bildung

DIE LINKE. steht für eine Schule für alle, längeres gemeinsames Lernen in einem wohnortnahen und öffentlichen Bildungssystem. Ziel ist eine inklusive Schule für alle Kinder von der ersten bis zur zehnten Klasse. Sie soll die soziale Auslese beenden und Kinder und Jugendliche sowohl bei Lernschwächen als auch in ihren Begabungen individuell fördern. Diese Anforderung kann nur eine gebundene Ganztagschule mit einem rhythmisierten Unterrichtstag (Übungs- und Lernzeiten stehen im Wechsel mit sportlichen, musischen und künstlerischen sowie Sozialkompetenz fördernden Angeboten) leisten. Das beweisen auch immer wieder die „guten Noten“ und die Auszeichnungen für diese Schulen. Wir fordern deshalb verstärkte Anstrengungen beim Ausbau dieser Schulform. Dazu ist jedoch auch eine grundlegende Demokratisierung und mehr Mitbestimmungs- und Selbstentfaltungsmöglichkeiten durch die Schüler*innen notwendig. Interkulturelle Kompetenz sowie die Möglichkeit auch Fachunterricht in den Bildungseinrichtungen in einer anderen Sprache als Deutsch zu vermitteln sind unserer Meinung nach ein Ziel für eine weltoffene Stadt. Daneben sind die Jugendfreizeitheime weiter auszubauen.

Inklusion darf nicht zum Sparprogramm werden – das Gegenteil ist der Fall: Inklusion bedeutet eine intensive Betreuung durch Fachkräfte in kleinen Gruppen. Unter Umständen ist jedoch eine (zusätzliche) gezielte Förderung von Kindern und Jugendlichen mit schwersten bzw. mehrfachen Beeinträchtigungen in speziellen Hilfseinrichtungen weiterhin notwendig. Diese verdient Anerkennung und materielle Förderung durch qualifiziertes Personal.

Unsere Forderungen:

- DIE LINKE. sieht in der Gemeinschaftsschule für alle Kinder die Alternative zum bestehenden gegliederten Schulsystem. Dabei geht es nicht nur um die Schulstruktur, sondern auch um den Inhalt dessen, was gelehrt und gelernt wird. Eine Schule für alle muss eine höhere Qualität von Lehren und Lernen nach einheitlichen Lehrplänen garantieren und alle Kinder gut auf die Berufswahl vorbereiten, einschließlich des Studiums. Das bedeutet aber auch, das Umfeld außerhalb von Schule und Unterricht in Augenschein zu nehmen. DIE LINKE. fordert deshalb einen zügigen Ausbau von (gebundenen) Ganztagschulen.
- Damit auch Jugendhilfeeinrichtungen ihren Bildungsauftrag durchführen können, benötigen sie deutlich mehr qualifiziertes Personal als bisher
- Klassengrößen von oft mehr als dreißig Kindern und Jugendlichen führen zum „frontalen Unterweisungsunterricht“. DIE LINKE. unterstützt die Forderungen der GEW: „Keine Klasse über 25!“ und wird sich im Kommunalparlament für die Umsetzung dieser Forderung als Mindestanforderung in den städtischen Schulen einsetzen.
- Längst zeigt der Alltag in den Schulen und Einrichtungen, dass - neben den Lehrkräften - Erzieher*innen, Sozialpädagog*innen, Psycholog*innen nötig sind. DIE LINKE. setzt sich für eine ausreichende quantitative und qualitative Personalausstattung ein. Dabei sind die Expert*innen in eigener Sache, das Lehr- und Betreuungspersonal und ihre Interessensvertretungen, die Schüler*innen und die Eltern einzubeziehen.
- DIE LINKE. fordert die konsequente Lehrmittelfreiheit – insbesondere bei Arbeitsheften – an öffentlichen Schulen.

- DIE LINKE. fordert den weiteren Ausbau der Orientierungsstufe, solange eine Schule für alle noch nicht im notwendigen Umfang verwirklicht ist
- Allen Jugendlichen, die einen mittleren oder höheren Abschluss anstreben, muss dies auch ermöglicht werden. DIE LINKE. setzt sich für den bedarfsgerechten Ausbau der weiterführenden Schulen der Stadt ein, darunter Berufs-, Wirtschafts- und Fachoberschulen, die ein integraler Bestandteil des Bildungssystems sind.
- Es wird ein städtisches Förderprogramm für weiterführende Schulen eingerichtet, um sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler und solche mit Migrationshintergrund angemessen zu fördern. Ziel dabei muss sein, dass diese Gruppen an weiterführenden Schulen so vertreten sind, wie es ihrem Anteil an der Stadtbevölkerung entspricht.
- DIE LINKE. setzt sich dafür ein, dass zusätzlich ein Förderprogramm für Hauptschüler*innen und mit Migrationshintergrund eingerichtet wird, das auf den Übergang zu weiterführenden Schulen ausgerichtet ist. Dies soll auch ergänzend zu dem Recht auf einen Hauptschulabschluss verstanden werden.
- DIE LINKE. fordert die sofortige Wiedereinführung des muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts an allen Schularten in Bayern. Mehrsprachigkeit ist für Schüler*innen mit Migrationshintergrund sowohl ein wichtiger Beitrag zur Wahrung der eigenen kulturellen Identität, als auch ein Vorteil auf dem Arbeitsmarkt. Dass der Freistaat Bayern diesen Unterricht gestrichen hat, um Geld zu sparen, ist kurzfristig und verantwortungslos.
- Das Lehrpersonal an städtischen Schulen wird gezielt in interkultureller Kompetenz und LBSTI-relevanten Themen (LBSTI = Lesben, Bisexuelle, Schwule, Transgender, Intersexuelle) weitergebildet, um Ansätzen einer sozialen und/oder kulturellen Auslese entgegenzuwirken.
- DIE LINKE. will, dass bei der Vergabe städtischer Mittel, bei Personalzuteilung und Baumaßnahmen Schulen in benachteiligten Stadtvierteln gezielt vorgezogen werden.
- DIE LINKE. tritt gegen die Repression von sog. „Schulschwänzer*innen“ mit Unterstützung der Polizei ein. Abwesenheit von der Schule ist kein Problem, das durch die Polizei gelöst werden kann. Jugendarbeiter*innen bzw. -betreuer*innen sind die besseren Adressen.
- Die notwendig gewordene Ganztagsbetreuung kann sich nicht in Unterricht erschöpfen. Der Prozess des Lernens und Heranwachsens gelingt nur, wenn in solchen Schulen auch andere Formen der sozialen und kulturellen Interaktion möglich sind, die nicht als „Unterricht unter Aufsicht“ gestaltet sind, sondern die Möglichkeit selbstbestimmter Beziehungen lassen. Kinder und Jugendliche brauchen „freie“ Zeit.
- DIE LINKE. fordert den Ausbau der offenen Jugendarbeit und der außerschulischen Bildungsarbeit. Ein Angebot für freiwilligen Ganztagsschulbesuch ist sinnvoll, doch ein verpflichtender Besuch kann zu einer weiteren Aushöhlung der offenen Jugendarbeit und der außerschulischen Bildungsarbeit führen.
- Musik, bildende, gestaltende und darstellende Kunst und Sport müssen integraler Bestandteil schulischer Bildung sein. DIE LINKE. tritt dafür ein, dass ihr Anteil am Unterricht weiter ausgebaut und nicht wie in der Vergangenheit immer mehr zurückgefahren wird.
- DIE LINKE. fordert, dass nicht-öffentliche, aber für die Öffentlichkeit wichtige Einrichtungen im Bereich Kunst, Kultur und Sport subventioniert werden, um auch hier einen sozialen Ausgleich zu schaffen. Entsprechende kostenpflichtige Einrichtungen, wie z. B. Musikschulen und Sportvereine, müssen in die Lage versetzt werden, einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen – jenseits von wirtschaftlichem Denken – Ermäßigungen zu gewähren.
- DIE LINKE. tritt nachdrücklich für rechtlich und tatsächlich verbesserte Arbeitsmöglichkeiten der Elternbeiräte und Schülermitverwaltungen ein. Bei der Neustrukturierung der Bildungseinrichtungen wird ein entscheidender Punkt sein, den »Rechtsraum«, der durch „Schulpflicht“ und „Erziehungsberechtigung“ geschaffen wird, für freier gestaltete Beziehungen zu öffnen. Die Kinder und Jugendlichen, ihre Eltern, auch die Lehrkräfte, praktisch alle am Schulalltag Beteiligten brauchen neben den politischen auch direkte Einflussmöglichkeiten.
- Eine Schule für alle braucht eine eigene, gut ausgebaute Infrastruktur und ganz gewiss „kleine“ Klassenverbände. Durchaus unklar ist dabei, wie „groß“ die einzelnen Einrichtungen sein sollten. Der LINKEN kommt es neben einer Ausstattung, die Unterricht und verschiedene soziale und kulturelle Lebensäußerungen zulässt, auch darauf an, dass die schulischen Einrichtungen überschaubar bleiben. Für die Kinder und

Jugendlichen, die sie durchlaufen, für die ältere Generation, die sie dabei unterstützend begleitet und für die Lehrkräfte, die Kollegien und die Schulleitung.

- DIE LINKE. setzt sich auch in München dafür ein, dass ergänzend zum Religionsunterricht, das Lehrfach „Evolutionstheorie“ in den bayerischen Grundschulen eingeführt wird.
- Für die Wahrnehmung der Schulaufsicht zeichnet sich die Chance ab, von der Methode der Eingriffsverwaltung, die als Aufsicht funktioniert, überzugehen zu einer Beratungsverwaltung, die auf Anfrage von unten hilft. Erziehung, Schule und Bildung ist in unseren Augen in erster Linie kein hoheitliches Geschehen. Diese Einrichtungen sind öffentlich finanzierte Angebote der leistenden Verwaltung. Dabei kommt es auf die Kooperation zwischen den verschiedenen Beteiligten an. Dem könnten Erfahrungen und Methoden der Selbstverwaltung Raum geben.
- DIE LINKE. fordert einen städtischen Modellversuch an zumindest einer Realschule und einem Gymnasium, der den handlungsorientierten Unterricht erprobt, evaluiert und auch umsetzt.
- Als nächster Schritt zur Überwindung des gegliederten Schulsystems in Bayern müssen die Übergänge zwischen den verschiedenen Schultypen erleichtert und vergleichbare Unterrichtsinhalte entwickelt werden. Die Forderung nach einer Schule für alle bedeutet angesichts des extrem gegliederten bayerischen Schulsystems und des politisch auf mittlere Sicht starken konservativen Blocks zunächst, dass linke Politik ihre Aufmerksamkeit auf alle Typen von Einrichtungen der Erziehung, Schule und Bildung richten muss, um dafür zu sorgen, dass der Weg zu einer demokratischen Schule für alle nicht verbaut wird.

Berufliche Bildung

Solide berufliche Qualifikation ist nicht nur eine Grundlage, gute Arbeit zu verrichten und gesellschaftlichen Wohlstand zu sichern, sie ist zugleich auch wichtig für ein selbstbestimmtes Leben und für demokratisches und kritisches Engagement in der Gesellschaft.

DIE LINKE. wird sich dafür einsetzen, eine bessere Vernetzung an den Schwellen der Ausbildung zu implementieren. Auf der einen Seite sollen die Angebote der Bundesagentur für Arbeit und der Jobcenter besser genutzt werden, um den Jugendlichen nach der Schule und nach der Ausbildung einen „ungebrochenen“ Übergang zu ermöglichen. Auf der anderen Seite sollen auch die Arbeitgeber und Ausbildungsbetriebe besser in einen ganzheitlichen Ansatz zur Vermeidung der Brüche integriert werden.

Hierbei sollen einerseits mehr Praktika in den Jahren direkt vor dem Erreichen des Schulabschluss eingeschoben werden, welche zu einer intensiveren Auseinandersetzung mit dem avisierten Beruf führen sollen. Außerdem können so bereits Kontakte zu potentiellen Ausbildungsbetrieben aufgebaut werden. Dies ist ein effektiver Weg, um die hohen Abbruchquoten bei der Ausbildung zu bekämpfen.

Andererseits sollen für Auszubildende, welche wahrscheinlich nicht in dem jeweiligen Ausbildungsbetrieb übernommen werden, zentrale Anlaufpunkte bei der Landeshauptstadt München geschaffen werden, um einen neuen Arbeitgeber zu finden.

Eine differenzierte und zielstrebige Förderung von Lernbeeinträchtigten und sozial benachteiligten Jugendlichen gehört nach Auffassung der LINKEN zu den öffentlichen bildungspolitischen Aufgaben auch in der Kommune. DIE LINKE. fordert einen runden Tisch, der Gewerkschaften, Schulen, Arbeitgeber und Schüler- und Elternvertreter zusammen bringt.

Außerdem muss das Angebot an den Volkshochschulen diesbezüglich angepasst werden. Dieses muss den Anforderungen des lebenslangen Lernens, der Wissensvermittlung und den verschiedenen Anforderungen einer alternden Gesellschaft angepasst werden.

Die Bildungsträger müssen in diesem Zusammenhang auch passgenauere Angebote bspw. In Maßnahmen anbieten, welche im Prozess einer Qualitätssicherung evaluiert werden.

8 Geschlechtergleichstellung und queere Lebensweisen*

Gleichstellungspolitik zieht sich wie ein roter Faden durch das Programm der LINKEN. Eine emanzipierte Gleichstellungspolitik der LINKEN muss zum Ziel haben, allen Menschen den Zugang zu gesellschaftlichen Entscheidungen zu ermöglichen, ohne ihnen Lebensformen aufzudrängen, die sie mit Verzicht auf persönliche Entfaltungsmöglichkeiten bezahlen müssen. Entsprechend setzt sich DIE LINKE. dafür ein, dass bestehende patriarchale Regelungen im Sozial- und Steuerrecht beseitigt werden. Die sozialen Beziehungen der Geschlechter müssen den Charakter eines Herrschaftsverhältnisses verlieren. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist mehr als eine frauenpolitische Forderung nach Anerkennung fachlicher Kompetenzen. Es geht dabei sowohl für Männer als auch für Frauen um nicht weniger als ein Umdenken und Neubewerten von gesellschaftlicher Arbeit – ob am Computer, im Haushalt, an der Werkbank, auf dem Spielplatz oder bei der Pflege von Angehörigen. Es geht aber darüber hinaus auch um die gleiche Teilhabe – d. h. die gleichen Zugangsbedingungen – zu anderen gesellschaftlichen Feldern außerhalb der Arbeit, z. B. in der Politik. Wir fordern politische Instrumente, die familiäre Abhängigkeiten aufheben und dafür gegenseitige Verantwortung in allen unterschiedlichen Lebensformen stärken, denn die Institution der bürgerlichen Ehe kann nicht die einzige anerkannte Familienform sein. Ein neues Familienbild schließt auch die Lebensweise von Lesben, Bisexuellen, Schwulen, Transgendern, Intersexuellen (LBSTI) – der queeren Bewegung insgesamt – ein. Notwendig ist eine aktive Politik für Menschen mit Kindern, egal in welchen Beziehungsformen sie zusammen leben. In der Gegenwart bestehen vielfältige neue Beziehungen von Angehörigen. Dem hat die Politik Rechnung zu tragen und nicht eine bestimmte traditionelle Lebensform einseitig zu fördern. DIE LINKE. reflektiert kritisch alle am biologischen Geschlecht ausgerichteten Identitäten und Machtformen und forderte schon in der Vergangenheit die Abschaffung des gesetzlichen Geschlechts, als eines Pfeilers gesellschaftlicher Normierung, die schon mit der Eintragung in den Ausweis beginnt. Es ist das besondere Kennzeichen der LINKEN, dass soziale Gleichheit und individuelle Freiheit für uns untrennbar und gleichwertig die Grundlage für ein Zusammenleben frei von Diskriminierung sind.

Die Landeshauptstadt München zeichnet sich durch eine ansehnliche Zahl von Vereinen, Gruppen und Einrichtungen aus, die der queeren Gemeinschaft in verschiedenen Lebenssituationen Hilfestellung und Unterstützung bieten. Viele dieser Einrichtungen sind in Selbsthilfe entstanden, ihre Existenz musste erkämpft werden, häufig gegen den Widerstand eines ignoranten und homophoben Bürgertums. Sie waren und sind Gegenstand von Angriffen aus dem konservativen Lager, in deren rückständiges Menschenbild sie nicht passen. So hat es nicht an Versuchen aus der CSU gefehlt, unliebsamen Projekten die kommunale Förderung zu kürzen oder zu entziehen. Aber auch ohne diese direkten Angriffe ist die Gleichstellung noch nicht erreicht, sind lesbische Frauen einer doppelten Diskriminierung ausgesetzt: wegen ihrer sexuellen Orientierung und ihrer Stellung als Frau. Immer noch leben deutlich weniger Lesben als schwule Männer ihre Homosexualität offen aus. Mit fast 8 % liegt die Arbeitslosenquote bei lesbischen Frauen fast doppelt hoch wie die Quote unter schwulen Männern. Auch bei den Einkommen zeigen sich deutliche Unterschiede zu Lasten lesbischer Frauen. Die steigende Zahl prekärer Beschäftigung seit der Einführung von Mini- und Midi-Jobs bzw. der Möglichkeiten der Leiharbeit 2004 und die Tatsache, dass davon vorrangig Frauen betroffen sind, wird die Diskrepanz zwischen der Lebenssituation schwuler Männer und lesbischer Frauen weiter verstärkt haben. Die Zeiten sind also bei Weitem nicht so rosa, wie gemeinhin behauptet wird. Die schwierige Lage der kommunalen Finanzen, infolge einer einseitig auf Unternehmensgewinne und Besserverdienende ausgerichteten Wirtschafts- und Finanzpolitik von SPD und Grünen wie auch der SPD/CDU/CSU-Koalition im Bund, sorgt für ständigen Druck auf die queere Infrastruktur, verhindert ihren Ausbau und ihre Weiterentwicklung. Dem Versuch, die Einnahmen des Referats für Umwelt und Gesundheit zu erhöhen, wäre beinahe das kostenlose anonyme HIV-Testangebot im Gesundheitsamt zum Opfer gefallen. Nur politischer Druck konnte dies verhindern. Unter dem Eindruck steigender Infektionszahlen und der Notwendigkeit verstärkter Präventionsanstrengungen ist das eine alarmierende Entwicklung.

Unsere Forderungen:

- die Umsetzung des EU-Grundsatzes „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“;
- ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, das den Anteil von Frauen in verantwortlichen Positionen erhöht;
- die Umwandlung von Mini- und Midi-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse;

* *Queere Lebensweisen: Lebensweisen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, jenen die sich keinem der beiden Geschlechter zuordnen lassen und/oder dies nicht wollen, sowie all denjenigen, die keine heterosexuelle Partnerschaft leben wollen.*

- bessere Bedingungen für Berufsrückkehrer*innen sowie Frauen und Männer, die neben der Arbeit zu Hause Kinder, ältere Menschen oder Behinderte betreuen;
- Queeren Lebensgemeinschaften muss die Nutzung von Kindergärten und Schulen ohne Diskriminierung möglich sein. Wenn dies in bestehenden Einrichtungen nicht gewährleistet werden kann, muss die Errichtung eines speziellen Kindergartens geprüft werden. Betreuer*innen und Lehrer*innen müssen hierfür geschult werden. Bildungsangebote der Stadt sollen die Anerkennung der Gleichwertigkeit queerer Lebensweisen fördern, insbesondere auch im Jugendbereich, aber auch in der Erwachsenenbildung bspw. an der Volkshochschule.
- DIE LINKE. will das verbesserte HIV-Testangebot sozial diskriminierungsfrei anbieten. Das kostenlose Testangebot des städtischen Gesundheitsamts muss im Hinblick auf verstärkte Präventionsanstrengungen erhalten bleiben.
- Lesben und Schwule haben einen Anspruch darauf, ohne Anpassungsdruck in Würde den Lebensabend zu verbringen. Dies ist in herkömmlichen Altenheimen kaum möglich. Wir unterstützen darum zusätzlich zu einem in Planung befindlichen schwulen auch lesbische und queere Altenwohnprojekte.
- Trotz städtischer Erhaltungssatzung, die eine Zweckentfremdung von Wohnraum verhindern soll, kann gerade auch im Glockenbachviertel ein deutlicher Trend zur Verdrängung von Mieter*innen beobachtet werden. DIE LINKE. fordert diese Entwicklung zu stoppen und die Erhaltungssatzung konsequent anzuwenden.
- Bei der Vergabe von Sozialwohnungen müssen auch queere Lebensgemeinschaften berücksichtigt werden.
- Mit Rücksicht auf die häufig schwierige soziale Situation von Lesben werden wir besonders darauf achten, dass auch dieser Teil der queeren Community angemessen gefördert wird. Eine Veranstaltung wie das Lesben-Frühlingstreffen muss darum vonseiten der Stadt entschiedener unterstützt werden, als dies in der Vergangenheit geschehen ist.
- Die Unterstützung von queeren Vereinen und Initiativen durch die Stadt München wollen wir sicherstellen und ausbauen. DIE LINKE. wird sie gegen Angriffe aus dem reaktionären Lager verteidigen. Gleichstellung und Emanzipation werden als selbstverständlicher Teil linker Politik auch die Arbeit der LINKEN im Stadtrat bestimmen.

9 München ist bunt – nicht braun!

Wer von einer politischen Entscheidung betroffen ist, muss an ihr mitwirken können. Das ist eines der Grundprinzipien der Demokratie. DIE LINKE. sieht dieses Prinzip in Deutschland verletzt. Millionen Mitbürger*innen sind vom politischen Leben ausgeschlossen, weil sie keine deutsche oder EU-Staatangehörigkeit besitzen. Eine demokratische und pluralistische Gesellschaft kann dies auf Dauer nicht dulden, das ist unsere Überzeugung. Wir sehen die Notwendigkeit, jedem Menschen dort politische Rechte zu gewähren, wo sein Lebensmittelpunkt ist. Auch das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und Schutz vor Diskriminierung stehen jedem zu, der hier lebt. Diese Prinzipien liegen der Haltung der LINKEN zu Fragen von Migration und Integration zugrunde.

In den vergangenen Jahren wurde in Deutschland im Umgang mit Zuwanderern und Menschen mit Migrationshintergrund wieder der Rückwärtsgang eingelegt. Die Anforderungen für Aufenthaltstitel wurden verschärft. Die Einbürgerung ist ein jahrelanges Verfahren mit ungewissem Ausgang. Während andere europäische Länder längst zumindest ein kommunales Wahlrecht für alle Einwohner eingeführt haben, wird hierzulande schon die Selbstorganisation Nichtwahlberechtigter in politischen und kulturellen Vereinen mit Misstrauen betrachtet und Beschränkungen unterworfen.

Zu den rechtlichen Benachteiligungen, die sich auf dem Arbeitsmarkt ebenso auswirken wie im Familienleben, tritt noch Diskriminierung. Vor kurzem ergab eine Studie der OECD, dass in Deutschland selbst Migranten mit besten inländischen Universitätsabschlüssen deutlich schlechtere Beschäftigungschancen haben als Deutsche. Für Jugendliche, die vom deutschen Bildungssystem in die Hauptschule geschoben wurden, gilt dies noch viel mehr.

DIE LINKE. setzt sich auf allen politischen Ebenen dafür ein, rechtliche und soziale Diskriminierungen zu beseitigen. Alle Menschen, die auf Dauer hier leben, müssen ein gesichertes Bleiberecht und gleiche Rechte bekommen. DIE LINKE. fordert ein kommunales Wahlrecht unabhängig von der Staatsangehörigkeit und strebt langfristig ein volles Wahlrecht auf allen Ebenen an; DIE LINKE. steht für ein „jus solis“, das allen hier Geborenen die Staatsbürgerschaft verleiht; einen menschenwürdigen Umgang mit Non-Citizens (Flüchtlingen) und die konsequente Bekämpfung jeder Form von Rassismus und Intoleranz.

Non-Citizens und „Illegalisierte“

Es gibt immer weniger Asylbewerber und Non-Citizens in Deutschland, trotzdem bleibt die Politik in Deutschland bei ihrem strikten Abschottungskurs. Das mittlerweile extrem aufgeweichte Grundrecht auf Asyl findet in der Praxis kaum noch Anwendung.

In München sind Non-Citizens und ihre Probleme meist unsichtbar, auch weil die Stadt für Menschen ohne Aufenthaltsstatus nicht zuständig ist. DIE LINKE. fordert weiterhin die Abschaffung der vom Freistaat unterhaltenen Lager und stattdessen eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen. Die Essenspakete verstoßen gegen die Menschenwürde, sie müssen abgeschafft werden. Unbegleitete minderjährige Non-Citizens gehören in die alleinige Verantwortung des städtischen Jugendamtes, Kinder gehören in Kindergarten, Schule und Ausbildung. Das Arbeitsverbot für Flüchtlinge und Asylbewerber muss fallen.

Mehr als ein Drittel der Münchner*innen und Münchner hat einen Migrationshintergrund, das heißt, zumindest ein Elternteil ist zugewandert. Bei Kindern und Jugendlichen liegt diese Zahl weit höher. Dabei sind nach wie vor die meisten rechtlich Ausländer*innen; zu 24% Ausländern kommen nur 10% Deutsche mit Migrationshintergrund. Bundesweit ist das Zahlenverhältnis umgekehrt. Grund dafür ist die in Bayern besonders restriktive Einbürgerungspraxis. In der Folge sind in München besonders viele Mitbürger*innen von den Regelungen des restriktiven Ausländerrechts betroffen, und besonders viele haben kein kommunales Wahlrecht.

In etwa einem Drittel aller in München geschlossenen Ehen haben die Partner Pässe aus verschiedenen Ländern. Die erschwerten Bedingungen, unter denen solche Ehen geschlossen und geführt werden, sind also nicht mehr die Ausnahme, sondern der Normalfall.

Auch in Münchner Kindergärten und Schulen ist die Begegnung vieler Sprachen und Kulturen die Regel. Das gilt aber nur für die Kinder und Jugendlichen selbst; weder in der Zusammensetzung des Betreuungspersonals und des Lehrkörpers noch in den Bildungsinhalten findet sich diese Vielfalt wieder. So wird leicht zur Bedrohung, was Bereicherung sein müsste.

Im deutschen Bildungssystem entscheiden Einkommen und Bildung der Eltern über die Chancen der Kinder. In Bayern gilt das noch verstärkt. Der Münchner Bildungsbericht belegt, dass auch in unserer Stadt Kinder mit Migrationshintergrund besonders darunter leiden. Ihr Anteil an höheren Bildungsabschlüssen entspricht bei weitem nicht ihrem Anteil an der Bevölkerung. Der Zugang zu beruflicher Bildung ist noch zusätzlich erschwert. Leider gilt dies auch für Ausbildungsplätze bei der Stadt München – von unlängst eingestellten 312 Auszubildenden haben ganze 12 nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Kein Wunder, dass viele Jugendliche mit Migrationshintergrund keine Berufsausbildung erreichen und arbeitslos sind.

Migrantinnen und Migranten finden meist nur schlecht bezahlte, oft gesundheitlich belastende Arbeit; weil dies auch in vergangenen Jahrzehnten so war, sind sie im Alter oft arm und gesundheitlich eingeschränkt. Auf die Probleme alternder Migrant*innen ist die Stadt aber nicht wirklich vorbereitet. Große Teile der Infrastruktur für ältere Mitbürger*innen, ob Altenzentren oder Pflegeeinrichtungen, befinden sich in kirchlicher Trägerschaft; muttersprachliche medizinische Betreuung ist meist nicht möglich, mehrsprachiges Personal, selbst mehrsprachige Informationsmöglichkeit ist oft nicht vorhanden. Aus einem Alter in Würde wird so ein Alter in Vernachlässigung.

In München leben zehntausende Flüchtlinge mit ungesichertem oder gänzlich ohne Aufenthaltsrecht. Erstere werden durch jahrelange Kettenduldungen diskriminiert, d.h. wiederholte Aufenthaltsverlängerungen von einer Woche bis drei Monaten, letztere werden von Anfang an „illegalisiert“. Von ihrer Anwesenheit profitieren viele. Sie selbst haben große Probleme; sie haben keinen legalen Zugang zu Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung und Schulen, zum Wohnungsmarkt. Es gibt in München erste Ansätze zur medizinischen Betreuung. Krankenhausaufenthalte sind aber nach wie vor fast unmöglich. Es gibt kaum Wege, den Aufenthalt zu legalisieren, auch nicht für hier geborene Kinder. Dabei sind viele „Illegalisierte“ hervorragend ausgebildet; darunter sind Universitätsprofessoren, die Büros putzen. Aber viele ausländische Abschlüsse und Berufsausbildungen werden hier nicht anerkannt.

Unsere Forderungen:

- Ausländische Staatsbürger *innen haben auch in München zu wenig politische Rechte. Die Einbürgerung ist augenblicklich der einzige Weg, daran etwas zu ändern. Dass in München weniger Eingebürgerte leben als in anderen deutschen Großstädten, ist der bayerischen Politik geschuldet. Aber die Stadt München kann und muss dem entgegenwirken. DIE LINKE. fordert die Einrichtung eines Einbürgerungsbüros, das Einbürgerungswillige beim Verfahren unterstützt und begleitet.
- DIE LINKE. setzt sich für die Beibehaltung eines direkt gewählten Ausländerbeirats ein. Solange es kein kommunales Wahlrecht für alle gibt, ist ein gewählter Ausländerbeirat unverzichtbar. Seine Kompetenzen müssen zudem deutlich erweitert werden; er muss Mitspracherecht in allen Bereichen städtischen Handelns erhalten, die Migrant*innen betreffen.
- Selbstorganisation von Migrant*innen muss gefördert werden, gleich, ob politisch, kulturell oder religiös. DIE LINKE. sieht darin einen notwendigen Schritt, um Austausch zu ermöglichen, aber auch, um die Grundlagen für fehlende Infrastruktur beispielsweise für die Versorgung älterer Migrant*innen zu schaffen.
- DIE LINKE. fordert eine Verbesserung der Lage aller Menschen ohne gesichertem Bleiberecht und aller „Illegalisierten“. Sie wendet sich gegen die Bedrohung von Migrant*innen und Non-Citizens durch eine fortwährende Kriminalisierung ihrer Person, z.B. in Form der Polizeikontrollen am Münchner Hauptbahnhof, sowie die in München und Bayern besonders restriktive Anwendung des Ausländerrechts und der sog. Sicherheits-gesetze. Die Stadt München muss sich gegenüber der Bayerischen Staatsregierung dafür einsetzen, dass diese Praxis beendet wird.
- Auch für Menschen ohne gesichertem Bleiberecht und „Illegalisierte“ muss eine Versorgung in den städtischen Kliniken gewährleistet sein; dafür ist ein Budget bereitzustellen. Kinder müssen Kindergärten und Schulen besuchen können, ohne die Meldung an Behörden zu fürchten. Kinder, die hier geboren werden, müssen hier legalisiert werden können. Es müssen Wege gefunden werden, um „Illegalisierten“ den Zugang zu günstigem Wohnraum zu ermöglichen, ihnen Rechtsschutz (z.B. bei Konflikten mit Arbeitgebern oder bei rassistischer Diskriminierung) zu gewähren. Die beste Lösung dafür wäre eine unabhängige, städtisch geförderte Beratungsstelle.
- Migrant*innen müssen bei der Anerkennung ihrer Abschlüsse und Ausbildungen unterstützt werden. DIE LINKE. fordert, dass sich die Stadt München auf allen Ebenen dafür einsetzt, die Anerkennung zu erleichtern.

- Die Vielfalt der Stadt muss sich auch in den städtischen Einrichtungen widerspiegeln. DIE LINKE. fordert die gezielte Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund in allen Bereichen. Langfristig muss die Zusammensetzung des städtischen Personals der Zusammensetzung der Stadtbevölkerung entsprechen. Anders ist eine diskriminierungsfreie Verwaltung nicht zu erreichen. Bis dahin sollte interkulturelle Weiterbildung verpflichtend sein und städtischen Beschäftigten das Erlernen einer der Hauptmigrationssprachen kostenfrei ermöglicht werden.
- Besonders dringlich ist die Einstellung mehrsprachiger Erzieher*innen in den Kindertagesstätten. DIE LINKE. setzt sich außerdem dafür ein, die Bildungspläne der Tagesstätten auf eine interkulturelle Erziehung hin zu öffnen, in der z.B. nicht nur der Nikolaus, sondern auch das Zuckerfest einen Platz hat. Sprachliche Förderung muss so gestaltet werden, dass eine nichtdeutsche Muttersprache nicht als Defizit erlebt wird. In den Elternbeiräten sind Plätze für Migrant*innen verpflichtend zu reservieren.
- Muttersprachlicher Unterricht ist ein Recht, keine Gnade. DIE LINKE. hält Zusatzprogramme für erforderlich, die auf allen Bildungsebenen muttersprachliches Lernen ermöglichen. Nur dann wird aus der Beherrschung der anderen Sprache eine belegbare Qualifikation, die auch auf dem Arbeitsmarkt anerkannt wird.
- Im Rahmen ihres Integrationskonzepts betreibt die Stadt München ein Projekt, das Unternehmen überzeugen soll, mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund auszubilden. Ein solches Projekt ist aber nur glaubwürdig, wenn die Stadt und die kommunalen Betriebe mit gutem Beispiel vorangehen. DIE LINKE. fordert, Ausbildungsplätze mindestens entsprechend ihrem Anteil an der Altersgruppe an Jugendliche mit Migrationshintergrund zu vergeben. Führen die Auswahlverfahren zu einem geringeren Anteil, so sind sie von geeigneten Stellen auf diskriminierende Elemente hin zu untersuchen und dann entsprechend zu ändern. Bei der Entwicklung solcher Verfahren müssen Ausländerbeirat und Antidiskriminierungsstelle mit einbezogen werden.
- DIE LINKE. setzt sich ein für eine tragfähige Infrastruktur für ältere Migrant*innen. Mindestens eines der geplanten Alten- und Servicezentren muss ein internationales ASZ werden. Es müssen Modellprojekte entwickelt und gefördert werden, die multireligiöse und mehrsprachige ambulante Pflege anbieten. DIE LINKE. fordert die Einsetzung einer Planungsgruppe, um den Bedarf für muttersprachliche Seniorenwohngemeinschaften und muttersprachliche stationäre Demenzpflege zu überprüfen.
- Alle städtischen Angebote müssen für alle Münchner*innen zugänglich sein, die Ausgestaltung muss den verschiedenen Bedürfnissen gerecht werden. Der Frauenbadetag an den städtischen Bädern ist ein Schritt in die richtige Richtung; es muss aber in allen sozialen und kulturellen Handlungsbereichen selbstverständlich werden, verschiedene Bedürfnisse wahrzunehmen. So wäre es durchaus denkbar, ein Projekt des sozialen Wohnungsbaus gezielt auf die Bedürfnisse von Migrant*innen auszurichten.
- Kultur in München ist vielsprachig; ein Internationales Kulturzentrum, das auch Raum für nichtdeutsches Theater und Kino, für Musik und Tanz bietet, ist überfällig.

DIE LINKE. wird nach Kräften den Diskussionsprozess zu dem vom Stadtrat einstimmig beschlossenen Integrationskonzept kritisch begleiten und von der Stadtverwaltung und der Stadtgesellschaft die Umsetzung erforderlicher und geeigneter Maßnahmen einfordern.

Nein zum Neofaschismus

München hat in ihrer kürzeren Vergangenheit eine gute Tradition im Umgang mit Faschisten, Antisemiten und Rassisten, ob mit Lichterketten mit über 200 000 Teilnehmer*innen oder die erfolgreichen Blockaden gegen Naziaufmärsche, alles zeigt das die Münchner*innen kein Verständnis für Menschenfeindliche Ansichten haben. Die Linke kämpft mit vielen Münchner*innen gemeinsam für eine bunte, weltoffene Stadt und eine friedliche, gerechte, solidarische Stadtgemeinschaft.

Allerdings ist München wie keine andere deutsche Stadt historisch mit dem Nationalsozialismus verbunden, was in der Bezeichnung „Hauptstadt der Bewegung“ zum Ausdruck kommt. In München fand sich der Nährboden für die NS-Doktrin. Hier konnte Adolf Hitler mit Unterstützung von vielen Personen und Institutionen zum „Führer“ eines faschistischen, rassistischen und barbarischen Regimes aufsteigen. In dieser Stadt wurden NSDAP, SA und SS gegründet. DIE LINKE. will diese Vergangenheit Münchens in Erinnerung halten und tritt jeglicher Verharmlosung und Relativierung der nationalsozialistischen Diktatur und von antisemitischen Positionen entschieden entgegen. Neofaschismus darf auf der Straße wie im Parlament weder Normalität noch Gewöhnung werden.

An aktuellen Herausforderungen fehlt es leider nicht: so hat sich aktuell in Obermenzing das so genannte „braune Haus“ etabliert. Das Anwesen hinter der hohen, dichten Hecke hat sich zum Treffpunkt für Neonazis in Südbayern entwickelt. Viele ganz Rechte gehen hier ein und aus. Nazi-Feste und Organisationstreffen sind an der Tagesordnung. Hier trafen sich Zeugen und mitangeklagte des NSU Prozess oder auch der verurteilte Rechtsterrorist Martin Wiese, der den Anschlag auf die Synagoge in München plante, soll Gast gewesen sein.

Wir bekämpfen jede Form von Rassismus, ebenso jede Form von Antisemitismus und Islamfeindlichkeit. Neofaschistische Positionen haben in den letzten Jahren bis in die „Mitte der Gesellschaft“ rechte Einstellungspotenziale mobilisiert. Wir wollen solidarische gesellschaftliche Strukturen gegen den Neofaschismus stärken, unter anderem, indem entsprechende Initiativen und Beratungsteams in die öffentliche Finanzierung übernommen werden und die Entstehung von „Gegenkultur“ unterstützt wird. Der öffentliche Raum ist gegen jeden Auftritt und Angriff der Neofaschisten zu verteidigen.

Zum antifaschistischen Kampf gehört es deshalb auch, die Schnittstellen zwischen konservativen und neofaschistischen Positionen zu identifizieren. Antisemitismus und islamfeindliche Stimmungsmache sind eine dieser Schnittstellen. Revisionistischen Geschichtsdebatten, der Glorifizierung der Wehrmacht und des Nationalsozialismus, der Stigmatisierung von Minderheiten und der Diskriminierung von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund im politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben treten wir entschieden entgegen.

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Unsere Forderungen:

- Keine Straßen und Plätze, keine öffentlichen Räume für Neonazi-Veranstaltungen! Wir werden selbst alles tun und fordern die Stadt auf, den öffentlichen Druck auf den Polizeipräsidenten und das Kreisverwaltungsreferat zu verstärken.
- Das Verbot volksverhetzender Propaganda in der Stadt muss konsequent durchgesetzt werden. Der Vertrieb neonazistischer und gewaltverherrlichender Schriften über Buchhandel und Kioske ist ordnungsrechtlich zu unterbinden.
- Wir werden in Zusammenarbeit mit antifaschistischen Organisationen jede Duldung oder Begünstigung neonazistischer Umtriebe durch Behörden oder Träger öffentlicher Belange strafrechtlich prüfen lassen.
- Keine öffentlichen Gelder für rechtslastige Vereine und Verbände, wie z. B. der Sudendendeutschen Landsmannschaft! Gerade in Zeiten staatlicher Sparpolitik dürfen die städtischen Fördermittel für demokratisch-antifaschistische Bildungsträger auf keinen Fall gekürzt werden, sondern sind auszuweiten, um gerade in solchen Zeiten rechten und geschichtsrevisionistischen Demagog*innen nicht das Feld zu überlassen.
- Die Stadt stellt ihre Räume für Aktivitäten gegen Rechtsradikalismus unentgeltlich zur Verfügung, unterstützt organisatorisch und medial antifaschistische Projekte an Schulen und Jugendeinrichtungen, wie z. B. dem „Münchener Schülerbüro e. V.“, dem „Münchener Schülerkongress“, „Schule ohne Rassismus“, „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“.

Die Stadt gewährt Schutz und Hilfe für Opfer fremdenfeindlicher Angriffe hierfür ist die Antirassismus- und Antidiskriminierungsstelle (Ombudsstelle) verantwortlich.

- Ausbau statt Abbau demokratischer Kultur- und Bildungsangebote in städtischen Einrichtungen wie dem EineWeltHaus sowie in den Stadtteilen! Keinerlei Mittelkürzungen.
- Der Stadtrat soll die Verwaltung beauftragen, ihm jährlich über neonazistische Aktivitäten in München zu berichten und diesen Bericht öffentlich zugänglich zu machen.
- Unterstützung und Förderung des „Initiativkreis für ein NS-Dokumentationszentrum“! Die Bedeutung der Dokumentation über die besondere Rolle Münchens und seiner gesellschaftlichen Verhältnisse für die Entstehung und den Aufstieg des Nationalsozialismus verweist auf die notwendige Aufgabe einer kritischen Auseinandersetzung mit unserer politischen Gegenwart. Das beschlossene Dokumentationszentrum ist nur eine kleine Lösung; es fehlt der Aktualitätsbezug.

- Wir fordern, dass von unserer Stadt Initiativen mit dem Ziel ausgehen, die Hypothek, die seit dem verhängnisvollen Diktat von 1938 auf unserer Stadt lastet, endlich zu tilgen, d. h. das „Münchener Abkommen“ von 1938 völkerrechtlich verbindlich für null und nichtig von Anfang an zu erklären und gleichberechtigte Beziehungen zu unseren tschechischen Nachbarn zu entwickeln.
- Keine Kriminalisierung von antifaschistischem Widerstand!
- Wir fordern die Stadt München auf, insbesondere als ehemalige sog. „Hauptstadt der Bewegung“, antifaschistische Aktionen mit zu unterstützen und selbst dazu aufzurufen.
- Die Stadt unterstützt das „Stolperstein“-Projekt, unter Berücksichtigung der Stellungnahme der israelitischen Kultusgemeinde.
- Die Stadt errichtet in der Ettstraße eine Gedenktafel für die Sinti und Roma, die sich unter den Nazis dort als „Zigeuner“ registrieren lassen mussten.

10 Keine Waffen unterm Friedensengel!

Münchens besonderer Auftrag: Für Frieden und gleichberechtigte internationale Beziehungen

Deutschland, das "NIE WIEDER KRIEG" geschworen hatte, führt wieder Kriege: in Afghanistan, vor Somalia, im Mittelmeer werden Handelsrouten „freigehalten“, werden Rohstoffvorkommen und Bodenschätze für den „ungehinderten Handel“ gesichert. Euphemistisch ist in den offiziellen Sprachregelungen allerdings meist die Rede von „Friedenmissionen“ oder „humanitärer Intervention“.

Doch ist Frieden und Abrüstung auch ein Thema für die Kommunalpolitik? In der Tat: denn wir beherbergen in unserer Stadt nicht nur die bekannten Flaggschiffe der Rüstungsproduktion wie KMW (Krauss-Maffei-Wegmann) oder MTU, sondern auch andere größere und zahlreiche kleinere Betriebe sind stark von Rüstungs- und Militäraufträgen geprägt. Dies reicht von MAN bis Rohde & Schwarz und prägt insbesondere unzählige Entwicklungslabors für elektronische Anwendungen: Rüstung ist heute vor allem modernste Informationstechnologie.

Statt die Propaganda von der notwendigen militärischen Friedenssicherung insbesondere in unseren Schulen zu unterstützen oder doch zumindest hinzunehmen, könnte Kommunalpolitik in vielfältiger Weise friedensfördernd wirken und den Widerstand der Bürger/innen gegen den Krieg stärken.

DIE LINKE fordert die Beendigung jeder Unterstützung der NATO-Sicherheitskonferenz durch die Stadt München. Dass die Münchner Bürgerinnen und Bürger sich immer wieder gegen Rüstungs- und Militärpolitik aussprechen, zeigt sich zum Beispiel anlässlich der jährlichen Proteste gegen die sog. NATO-Sicherheitskonferenz. Schon zum elften Mal hat in diesem Jahr die Münchner Friedenskonferenz stattgefunden, mit zahlreichen hochkompetenten Referenten und einer stetig zunehmenden Zahl von Besucher*innen und Diskutant*innen.

DIE LINKE begrüßt es, dass die Stadt sich somit, auch aufgrund politischen Engagements der Münchner Friedensinitiativen und unserer Partei, im Grundsatz klar positioniert hat. Doch wir sagen auch: Die Popularität, die friedenspolitische Erklärungen in der Öffentlichkeit besitzen, darf nicht nur für Lippenbekenntnisse genützt werden. Die Münchner Friedenskonferenz muss zu einem Markenzeichen unserer Stadt werden – und nicht die jährliche Versammlung der Kriegs- und Rüstungsstrategien aus Politik, Wirtschaft und Militär!

Die schönfärberischen Marketingsprüche der Münchner Rüstungstechnologie-Unternehmen dürfen nicht unwidersprochen bleiben. Denn dort dominiert ungetrübte Technologiebegeisterung – und nach wie vor eine Auffassung von Technikgeschichte, die die eigenen Rolle in der Nazi-Zeit und im Zweiten Weltkrieg weitestgehend ausblendet. Krass muten Selbstdarstellungen wie die der Krauss-Maffei-Wegmann-Gruppe, die sich der „weltweiten Erfolgsgeschichte“ ihres Kampfpanzers Leopard, den man „in 21 Länder weltweit“ exportiert habe – und sieht sich damit bestens auf dem Weltmarkt aufgestellt. MTU, die sich selbst als "Branchenprimus in Deutschland" bezeichnet, prahlt damit, dass in München ihre Expert*innen und Soldat*innen der Luftwaffe und zivile Mitarbeiter*innen des öffentlichen Dienstes "Hand in Hand" arbeiten würden.

In Garching bei München befindet sich der weltweit einzige Atom-Reaktor, in dem hoch angereichertes Uran (HighlyEnrichedUranium = HEU) als Brennstoff eingesetzt wird. Die Betreiber des Garchinger Forschungsreaktors FRM II halten sich nicht an anders lautende internationale Vereinbarungen. HEU ist zum Bau von Atombomben geeignet. Zivile und militärische Nutzung lassen sich nicht voneinander trennen. „Beforscht“ und betrieben wird der Reaktor zwar von der Technischen Universität München. Langjährige Geschäftserfolge jedoch verbucht in diesem Zusammenhang der sich sonst so zivil gebärdende Münchner Siemens-Konzern. Der Garchinger Reaktor schafft jedoch vor allem einen neuen Markt für waffenfähiges, hoch angereichertes Uran und konterkariert damit die jahrzehntelangen internationalen Abrüstungsbemühungen.

Zwar wurden in den letzten Jahren Standorte der Bundeswehr auch in München geschlossen. Aber die quantitative Abnahme der direkt bei der Bundeswehr Beschäftigten und ihrer Standorte vertuscht eine immer stärker werdende Durchmilitarisierung des öffentlichen Raumes unter dem Etikett der „zivil-militärischen Partnerschaft“. Denn die Grenzen zwischen ziviler und militärischer Infrastruktur fließen immer stärker ineinander, sei es in Wissenschaft und Forschung oder etwa beim Betrieb von Krankenhäusern.

Unsere Forderungen:

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Stadt ihr Bekenntnis zur Friedenspolitik mit Leben erfüllt. Ein aktives friedenspolitisches Engagement auf kommunaler Ebene bedeutet für uns:

Statt dieser Militarisierung immer weiterer Bereiche und der Ausrichtung auf Rüstungsproduktion und -Forschung tatenlos zuzusehen, fordert DIE LINKE gerade die Bemühungen um Konversion von Forschung und Produktherstellung auf zivile und sinnvolle Anwendungen mit einem eigenen kommunalen Beitrag zu unterstützen: im kommunalen „Institut Zukunft der Arbeit“ sollen Überlegungen zur Rüstungskonversion einen festen Platz haben.

Der friedenspolitischen Verantwortung kann die Stadt nachkommen durch weitere und neue Unterstützung von historischen Forschungsprojekten, Dokumentationen und Ausstellungen, um die Öffentlichkeit auf die Rolle der Rüstungsindustrie in unserer Stadt und deren Folgen aufmerksam zu machen. Sie muss auch die Unternehmen und ihre Eigner dazu auffordern, ihren Beitrag hierzu leisten. Das erfordert z.B. auch die weitere Aufarbeitung von Betriebsgeschichte und die Übernahme von Verantwortung für die Schicksale der Menschen, die als Zwangsarbeiter*innen der Kriegsmaschinerie der Nazis in Münchner Betrieben ausgebeutet, gequält und ermordet wurden. Die Stadt München sollte sich mit einem Appell an die Stadtparlamente anderer Städte wenden, in dem von der Bundesregierung gefordert wird, Gelder des Rüstungshaushaltes in zivile Bereiche umzuleiten, um die Verschuldung und Finanznot der Städte und Gemeinden zu lindern und dringend notwendige Investitionen in die kommunale Infrastruktur zu finanzieren.

Verantwortung bedeutet für die Stadt München auch, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen eine Heimstatt zu bieten. Auch wenn viele Entscheidungen hierzu auf Bundes- und Landesebene fallen, hat die Stadt bei Versorgungsleistungen für diese Menschen, die auch aufgrund einer verfehlten und korrupten Politik unter teils menschenunwürdigen Umständen leben müssen, eigene Spielräume. Die Stadt kann darauf hinweisen, dass entwürdigende Praktiken wie das Einsperren in Lagern, die absurde Residenzpflicht und die Entmündigung bei der Entscheidung über den eigenen Essenskonsum mit den Menschenrechten nicht vereinbar sind.

11 (Hoch-)Kultur nicht nur für G'spickte!

Unsere zukünftige Lebensweise ist nicht nur von Technik und Ökonomie, sondern ganz entscheidend von unseren Werten geprägt, von unseren Vorstellungen über ein gutes Leben und von der Frage, wie wir zukünftig leben wollen – kurz gesagt von unserer Kultur. Kultur ist daher ein entscheidender Faktor politischen Handelns.

Hiervon ausgehend, dass nämlich erst kulturelles Wissen den Menschen dazu befähigt, seine Lage zu erkennen und möglichst klar artikulieren zu können, gibt es kulturpolitisch für DIE LINKE zwei besondere Anliegen: Zum einen die mögliche Teilhabe aller an Kultur- und Bildungsangeboten; und zum anderen die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Künstler*innen.

Gerade in München schwinden die Freiräume für kreative Entwicklungsmöglichkeiten zusehends, um statt dessen einer reinen Entertainment- und Eventökonomie das Feld zu überlassen. Auf Dauer wird diese Tendenz zur Verarmung und zu sinkender Lebensqualität in München beitragen. DIE LINKE fordert deshalb eine Kulturkonferenz mit Künstler*innen und Persönlichkeiten aus anderen Fachbereichen um darüber zu beraten, wie sich München in diesem Sinne neu aufstellen kann.

In der Münchner Kulturpolitik findet bei der Verteilung der Haushaltsmittel eine Konzentration auf alteingesessene Kulturinstitutionen statt – mit der Tendenz, die Mittel für bestehende Institutionen laufend zu stärken. Entsprechend stehen für junge, alternative und neue kulturelle Aktivitäten oft keine Gelder zur Verfügung. Es geht in diesem Zusammenhang nicht darum, etablierten und guten kulturellen Einrichtungen die bestehenden finanziellen Mittel zu kürzen, sondern darum, dass in Zukunft verstärkt auch kleinere Einrichtungen und Gruppen im Theater-, Kabarett-, Musik-, Tanz- und Filmbereich oder auch Initiativen zur Verschönerung von Stadtteilen eine angemessene Unterstützung durch die Stadt erhalten. Im Hinblick auf die zukünftigen Kulturbudgets der Stadt München wird sich DIE LINKE dafür einsetzen, dass neben einer Erhöhung der Mittel für aktivierende Kulturarbeit in den Stadtteilen auch eine stärkere Investition in kleinere Kultureinrichtungen und neue Kulturprojekte erfolgt.

Kultur- und Bildungsarbeit heißt für DIE LINKE immer auch kritische Erinnerungsarbeit. DIE LINKE wird auch zukünftig für einen kritischen Umgang mit unserer Geschichte eintreten und dafür werben, dass viel-fältige Formen der Erinnerungsarbeit unterstützt werden.

Eine Form der Erinnerungskultur ist die museale. Erinnerung an die Münchner Stadtgeschichte geschieht insbesondere im und durch das Münchner Stadtmuseum. Die Geschichte der Münchner Arbeiter*innen ist nach Auffassung der LINKEN integraler Bestandteil der Stadtgeschichte. Das Archiv der Münchner Arbeiterbewegung muss daher im Zuge des Um- und Erweiterungsbaus des Münchner Stadtmuseums räumlich integriert werden – bei weiterhin institutioneller Eigenständigkeit. Für das umfangreiche Exponaten-Depot muss die LH München dem Trägerverein ausreichend große und geeignete Räumlichkeiten dauerhaft zur Verfügung stellen. Auch die Geschichte der Immigration ist fester Bestandteil der Stadtgeschichte. Daher muss bei der Neukonzeption anlässlich der Renovierung diesem Aspekt sowie der Entwicklung der Vielfalt der Stadtgesellschaft ausreichend Platz eingeräumt werden.

Auch die stadt eigenen Museen richten sich leider noch nicht umfassend nach den Standards des International Council of Museums: (den kursiven Text evtl. in den Anhang) Ein Museum ist eine ständige Einrichtung im Dienste der Gesellschaft und ihrer Entwicklung, die für die Öffentlichkeit zugänglich ist und materielle Belege des Menschen und seiner Umwelt zum Zwecke des Studiums, der Erziehung und der Freude erwirbt, erhält, erforscht, vermittelt und ausstellt. Dies muss sich ändern. Ebenso müssen die städtischen Museen künftig nach den neuesten Standards der Museumspädagogik arbeiten.

München hat eine große Anzahl von etablierten Kultur- und Kunsteinrichtungen und bietet ein vielfältiges Kulturangebot, das auch sehr gut angenommen wird. Dennoch gibt es Defizite und strukturelle Probleme in unterschiedlichen Bereichen. Insbesondere für Münchner „nicht-arrivierte“ (nicht-akademische) Kunstschaffende z.B. aus dem bildenden Bereich, denen der Zugang in den „etablierten“ (kommerziellen) Kunstbetrieb verwehrt ist, gibt es nicht genügend Räumlichkeiten, ihre Kunst adäquat zu präsentieren – manche der Stadtteil-Kulturhäuser wurden diesbezüglich leider völlig fehlgeplant. Besonders genannt sei der Bereich der Digital-Kunst, der in München so gut wie keine Präsentationsmöglichkeiten geboten werden. Viele dieser Einrichtungen der Stadtteilkultur sind nach wie vor unterfinanziert und können daher nicht mit angemessenem Personal betrieben werden. Auch ist es inakzeptabel, dass dies Trägervereine dieser Stadtteil-Kulturzentren verpflichtet (gezwungen?) werden, einen Großteil der ihnen zufließenden städtischen Förderung wieder in Form von Mieten und Nutzungsgebühren zu refinanzieren und an die Stadt abzuliefern.

Im Bereich der Bildenden Kunst sind im reichen München Museen, Kunsthäuser und Galerien, die Bildende Kunst präsentieren bzw. verkaufen, weitgehend durch den Markt für Sammler mit viel Geld geprägt. Hinzu kommt die deutsche Besonderheit, vor allem internationale Künstler auszustellen. Die Stärke des Kunststandortes München liegt aber gerade in der Fülle von hier ansässigen Künstlerinnen und Künstlern aller Altersgruppen mit ganz unterschiedlichen Kunstpositionen. Um diese zur Geltung zu bringen, müssten explizit für sie eine städtische Kunsthalle sowie eine städtische Kunstmesse etabliert werden.

Jenseits der gesetzlich vorgeschriebenen „Kunst am (Neu!)Bau“ sollte die Stadt München in einer darüber hinaus gehenden Selbstverpflichtung dies ausweiten auf entsprechende Sanierungen von Bauten. Darüber hinaus soll die Stadt geeignete Mauerflächen freigeben und weitere neue Freiflächen schaffen für den Bereich der Graffiti-Kunst.

Einen besonderen Augenmerk richten DIE LINKE. auf die Arbeitsbedingungen von Kunst- und Kulturschaffenden in München. Einige Wenige können „gut leben“ von ihrer Kunst bzw. Kulturarbeit und werden auch entsprechend öffentlich gefördert. Die meisten jedoch müssen sich mit „Jobs“ über Wasser halten und/oder sind auf Hartz IV angewiesen. Insofern sehen wir nicht nur das Kulturreferat, sondern auch das Referat für Arbeit und Wirtschaft in der Verantwortung. Die Bezahlung des Lehrpersonals an der städtischen Musikschule sowie der Referent*innen der Münchner Volkshochschule muss dringend verbessert werden.

Defizitär ist nach wie vor die kulturelle Breitenbildung. Dazu gehört u.a. auch die musikalische Bildung, insbesondere für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche. Daher muss an Kindergärten und Grundschulen verstärkt Musikunterricht angeboten werden, Stipendien für sozial Schwache an der städtischen Musikschule müssen ausgebaut werden.

Kultur muss für alle zugänglich sein. Nicht nur für Begüterte, sondern auch für Inhaber*innen des MünchenPass. Daher ist sicherzustellen, dass alle städtischen Kultureinrichtungen der darstellenden Kunst (Theater, Oper, Musik, etc.) dauerhaft als Kulturpartner dem Projekt Kulturraum beitreten und überdies alle nicht vergebenen Eintrittskarten dem Projekt Kulturraum zur Vermittlung an Inhaber*innen des MünchenPass zur Verfügung gestellt werden; sie müssen bei allen städtischen Einrichtungen der bildenden Kunst (Ausstellungen, Kunstmuseen) den Eintritt zu einem deutlich verminderten Preis erhalten können. Ebenso müssen die Veranstalter bzw. Träger aller vom Kulturreferat oder anderen städtischen Stellen geförderten Kultur-Ereignisse zu den o.g. Verfahren verpflichtet werden. Die o.g. Regelung der Vergünstigung muss auch für alle weiteren städtischen Museen gelten. Alle aktuellen entsprechenden Angebote bzw. Möglichkeiten der Vergünstigung müssen im Internet leicht zugänglich zeitnah veröffentlicht werden. Alle Pass-Inhaber*innen sollen von dem Projekt Kulturraum bzw. der Möglichkeit, verbilligte Eintrittskarten zu bekommen, wissen. Daher muss bei jeder Verlängerung bzw. jeder Neuausstellung automatisch ein entsprechendes Informationsblatt ausgehändigt werden. Alle Sozialbürgerhäuser müssen als Sozialpartner dem Projekt Kulturraum beitreten, und das Personal an der Eingangstheke muss entsprechend kompetent informiert werden und Bestätigungsformulare bereithalten. Sollte sich der betreffende Trägerverein einmal auflösen oder sollte er das Projekt Kulturraum einmal nicht mehr weiterführen, so muss die LH München dies in Eigenregie übernehmen.

Ein hoher Anteil der Münchner Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund aus unterschiedlichen Kulturen. Sie wohnen, arbeiten, gehen zur Schule oder studieren zusammen mit den einheimischen Münchner*innen. Das gültige „Aufenthaltsgesetz“ und die „Ausländer Politik“ der Bundes- und Landesregierung sowie die Praxis der Landeshauptstadt München hat die Diskriminierung der Immigrant*innen erst möglich gemacht und eine wirkliche Integration verhindert. Die Herrschende Politik hat somit eine Kultur der Intoleranz geschaffen, welche das friedliche Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen in unserer Stadt sehr schwierig macht. Rassismus, Islamphobie und Gewalt gegen afrikanische und muslimische Immigrant*innen sind die Folge.

Für ein friedliches Zusammenleben der Menschen in München kann die Kultur nur **interkulturell** sein. Deshalb sind wir Münchner Linke für eine neue Kultur des Friedens, der Toleranz und der Solidarität. Vereine von Immigrant*innen sind für die Entwicklung einer Interkultur äußerst wichtig. Jedoch fehlen ihnen oft Mittel und Räumlichkeiten um ihre kulturellen Aktivitäten wie Tanzkurse, Theater- oder Musikgruppen fortzusetzen geschweige denn um Interkulturelle Begegnungsstätten zu werden. Bürokratische Hürden machen die Bewilligung von Mitteln und Räumlichkeiten oft unmöglich. Somit verlieren diese Vereine ihre Attraktivität unter den Immigrant*innen, was zu einem Mitgliederverlust und zu einer weiteren Isolierung des Einzelnen führt. Besonders Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind bei der Identitätsfindung und Integration innerhalb der Gesellschaft die Hauptbetroffenen.

Als DIE LINKE fordern wir:

- unbürokratische und größere Unterstützung für die Immigrant*innen-Vereine mit Mitteln und Räumlichkeiten;
- den Aufbau und Förderung von Interkulturellen Begegnungszentren in Stadtteilen, mit kulturellen Projekten besonders für Kinder, Jugendliche und Frauen.

Für eine Neue Kultur sind Künstler*innen unverzichtbar. In München lebt eine Vielzahl von Künstler*innen mit Migrationshintergrund. Obwohl sie bei der Ausübung ihrer künstlerischen Aktivitäten mit denselben Problemen konfrontiert sind, wie einheimische Künstler*innen auch, haben sie es als Migrant*innen oft doppelt schwer. Auch sie müssen viele Projekte mangels Räumlichkeiten und Mittel aufgeben, die eine Bereicherung für das kulturelle Leben in München wären.

Als DIE LINKE fordern wir:

- eine massivere Unterstützung mit Mitteln und Räumlichkeiten (Ausstellungsräume, Konzerthallen, Übungsräume) für alle Künstler*innen;
- die Förderung von gemeinsamen Projekten von Künstler*innen mit oder ohne Migrationshintergrund;
- den Aufbau und die Förderung von Projekten innerhalb von Interkulturellen Begegnungszentren in Zusammenarbeit mit Künstler*innen. Auch mit dem Ziel für Künstler*innen mit oder ohne Migrationshintergrund dauerhafte Stellungen zu schaffen;

Viele Kulturarbeitende – und hier verstehen wir Kultur in sehr breitem Sinn, der auch den großen Bereich der zivilgesellschaftlich Tätigen umschließt – engagieren sich ehrenamtlich. Die Stadt München sollte dieses Engagement anerkennen durch die Schaffung einer Ehrenamtskarte, welche **deutlich** reduzierte Eintrittspreise z.B. bei Museen und Konzerten (auch der Pop- und Alternativ-Kultur!), aber auch Schwimmbädern ermöglicht. Kommunale Kulturpolitik sollte nicht über die Köpfe der Kulturschaffenden hinweg erfolgen oder mit wenigen „gut Vernetzten“ ausgekugelt werden. Daher scheint uns eine kommunale Kulturkonferenz angezeigt.

Ob die angeblich dringend notwendige Sanierung von Raum und Akustik der Philharmonie tatsächlich so dringend ist bzw. mehrere hundert Millionen Euro kosten muss, bezweifeln wir. Das Geld wäre gegebenenfalls in der Breitenförderung kleiner Kulturprojekte besser investiert.

Einen zweiten kommunalen Konzertsaal lehnen wir ab.

Kultur soll sowohl für die Kulturschaffenden als auch für die Kulturkonsumenten jeweils individuell identitätsstiftend wirken. Jeder Mensch hat ein Grundbedürfnis an identitätsstiftender Kultur. Besonders geeignet zur Identitätsstiftung sind Veranstaltungen der jeweiligen Volkskultur, die von Menschen jedweden Alters und Bildungsniveaus genutzt werden. Hierbei kann es sich sowohl um musikalische Veranstaltungen mit oder ohne Tanzmöglichkeiten als auch um literarische oder darstellende Künste handeln.

DIE LINKE. München ist der Auffassung: Die bairische Volkskultur ist wertvoll, und sie darf nicht nationalistisch-rechten Kreisen zum Missbrauch überlassen werden. Echte Volkskultur wird bisher hauptsächlich ehrenamtlich oder für geringe Gagen ermöglicht. Dennoch ist es dringend notwendig, "Echte Volkskultur" zu unterstützen. Dies gilt auch für die migrantischen Volkskulturen.

Die Schaffenden der Volkskultur haben keine kommerziellen Interessen. Trotzdem sind Zuschüsse und Investitionen notwendig, um diese ursprüngliche Kultur zu ermöglichen. Die Landeshauptstadt München muss öffentliche Räumlichkeiten kostenlos für Veranstaltungen der nicht kommerziellen Volkskultur zur Verfügung stellen und kostenlos über diese Veranstaltungen zu informieren. Überdies sind weitere unvermeidliche Kosten (z. B. GEMA-Gebühren) von der Landeshauptstadt München zu übernehmen.

12 Netzpolitik – Kommunikation statt Überwachung!

Netzpolitik umfasst die Bereiche Politik des Netzes (Architektur, Standards, etc.), der Politik über das Netz (Datenschutz, Persönlichkeitsrechte, Urheberrecht, usw.) sowie der Politik mit dem Netz (eGovernment, Liquid Democracy, Campaigning, etc.).

Bildung, Wissen und Information sind wesentliche Grundlagen einer in die Gesellschaft integrierten Existenz. Die technologischen Entwicklungen und Veränderungen der vergangenen Jahrzehnte haben es mit sich gebracht, dass der Zugang zu diesen drei ohne schnelles Internet nicht mehr zu gewährleisten ist. Somit ist der Zugang zu Internet für jedermann unerlässlich; schnelle Internet-Anschlüsse gehören inzwischen zum Kanon der allgemeinen Grundversorgung und öffentlichen Daseinsvorsorge wie Wasser, Strom und Öffentlicher Nahverkehr. Das Grundrecht auf Zugang zum Internet (wie in Estland) ist für uns daher selbstverständlich.

Das Internet ermöglicht unter anderem – politischen Willen voraus gesetzt – den öffentlichen Zugang für jedermann zu allen Vorgängen und Dokumenten bezüglich aller Entscheidungen und Maßnahmen – auch kommunaler – Politik, die eben diese Menschen betreffen. Repräsentative Demokratie und Autoritätsübertragung an Behörden lässt sich auf diese Weise um direktdemokratische Einfluss- und Kontroll-Mechanismen erweitern.

Kommunale Netzpolitik muss von diesen beiden Leitgedanken geprägt sein.

München spielte – und dies anerkennen wir als LINKE – bereits zweimal eine Vorreiterrolle: Nämlich in der Entscheidung, die Stadtverwaltung weitestgehend auf linux-basierte Software umzustellen (LiMux), sowie in der Umstellung des Kartendienstes der städtischen Webseite auf OpenStreetMap. München soll und muss diese Vorreiterrolle weiterführen im Bereich kommunaler Netzpolitik.

Wichtiger und öffentlichkeitswirksamer Bestandteil von kommunaler Netzpolitik ist der städtische Internet-Auftritt „**muenchen.de**“. Dieser ist in wesentlichen Punkten verbesserungsbedürftig. Daher:

- Die Webseite muss barrierefrei gestaltet werden, d.h. Skalierbarkeit der Schrift, sowie offene html-Struktur und Alternativtext bei Grafiken für Vorlese-Software;
- Die Webseite darf auch künftig keine Verknüpfungen (mehr) mit Datenkraken wie Google oder Facebook enthalten;
- Alle Inhalte sollen unter Creative-Commons-Lizenz eingestellt werden;
- Nutzung von Vimeo (anstelle von YouTube);
- Einrichtung eines eigenen städtischen Diaspora-Pods innerhalb der weltweiten Diaspora-Community (als Alternative zu Facebook) als Bürger*innen-Service (nicht nur für Münchner Bürger*innen) und Vorbild-Funktion.

Kostenfreier Zugang zum Internet muss (nach dem Vorbild Estland) gewährleistet sein. Daher:

- Ausreichende Anzahl **schneller** Internet-Portale in allen Stadt(teil)bibliotheken;
- **Schnelle** Hotspots in allen städtischen Einrichtungen – nicht nur in der Innenstadt, sondern auch und insbesondere in den randstädtischen Stadtvierteln, auch in allen Jugendzentren;
- Unterstützung der Münchner Freifunk-Initiative.

Die mündige und selbstbestimmte Nutzung des Internets erfordert eine entsprechende Bildung nicht nur der technischen, sondern auch der inhaltlichen Kompetenz – insbesondere der Fähigkeit zu Unterscheidung und Bewertung der Inhalte, sowie das Bewusstsein für die Suchtgefahren des Internet. Daher fordern wir:

- entsprechend gestaltete Internet-Kurse als Medienbildung in den Jugendzentren, über die Jobcenter, usw. und
- die Förderung von suchtpreventiven und suchthelfenden Initiativen.

Das derzeitige eGovernment-Angebot ist unvollständig und als Wirrwarr auf der städtischen Webseite versteckt. Daher fordern wir:

- ein einfaches, sofort zugängliches und übersichtliches eGovernment-Angebot.

Immer mehr digitale Anwendungen werden aus Gründen der Kosteneinsparung in „die Cloud“ ausgelagert, d.h. in externe Server und Speicher bzw. an externe digitale Rechenleistungen. Damit wird die Kontrolle über die Daten aus der Hand gegeben. Daher:

- **Kein** Cloud Computing der städtischen Verwaltung, da sonst derzeit keine Datensicherheit gewährleistet werden kann.

Information bedeutet Wissen. Nichtöffentliches Wissen ist immer Herrschaftswissen. DIE LINKE. München will eine möglichst herrschaftsfreie Stadtgesellschaft. Daher:

- Open Data – Offenlegung und übersichtlicher Zugang zu allen städtischen Dokumenten, bzw. allen kommunalen Verwaltungs-Daten; (zu den Prinzipien von „Open Data“ siehe **Anhang auf Seite 58**);
- Einrichtung einer Internet-Plattform **liquid-muenchen.de** Digitale und rechtsverbindliche Bürger*innen-Beteiligung (Planungsvorhaben, Bürger*innen-Haushalt, Petitionen, etc.);
- Entwicklung und Verabschiedung einer Kommunalen Informationsfreiheitsatzung.

Das Thema Netzpolitik ist ein Querschnittsthema. Daher:

- Einrichtung eines entsprechenden Grundsatz-Ausschusses „Kommunale Netzpolitik“ im Stadtrat. Dieser muss federführend sein in allen Fragen kommunaler Netzpolitik und natürlich mit Antragsrecht ausgestattet werden.

Viele Bereiche der Netzpolitik werden auf Bundesebene, manche auch auf Landesebene verhandelt und entschieden. Daher:

- Die Landeshauptstadt München muss als eine der größten Kommunen Deutschlands seinen Einfluss auf Landes- und Bundesebene geltend machen, um entsprechende gesetzliche und regulatorische Voraussetzungen für ein freies und demokratie-förderliches Internet zu bewahren bzw. zu schaffen.

13 Solide Finanzen für eine solidarische Stadt

DIE LINKE steht auf Bundesebene für eine Reform der Gemeindefinanzen, mit der die Handlungsfähigkeit der Kommunen wiederhergestellt wird. Hierzu zählt vor allem die ausnahmslose Berücksichtigung des Konnexitätsprinzips. Kommunale Belastungen, die aufgrund der von Bund oder Land an die Kommune übertragenen Aufgaben entstehen, müssen vom Verursacher (Bund oder Land) finanziell ausgeglichen werden. DIE LINKE. fordert ein Anhörungsrecht für Kommunen bei sie betreffenden Gesetzen.

Die Kommune ist zuständig für die Daseinsvorsorge und somit ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Davon profitieren die Bürger*innen, aber auch die Wirtschaft selbst.

DIE LINKE. steht finanzpolitisch ...

- für eine neue Solidarität auf der Basis moderner öffentlicher Dienstleistungen und solidarischer Sicherungssysteme;
- für den ökologischen Umbau der Gesellschaft als Grundlage eines selbstbestimmten Lebens;
- für eine Gesellschaft, die jede und jeden an den Bedingungen eines Lebens in Freiheit, sozialer Sicherheit und Solidarität beteiligt;
- für die sozial gleiche Teilhabe der Einzelnen an den Entscheidungen in der Gesellschaft.

Jede Kommune ist auf stetige und verlässliche Einnahmen angewiesen, um ihre zahlreichen Aufgaben für die Bürger*innen und erfüllen zu können. Für die Stadt München ist dies im hohen Maß gegeben, aber für viele andere Städte und Gemeinden ist diese Grundvoraussetzung kommunaler Selbstverwaltung schon lange nicht mehr selbstverständlich. Auch in Bayern gibt es Städte und Gemeinden, die keinen genehmigungsfähigen Haushalt mehr aufstellen können und außer den Pflichtaufgaben keinerlei Handlungsmöglichkeiten mehr haben. Durch Ausgleichsmaßnahmen von Bund und Land muss eine solidarische Gemeindefinanzierung gewährleistet werden.

Vor den letzten Kommunalwahlen gab es zahlreiche steuerliche Maßnahmen in Bund und Land, die für die Leistungsfähigkeit der Stadt Schlimmes befürchten ließen. Doch die 2007 vom Bundestag beschlossenen REITs wurden im Jahr 2008 durch die globale Finanzkrise hinweggefegt. So wie auch zahlreiche andere „Steuersparmodelle“ wie Cross-Border-Leasing oder Erbersatzsteuerkonstruktionen mittlerweile Geschichte sind.

Die Stadt München ist dank ihrer vielen Standbeine in Produktion, Wissenschaft und Kultur bisher gut durch die Krisenjahre gekommen. Die „Münchner Mischung“ in der Wirtschaft hat sich als stabilisierender Faktor gezeigt. Dies führte dazu, dass die Stadt – mit Ausnahme des Jahres 2009 – jährlich reicher geworden ist. Gut ablesbar ist dies an der Entwicklung des Eigenkapitals im städtischen Haushalt. Auch die direkten städtischen Schulden wurden in den letzten Jahren massiv reduziert, zum Jahresende 2013 wird der Schuldenstand bei unter einer Milliarde Euro liegen. Dazu kommen dann noch 1,3 Mrd. Schulden der städtischen Eigenbetriebe, von denen aber 1,2 Mrd. bei der Stadtentwässerung und der Abfallwirtschaft angesiedelt sind. Und diese 1,2 Mrd. werden vollständig über Gebühren refinanziert, belasten den übrigen Haushalt also nicht.

Im Gegenzug verfügt die Stadt über zahlreiche Finanzreserven, die weiterhin sicher angelegt werden müssen. Die Finanzreserve ‚Pensionen‘ z.B. beträgt momentan 400 Mio. Euro. Wir begrüßen, dass ein Teil dieser Finanzreserve für zusätzlichen Wohnungsbau in München verwendet wird. Dies ist nicht nur eine sichere Anlageform, sondern hilft, eines der größten sozialen Probleme in der Stadt zu lindern, den Mangel an bezahlbarem Wohnraum.

Dennoch gibt es zahlreiche Aufgaben, die den städtischen Haushalt beanspruchen – und vielleicht überfordern – werden:

- Das städtische Klinikum ist ein wesentlicher Bestandteil unserer kommunalen Daseinsvorsorge. Sobald ein überzeugendes medizinisches Konzept vorliegt, wird die Stadt die nötige Finanzausstattung bereitstellen müssen.
- Für den Erwerb von GBW-Wohnungen und den Erhalt bzw. den Neubau bezahlbarer Wohnungen wird die Stadt weiterhin hohe Mittel bereitstellen müssen.

- Der Neubau ganzer Stadtviertel benötigt viel Geld für die Bereitstellung der nötigen Infrastruktur.
- Der bedarfsgerechte Ausbau der Kindertagesbetreuung ist noch lange nicht beendet, zahlreiche Neubauten stehen im Bereich der Schulen an. Dazu kommt ein steigender Sanierungsbedarf im Schulbereich.
- Die Gasteig-Sanierung wird Mittel in dreistelliger Millionenhöhe benötigen.
- Zahlreiche U-Bahnlinien müssen in den nächsten Jahren saniert werden, die Finanzierung ist ungeklärt.
- Ohne rechtliche Verpflichtung hat die Stadtratsmehrheit beschlossen, das Restdarlehen an den Flughafen München für den Bau des zweiten Stammstreckentunnels zur Verfügung zu stellen. Das sind immerhin auch mehr als 100 Mio. Euro, für die der Flughafen zwischenzeitlich Zinszahlungen leistet.

Dazu kommen unüberschaubare Risiken aus der internationalen Geschäftstätigkeit der Münchner Stadtwerke. Sei es die Gasförderung vor Norwegen, Offshore-Windkraftanlagen vor Wales oder Sonnenkraftwerke in Spanien: Der Stadtrat und die Münchner Öffentlichkeit kann die technischen und rechtlichen Risiken dieser Investitionen nicht fundiert einschätzen. Eine demokratische Steuerung ist nicht möglich, deshalb lehnen wir diese Geschäftstätigkeit weiterhin ab. Gleiches gilt auch für das internationale Engagement der Münchner Messe oder des Münchner Flughafens.

Unsere Forderungen:

DIE LINKE. fordert den Ausbau demokratischer Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten auch mit Blick auf städtische Betriebe. Dies umfasst:

- ein erweitertes Prüfungsrecht der Stadt,
- die detaillierte Veröffentlichung der Daten im Finanzdaten- und Beteiligungsbericht,
- die Rückkoppelung mit der Öffentlichkeit bei Geschäftspolitik, Bedarfsermittlung und Ausgestaltung,
- eine Eigenkapitalverzinsung von maximal 4 Prozent. Anstelle der Ausschüttung kann der Stadtrat eine Verwendung für öffentliche Aufgaben beschließen, wie dies z.B. bei den städtischen Wohnungsgesellschaften geschieht.

Die Umstellung des städtischen Rechnungswesen auf **Doppelte** Buchführung in **Konten** („**Doppik**“) ermöglicht den Bürger*innen einen tieferen Einblick in die städtischen Finanzen und die Vermögensentwicklung. Zur Herstellung von Öffentlichkeit fordern wir ein Fortbildungsangebot, das sich besonders an die Presse, das Lehrpersonal und darüber hinaus an interessierte Bürger*innen richtet.

- DIE LINKE. setzt sich ein für die Ausweitung der Kompetenzen und der Mittel für die Bezirksausschüsse. Sie sind in die Erarbeitung und Aufstellung des Haushaltes einzubeziehen.
- DIE LINKE. fordert weiterhin die Einführung des Bürgerhaushalts, weil mit diesem die gesellschaftliche Beteiligung am Kernbereich kommunalpolitischer Entscheidungsprozesse – der Haushaltspolitik – möglich wird. Die Vorarbeiten der Stadtkämmerei müssen endlich zu einem diskutierbaren Vorschlag führen.
- DIE LINKE. lehnt eine (Teil-)Privatisierung der städtischen Kliniken ab. Sie sind zentraler Bestandteil der städtischen Daseinsvorsorge und müssen ausreichend finanziert werden.
- DIE LINKE. fordert den Erhalt der Leistungsfähigkeit der Kommunen. Die beschlossene Schuldenbremse in Bund und Land darf nicht zu Leistungskürzungen im Bildungs- oder Sozialbereich oder beim städtischen Wohnungsbau führen.
- DIE LINKE. fordert eine dauerhafte Abkehr von der »Zockerei« mit öffentlichen Geldern und Schluss mit Gestaltungstricks zur Steuervermeidung. Sicherheit hat Vorrang bei der Anlage städtischer Finanzreserven.

DIE LINKE. fordert den Einsatz weiterer städtischer Mittel für eine Beschleunigung des geförderten Wohnungsbaus und den Erhalt bezahlbarer Wohnungen.

14 Gute Arbeit und gutes Leben – Mehr Demokratie bei der Planung!

Trotz des wirtschaftlichen Wachstums hat sich in den letzten Jahren die soziale Ungleichheit in der Stadt weiter verfestigt. Das Leitbild der sozialen Stadt verblasst. Das Trugbild der globalen Mega-City lockt. So wie in allen Industriegesellschaften entwickelt sich auch bei uns eine Metropolregion. Eine Richtungsentscheidung wird fällig:

- Der Trend zur Mega-City bedeutet Kampf um zentrale Leitungsfunktionen: die Stadt wird zum Tummelplatz für Macht, Geld und Protz. Normales Leben interessiert nicht und wird verdrängt.
- Alternativ steht der Trend zum regionalen Netzwerk, in dem die benachbarten Städte und Gemeinden zu einer übergreifenden Planung finden, die auf ihren jeweiligen Stärken aufbaut und Schwächen ausgleicht.

Große, beeindruckende Städte wie New-York, die dem Trend zur Mega-City folgten, wurden zur „Stadt mit zwei Gesichtern“, in der sozial untergeht, wer es nicht nach oben schafft. Aber auch dort zeigt sich, dass solche Entwicklungen zuerst sozial und auch wirtschaftlich nicht tragfähig sind und politisch korrigiert werden müssen. Wir sollten es gar nicht so weit kommen lassen.

Die Stärke unserer Region und unserer Stadt hat ihren entscheidenden Grund in der ausgeprägten Mischung. Gewerbe, Industrie, Wissenschaft und Kultur können sich hier gegenseitig anregen, urbane Siedlung und freier Landschaftsraum sich ergänzen. Wenn Regierung, Verwaltung und veröffentlichte Meinung dem Trugbild der Mega-City nachlaufen, werden zivilgesellschaftliche Initiativen und Bewegungen zum entscheidenden Mittel der Korrektur: Manchmal reicht schon der Verweis auf die Möglichkeiten von Volksbegehren und Bürgerentscheiden, so war es, als 2008 der Transrapid-Plan zu Fall kam. Manchmal braucht es die Abstimmung: So 2004, als ein Bürgerbegehren die Entfesselung des Hochhausbaus stoppte, so 2012, als es gegen den überdimensionierten Flughafenausbau ging und so auch im November 2013, bei der Ablehnung der Bewerbung für die Winterolympiade 2022 durch Mehrheiten in der Stadt und im Land. Die LINKE war diesen Bewegungen ein verlässlicher Partner und wird es bleiben.

Im engen Verbund der Metropolregion greifen lokale Planungsentscheidungen direkt und oft sehr tief in die Angelegenheiten der Nachbargemeinden ein. Hier gilt dann: Der Ober sticht den Unter! Ein alter, schlechter Grundsatz der auch die Beziehungen zwischen dem Münchner Stadtrat und den Stadtbezirken belastet. So geht es nicht gut weiter. Wir begrüßen, dass im September 2013 durch Volksentscheid das Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern in die Verfassung aufgenommen wurde. Das ist nicht nur eine Aufgabe der Landespolitik, sondern auch ein Ansporn zur Zusammenarbeit der Kommunen und in der Großstadt München.

Wenn kommunale Selbstverwaltung nicht zur Fremdbestimmung der Großen über die Kleinen und der Oberen über die Unteren werden soll, braucht es mehr Demokratie bei der Planung. So können dann eher Projekte entstehen, die bei den Bürger*innen Zustimmung finden. Eine Initiative für mehr Demokratie bei der Planung muss von den Kommunen getragen werden. Die LINKE setzt sich dafür ein, dass die Stadt in ihren Planungsprozessen den Dialog mit den nahen und fernen Umlandgemeinden verstärkt.

Wir wollen ein soziales, ökologisches und demokratisches München, das nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell aufblüht. Die Stadtentwicklung muss so gestaltet werden, dass alle Münchner*innen an ihr teilhaben, nicht nur die Reichen und die Mittelschicht. Jeder der in der Stadt lebt, hat ein Recht auf Stadt, auf Mitbestimmung. Wir wollen nicht nur eine Rettung dessen, was schon existiert, wir wollen eine Stadt, die sich mit ihren Bürger*innen und deren geänderten Bedürfnissen entwickelt.

Wir stehen für eine verbindliche Form der Stadtentwicklung. Demokratische Prozesse werden zusammen mit einer breiten Beteiligung betroffener Bürger*innen gefördert. Ergebnisse und Entscheidungen aus diesen Prozessen dürfen nicht in formalrechtlichen Prozessen auf die lange Bank geschoben werden, sondern müssen in die Stadtgestaltung einbezogen werden.

DIE LINKE. will eine demokratische Stadtentwicklung und Stadtplanung. Wir wollen stärkere Mitbestimmung beim Planungsprozess für die Bürger*innen wie auch für die Bezirksausschüsse. Eine demokratische Stadtplanung zeigt sich auch im Umgang mit dem Umland. Die Verteilung von Lasten und Nutzen in der Region muss durch Kooperation und Ausgleich geregelt werden. Um die Demokratie in den Stadtteilen zu stärken und eine demokratische Stadtplanung zu ermöglichen, fordern wir „Demokratiezentren“ in allen Stadtteilen, sichtbare Orte, an denen gemeinsam die Probleme des Viertels, von der Straßenplanung bis zum Kindergarten, besprochen werden können. Diese Bürgerzentren wären dann auch der Sitz der aufgewerteten Bezirksausschüsse.

DIE LINKE. sieht die Zukunft Münchens nicht nur als Verwaltungs- und Dienstleistungsmetropole. Produktion ist und bleibt ein wichtiger Faktor. Ohne sie verarmt das gesellschaftliche Leben. Damit auch weiterhin Flächen für Produktionsstandorte ausgewiesen werden können, müssen für die damit einhergehenden Belastungen (durch Verkehr, Lärm oder Emissionen) sozial verträgliche Kompensationen entwickelt werden.

Die begrenzten Flächenreserven innerhalb des Stadtgebietes – bei gleichzeitigem Bevölkerungswachstum – erfordern einen nachhaltigen und planvollen Umgang mit den noch verfügbaren Ressourcen und ggf. frei werdenden Flächen. Dies beinhaltet eine maßvoll verdichtete Bauweise mit gemischten Nutzungsstrukturen, nicht zuletzt auch als Voraussetzung für den Verzicht auf motorisierte Verkehrsmittel. Anzustreben ist grundsätzlich eine „Stadt der kurzen Wege“ (z. B. zur Schule, zum Arbeitsplatz oder zu den Einrichtungen des Einzelhandels und der Freizeit, aber auch zu den Haltestellen des Schienenverkehrs).

In Einzelfällen können Hochhausprojekte durchaus sinnvoll sein, sofern sie städtebaulich akzeptabel und, wie durch Bürgerentscheid im Jahr 2004 festgelegt, nicht höher als 100 m sind. Dies gilt insbesondere für Neubaugebiete im Einzugsbereich von U- oder S-Bahn-Haltestellen. Als geeignete Standorte kommen „Stadttor-Situationen“ an den Stadteinfahrten, Kreuzungsbereiche und Schnittpunkte wichtiger Verkehrsachsen zum Beispiel mit dem Mittleren Ring in Frage, aber auch bereits vorhandene Hochhausstandorte. In städtebaulichen Entwicklungsgebieten können Hochhäuser Akzente setzen sowie Orientierungspunkte im Stadtgefüge bilden. Hochhäuser müssen in München jedoch ein besonderer Bautyp bleiben und dürfen nicht zum Regelfall werden.

Die Planung und Realisierung von Hochhäusern unterliegt in München – wie alle Bauvorhaben, die aufgrund neuen Baurechtes entstehen – den Grundsätzen der Sozialgerechten Bodennutzung. Danach müssen sich Grundeigentümer an den Folgekosten der Planung (z. B. für Straßenbaumaßnahmen, Grünausstattung und Infrastruktureinrichtungen) beteiligen. Die sog. „Münchner Mischung“ regelt nicht nur das angestrebte Verhältnis zwischen Wohnbauflächen, Freiflächen/Grünanlagen und Gewerbe in Neubaugebieten (jeweils 1/3), sondern auch die gewünschte Struktur der gewerblichen Nutzung (Handwerk, Dienstleistung/Büros, Einzelhandel) und den jeweiligen Mindestanteil geförderter (Miet-)Wohnungen, z. B. für kinderreiche und/oder sozial schwächere Bevölkerungsgruppen (30 %). Auf ausgewählten städtischen Wohnbauflächen sollen zusätzlich 20 % der Wohnflächen für „mittlere Einkommensbezieher“ bereitgestellt werden. Die „Münchner Mischung“ bestimmt damit letztlich das Verhältnis von Arm und Reich innerhalb des Neubauquartiers und ist ein wichtiges Steuerungsinstrument für die Stadtgestaltung. „Gated Communities“, d. h. abgeschlossene, bewachte Wohnsiedlungen für Reiche lehnen wir ab.

Stärkung der Stadtviertel – für lebendige Quartiere

Im Nahbereich der Menschen ist es am einfachsten, selbstbestimmt an politischen und sozialen Prozessen teilzuhaben. Voraussetzung dafür ist, dass vor Ort auch „alles vorkommt“. Durch eine gezielte Stärkung der Stadtviertel soll eine weitere Zentralisierung innerhalb der Stadt verhindert werden. Dies gilt nicht nur für den Bedarf an Waren und Dienstleistungen, sondern auch für kulturelle, soziale und Freizeiteinrichtungen. Dies würde auch dem Ausschluss der Bevölkerungskreise entgegen wirken, die wegen mangelnder Mobilität nicht dauernd quer durch die Stadt fahren können. Dazu gehören nicht nur Familien mit Kindern, sondern auch ältere Menschen und alle Münchner*innen, deren Einkommen zu niedrig ist.

Die Schließung von Stadtteilbibliotheken war ein Fehler, dessen Korrektur langwierig und aufwändig ist. Städtische Einrichtungen, insbesondere Sozialbürgerhäuser und Bürgerbüros, Alten- und Servicezentren, Pflegeheime, Kulturzentren sollten flächendeckend geplant werden, so dass lebendige Stadtviertelzentren entstehen. Darüber hinaus fordern wir mehr Flächen und Räume für nichtkommerzielle und kulturelle Aktivitäten.

Für ein soziales Miteinander – Rückeroberung des öffentlichen Raums

Dabei soll der Charakter der einzelnen Stadtviertel erhalten und ggf. wiederhergestellt werden. In den Wohngebieten ist eine lebendige, soziale Mischung anzustreben. Wir wollen weder eine Häufung sozialer Problemlagen, noch die Entwicklung einzelner Wohnblöcke oder Straßenzügen zu „Reichenghettos“ und fordern eine Aufwertung der Randquartiere, die nach wie vor unter den Planungsfehlern vergangener Jahrzehnte leiden (wie z. B. das „Hasenberg“ oder die Großsiedlung Neuperlach).

Der öffentliche Raum muss für alle Münchner*innen zugänglich sein, auch für die, die sich nicht in das Stadtbild einfügen. Öffentliche Flächen vor Einkaufszentren, in Fußgängerzonen und Altstadtplätze müssen weiterhin oder

wieder der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen – nicht zuletzt auch für politische Veranstaltungen. Auch Spielplätze, Begegnungsorte für Jugendliche und Freizeiteinrichtungen für Ältere gehören zum erforderlichen öffentlichen Raum; DIE LINKE. wendet sich gegen alle Versuche, Gruppen der Bevölkerung in konsumpflichtige Bereiche abzurängen.

Religions- und Bekenntnisgemeinschaften im öffentlichen Raum

In München gibt es eine Vielzahl beeindruckender religiöser Bauten; katholische, evangelische und orthodoxe Kirchen. Dazu kam zuletzt die Synagoge am St. Jakobsplatz. Der Wunsch Münchner muslimischer Gemeinden, mit ihrer Religion gleichfalls im Stadtbild präsent zu sein, kann deshalb nicht abgelehnt werden.

DIE LINKE. tritt dafür ein, dass alle Religionen gleichberechtigt in der Gesellschaft wirken können. Dazu gehört unabdingbar auch das Recht, sich zu keiner Religion zu bekennen. Jeder und jede muss auch das Recht und die Möglichkeit haben, sich von einer Religion abzuwenden. Eine „Rangfolge der Religionen“ lehnen wir ab. Für staatliches und städtisches Handeln setzen wir uns das Ziel der Gleichbehandlung aller Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften. Im Übrigen treten wir für eine konsequente Trennung von Staat und Religion ein.

Unsere Forderungen:

- Tatsächlich können die Städte und Gemeinden der Region der Macht der Konzerne und der übergeordneten Planbehörden nur gemeinsam etwas entgegensetzen. Übergreifende Projekte, z.B. im Verkehrswesen müssen gemeinsam definiert werden. Wenn die Staatsregierung jetzt den 2. S-Bahn-Tunnel auf den Prüfstand stellt, so ist das eine Gelegenheit und Verpflichtung, die Verkehrssituation in der ganzen Region vom Standpunkt der Kommunen aus zu beleuchten. Wir fordern einen S-Bahn Gesamtplan und die Abstimmung darüber im ganzen Einzugsbereich.
- Beim Bürgerentscheid über die 3. Startbahn konnten nur die Münchner*innen mitwirken, nicht aber die viel direkter betroffenen Gemeinden und Kreise. Wir wollen eine gesetzliche Regelung, die den von Großprojekten betroffenen Gemeinden ein wirksames Eingreifen ermöglicht und damit eine übergreifende politische Diskussion auslöst.
- Die LINKE setzt sich für eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung der 25 Stadtbezirke ein. Die Landeshauptstadt München (LHM) hat hierbei die Freiheit, im Sinne einer Selbstverpflichtung über die in der Bayerischen Gemeindeordnung festgelegten Regularien hinaus zu gehen. In unserer Stadt ist die Ausgestaltung der kommunalen Selbstverwaltung in den Bezirken eine Schlüsselfrage geworden.
- Die bisher praktizierte Bürgerbeteiligung bei Planungsprozessen muss ausgebaut werden und planungsrechtlich verbindlichen Charakter erhalten, insbesondere hinsichtlich der Eckdatenbeschlüsse. Die LHM hat hierbei die Freiheit, im Sinne einer Selbstverpflichtung über die in der Bayerischen Bauordnung festgelegten Regularien hinaus zu gehen.
- Die sozialen und kulturellen Einrichtungen in den Stadtvierteln sollen transparent arbeiten und allen Bürger*innen, ihren Vereinen und Initiativen Möglichkeiten der Mitwirkung und Selbstbestimmung bieten.
- Städtische Einrichtungen wie z.B. Sozialbürgerhäuser, Bürgerzentren, Kulturzentren, Alten- und Servicezentren oder Pflegeheime gehören zur Ausstattung der Stadtviertel. Sie müssen für die Bürger*innen auf kurzem Wege, am besten fußläufig erreichbar sein. Sie müssen der kulturellen Vielfalt unserer Stadt entsprechen.
- Quartiersmanagement findet zu spät statt. Die Entwicklung, Förderung und Finanzierung von Stadtteilen muss präventiven Charakter haben. Für eine ausgeglichene Stadtentwicklung sind Freiräume wichtig, in denen sich Individualität und Kreativität entfalten kann. Viele Stadtteile sind überplant und lassen keinen Platz für Gestaltung von und mit Anwohner*innen. Bei der Quartiersplanung müssen Freiflächen für öffentliche Nutzung eingeplant werden.
- Der Kampf gegen den Rückbau der Stadtteilbibliotheken (Bürgerentscheid gewann relative Mehrheit, scheiterte aber knapp am Quorum) hat die öffentliche Aufmerksamkeit für die Versorgung mit Kulturgütern geschärft. DIE LINKE plädiert für ein flächendeckendes Netzwerk, das alle Lücken schließt, die bei Schließung von Stadtteilbibliotheken entstanden sind, und neben den klassischen auch den Zugang zu den neuen Medien gewährleistet.

- Wir begrüßen, dass die Pläne zum Abriss des Grünwalder-Stadions endlich Geschichte sind. Der soziale und kulturelle Rückhalt, den diese Einrichtung im Viertel und darüber hinaus hat, würde eine soziale und kulturelle Nutzung nahe legen. DIE LINKE setzt sich für eine Nutzungsordnung und -praxis ein, die diese Möglichkeiten hebt.
- Überhitzte Ballungsprozesse haben Verdrängungs- und Verdichtungsprozesse ausgelöst, die die Münchner Mischung gefährden. DIE LINKE setzt sich für den Erhalt innerstädtischer Gewerbeflächen und den Bau und Ausbau erschwinglicher Wohnungen ein.
- Für die Lebensqualität in unserer dicht bebauten Stadt ist der Erhalt und die Ausgestaltung öffentlicher Grünflächen unerlässlich. Sie dienen der Erholung und Entspannung. Umfang und Gestaltung des öffentlichen Grüns durch die öffentliche Hand ist eine zutiefst soziale Frage. Frei zugängliche und dem Verwertungsdruck entzogene Naturräume – beispielhaft der Englische Garten oder der neue gestaltete Isar-Raum – sind Gemeingut. Sie dürfen weder kommerziellen Interessen noch Repräsentationsbedürfnissen geopfert werden. Die Errichtung eines Konzertsaals auf dem Gelände des Finanzgartens lehnt DIE LINKE ab.
- DIE LINKE registriert und unterstützt den Trend zur Pflege des öffentlichen Grüns durch Bürgerinitiativen. (Beispielhaft: Green City). Sie pflegt die Zusammenarbeit mit den Naturschutzvereinigungen, denn Raum für Pflanzen und Tiere ist ein Gradmesser der Wohnlichkeit unserer Stadt.
- Die Eignung der Stadt als Veranstaltungsort bringt den öffentlichen Raum unter Verwertungsdruck. Ob Theresienwiese, innerstädtische Isar, das obere Isartal, der ganze Innenstadtbereich, überall zeigt sich, dass kommerzielle und nichtkommerzielle Nutzung des öffentlichen Raums neu austariert werden müssen. Die Kritik und der Widerstand gegen den Trend zur Maximalverwertung, der sich in der Bürgerschaft zeigt, ist für uns nicht ein lästiges Hindernis, sondern ein Zeichen der Hoffnung. Wir fordern, dem Referat für Arbeit und Wirtschaft die alleinige Verantwortung für die Ausrichtung des Oktoberfestes zu entziehen und die angrenzenden Bezirksausschüsse künftig als Veranstalter mitwirken zu lassen.
- DIE LINKE setzt sich für eine lebendige und soziale Mischung in allen Vierteln, d. h. auch in den Randquartieren, ein. Eine „Ghettoisierung“ einzelner Stadtteile ist auf jeden Fall zu vermeiden. Die Verringerung der Verkehrs- und Lärmbelastung kann dazu beitragen.
- Für DIE LINKE ist der Zugang aller zu öffentlichen Räumen, zu den Straßen, Plätzen und Anlagen ein demokratisches Grundrecht und dessen Erhalt eine demokratische Pflicht. Dazu zählen für uns neben Spielplätzen, Begegnungsplätze für Jugendliche und Freizeiteinrichtungen für Ältere auch z. B. öffentliche Flächen vor Einkaufszentren, in Fußgängerzonen oder Altstadtplätzen, von denen einzelne Bevölkerungsgruppen nicht abgedrängt werden dürfen.
- Mit der weltweiten Verflechtung von Wirtschaft und Wissenschaft hat sich auch in München kulturelle Vielfalt entwickelt, die im öffentlichen Raum Ausdruck sucht und angemessen Platz finden muss. Für die LINKE gilt dabei der Grundsatz der Gleichbehandlung der Bekenntnis- und Religionsgemeinschaften. Die Versuche, insbesondere Initiativen von Religionsgemeinschaften aus dem Kulturkreis des Islam zum Scheitern zu bringen, sind in unseren Augen verdeckter Rassismus.
- Da die langfristige Siedlungsentwicklung zur Herausbildung metropolitaner Regionen geführt hat, steht nicht nur die Frage im Raum, wie die in solchen Regionen vielfältig und unmittelbar zusammenhängenden und benachbarten Gemeinden ihre gemeinsamen Ziele finden. Gerade wer einsieht, dass die Perspektive der Mega-City für München nicht wünschenswert und unrealistisch ist, wird den Weg zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in klugen Projekten der Zusammenarbeit mit den nahen und ferneren Nachbarn suchen.
- Darüber hinaus ist eine bessere Verteilung der Entscheidungs- und Leitungsfunktionen in Bayern, namentlich zwischen Nord- und Südbayern im langfristigen Interesse der Entwicklung Münchens als solidarischer Stadt.

15 „Demokratie wagen!“ Gerade auch in unserer Stadt

Demokratie lebt von der Beteiligung der Bevölkerung an den politischen Entscheidungen. Je mehr die Menschen aktiv in Entscheidungsprozesse einbezogen werden und je mehr der einzelne Mensch aber auch die Möglichkeit hat, sich aktiv einzubringen, umso demokratischer entwickelt sich ein Gemeinwesen bzw. eine Gesellschaft.

Von den politischen Ebenen in Deutschland ist die Kommune die für die Bürger*innen unmittelbarste demokratische Einflussosphäre. Die Kommune ist jene politische Ebene, in der direkte Elemente der Selbstverwaltung und Emanzipation der Menschen besonders transparent etabliert und weiterentwickelt werden können. Die Mitwirkung an der Gestaltung des eigenen Lebensumfelds ermöglicht positive Erfahrungen mit Politik, die in der Gegenwart rar geworden sind.

DIE LINKE in München hat sich zum Ziel gesetzt, Voraussetzungen zu schaffen und Strukturen zu stärken für mehr Beteiligungsmöglichkeiten. Alle Einwohner*innen – unabhängig von Geschlecht, Sprache, Nationalität, Staatsangehörigkeit, religiöser oder politischer Anschauungen, sexueller Orientierung – sollen die Möglichkeit haben, sich an der Gestaltung des Gemeinwesens und des gesellschaftlichen Lebens in unserer Stadt umfassend zu beteiligen.

Demokratie muss gelebt werden:

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die bestehenden Möglichkeiten der demokratischen Beteiligung in größtmöglichem Umfang genutzt bzw. erweitert werden.

Demokratie muss gewollt sein:

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass alle, die in dieser Stadt leben, das Recht und die Möglichkeit haben, sich wirksam an Entscheidungen zu beteiligen.

Demokratie zu leben muss möglich sein:

Soziale und politische Sicherheit sind eine Grundvoraussetzung für bürgerrechtliches Engagement. Je weniger Menschen einer existenziellen Bedrohung ausgesetzt sind, desto mehr werden sie sich für das Gemeinwesen und für eine solidarische Lebenswelt einsetzen können. Bildung, Gesundheit, Betreuung, Mobilität, Wasser, Gas und Strom, Wohnungen, Ver- und Entsorgung und nicht zuletzt Kultur dürfen sich nicht an der Zahlungskraft der Menschen orientieren. Leistungen der Daseinsvorsorge müssen also für alle gewährleistet sein. Dafür ist eine demokratische Ausgestaltung in guter Qualität unerlässlich.

Demokratie muss erlernt werden:

DIE LINKE. begreift die Erziehung zur Demokratie als einen umfassenden Bildungsauftrag. Demokratisches Handeln setzt demokratisches Denken voraus und muss eingeübt werden. Neben der Vermittlung von reinem Faktenwissen müssen die Befähigung zur Kritik, Selbstständigkeit, soziale Kompetenz und Verantwortung sowie – ganz zentral – die Mechanismen demokratischer Entscheidungsbildung und -umsetzung Bildungsziel sein.

Demokratie muss geschützt werden:

Für DIE LINKE. steht außer Zweifel, dass nationalistische Ideologien in all ihren Erscheinungsformen die Demokratie, d.h. das demokratische Zusammenleben aller in einem Gemeinwesen lebenden Menschen gefährden. Ihnen muss durch Aufklärung, wirksame Aktivitäten, aber auch entsprechende rechtliche Schritte konsequent entgegengetreten werden.

München braucht mehr Demokratie:

München ist nicht eine Kommune wie jede andere. In Bayern leben in der kleinsten Kommune nicht einmal 300 Einwohner, in München sind es inzwischen mehr als 1,4 Millionen. Das kleinste Bundesland in Deutschland hat mit weniger als 1 Million Einwohnern sogar weniger Einwohner als München. Neben dem saarländischen Landtag gibt es dort eine ganze Reihe von kommunalen Parlamenten und Bürgermeistern. In München gibt es z.B. nicht einmal Bezirksbürgermeister wie sie in Berlin, aber auch in Köln zu finden sind. Die Bayerische Gemeindeordnung kennt eben keine Bezirksbürgermeister, Dadurch wird München für viele Elemente direkter Demokratie bereits viel zu unübersichtlich. Die 25 Münchner Bezirksausschüsse könnten die Grundlage für eine politische Ebene bilden, die den Menschen näher ist. Dazu müssten sie aber mit weiter reichenden Rechten und Gestaltungsbefugnissen ausgestattet werden als es jetzt der Fall ist.

Stärkung der Bezirksausschüsse:

DIE LINKE will in München die politischen Entscheidungsrechte der Bezirksausschüsse stärken, u. a. fordern wir eine wirksamere Einflussnahme bei der Prioritätensetzung im städtischen Haushalt und bei der Investitionsplanung.

Um die Demokratie in den Stadtteilen zu stärken und eine demokratische Stadtplanung zu ermöglichen, sind wir für die Einrichtung von Bürger- und Kulturzentren in allen Stadtteilen. Sichtbare Orte, an denen gemeinsam die Probleme des Viertels, von der Straßenplanung bis zum Kindergarten, besprochen und weitestgehend entschieden werden können. Die demokratische Legitimation der Bezirksausschüsse soll auch dadurch aufgewertet werden, dass alle im Stadtrat vertretenen Parteien automatisch berechtigt sind, an der Wahl zum Bezirksausschuss auch teilzunehmen, und von ihnen keine Unterschriften mehr gesammelt werden müssen.

„Kommunaler Bürgerhaushalt“:

Wir streben die Einführung eines „kommunalen Bürgerhaushalts“ an, bei dessen Gestaltung Bezirksausschüsse, Bürger- und Einwohner*innenversammlungen ein Mitspracherecht haben. Insbesondere fordern wir im Rahmen dessen die Einführung eines Interventionsfonds, über den soziale Stadtteilinitiativen frei verfügen können, ohne sich bürokratischen Verfahrensweisen unterziehen zu müssen. Über die Verwendung muss selbstverständlich Rechenschaft abgelegt werden. In Städten wie Berlin-Lichtenberg (seit 2007) oder Köln und noch einigen mehr gibt es bereits sehr positive Erfahrungen damit.

Kommunales Wahlrecht für Alle:

DIE LINKE fordert das kommunale Wahlrecht für alle Menschen, die dauerhaft in der Stadt leben, unabhängig von der Staatsbürgerschaft. Bis zu dessen Einführung muss die Direktwahl des Ausländerbeirats als demokratisch gewählte Interessenvertretung beibehalten werden – auch bei geringer Wahlbeteiligung.

Zivilgesellschaftliche Selbstorganisation:

DIE LINKE fordert die Öffnung von Einrichtungen für Erziehung, Schule und Bildung für eine demokratische Mitwirkung durch Elemente zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation und Selbstverwaltung. Wir möchten demokratische Selbstgestaltungs- und Mitbestimmungsrechte in allen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche.

Ganztagsangebote für Kinder und Jugendliche:

Als dringend notwendig betrachten wir für Kinder und Schüler pädagogisch konzipierte Ganztagsangebote. Dabei streben wir die Schaffung freiwilliger Angebote für Kinder und Jugendliche in Form von „Schulsozialarbeit“ und „Schulkulturarbeit“ in Zusammenarbeit mit Institutionen der Zivilgesellschaft wie Vereinen und kompetenten Initiativen an.

Unabhängige Vertrauensleute für alle Fälle:

DIE LINKE setzt sich für die Einrichtung einer neutralen Stelle ein, die Anfragen, Beschwerden und sonstige Anliegen der Menschen unbürokratisch nachgeht und Lösungen anstrebt, ohne die Menschen als Bittsteller*innen zu behandeln. Die Mitarbeiter*innen dieser Stelle sind allein den entsprechenden demokratisch gewählten Organen verantwortlich und rechenschaftspflichtig. Anonymität ist dabei zu gewährleisten.

Die Zusammenarbeit mit bereits bestehenden Stellen bzw. Institutionen, wie z. B. den Verbraucherschutzverbänden, werden wir verbessern. Insbesondere in den Jobcentern setzt sich DIE LINKE für die Einrichtung einer unabhängigen „Ombudsstelle“ ein, deren Mitarbeiter*innen bei Bedarf von Bürger*innen angesprochen werden können, und als „Begleiter*innen“ bereit stehen. Diese Stelle darf nicht im Bereich des Jobcenters angesiedelt sein, benötigt aber weit reichende Rechte diesem gegenüber.

DIE LINKE fordert den Ausbau demokratischer Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten, auch mit Blick auf städtische Einrichtungen. Wir setzen uns dafür ein, dass Fehlentwicklungen dem Stadtrat und der Öffentlichkeit regelmäßig berichtet und entsprechende Korrekturen vorgenommen werden.

Schlusswort und Ausblick

Wir bedanken uns an dieser Stelle bei allen, die sich – weit über unsere Parteimitgliedschaft hinaus – an der Erarbeitung dieses Programms durch Anregungen und Kritiken beteiligt haben. Nun muss sich das Programm in der Praxis bewähren: im Wahlkampf, in der Arbeit im Stadtrat und im zivilgesellschaftlichen Bereich.

Wir nehmen uns vor, nach einiger Zeit der Praxis – im ersten Halbjahr 2016 – eine kommunal politische Tagung durchzuführen, bei der in Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden beraten werden kann, welche Aufgaben sich in der Münchner Kommunalpolitik und der damit verbundenen Regional- und Strukturpolitik stellen.

Anhang zum Kapitel 12 „Netzpolitik“

Prinzipien von Open Data*:

Vollständigkeit

Alle öffentlichen Daten werden verfügbar gemacht. Als Öffentliche Daten werden hierbei Daten verstanden, die nicht berechtigten Datenschutz-, Sicherheits- oder Zugangsbeschränkungen unterliegen.

Primärquelle

Die Daten werden an ihrem Ursprung gesammelt. Dies geschieht mit dem höchstmöglichen Feinheitsgrad, nicht in aggregierten oder sonstwie modifizierten Formaten.

Zeitnah

Daten werden so zügig, wie zur Werterhaltung, notwendig zur Verfügung gestellt.

Zugänglich

Daten werden so vielen Nutzern wie möglich für möglichst viele Verwendungszwecke bereit gestellt.

Maschinenlesbar

Daten werden zur automatisierten Verarbeitung strukturiert zur Verfügung gestellt.

Nicht diskriminierend

Daten sind für Alle verfügbar, ohne dass eine Registrierung notwendig ist.

Nicht proprietär

Daten werden in standardisierten Formaten bereit gestellt, über die keine juristische Person die alleinige Kontrolle hat.

Lizenzfrei

Daten unterliegen keinem Urheberrecht, Patenten, Markenzeichen oder Geschäftsgeheimnissen. Sinnvolle Datenschutz-, Sicherheits- und Zugangsbeschränkungen sind zulässig.

Die Einhaltung dieser Prinzipien ist überprüfbar.

* bereits 2008 in den USA formuliert von der Open Data Society, ins Deutsche übersetzt von der Open

Unsere Kandidat*innen zur Stadtratswahl

Platz	Nachname	Vorname	Platz	Nachname	Vorname
1	Wolf	Brigitte	41	Jenkner	Beate
2	Oraner	Cetin	42	Lüle	Oguz
3	Grimm	Alexandra	43	Mittermaier-Mühldorfer	Rosi
4	Pollok	Florian	44	Klee	Hans Georg
5	Fingert	Annemarie	45	Hübner	Dania
6	Lohmüller	Jürgen	46	Schlund	Florian
7	Vetter	Evelyn	47	Liebel	Daniela
8	Tepperies	Jan	48	Keller	Johannes
9	Fritsche	Nicole	49	Selke	Marianne
10	Pingel	Clemens	50	Greger	Günter
11	Killet	Julia	51	Epple	Ursula
12	Bourguignon	Eric	52	Schmidl	Hermine
13	Hahn	Elke	53	Thon	Ruth
14	Schamberger	Kerem	54	Woldt	Christian
15	Schreiber	Eva	55	Reichardt	Christine
16	Listl	Walter	56	Hintze	Henning
17	Schmid	Sonja	57	Wurtz	Anja
18	Schreer	Claus	58	Stigge	Roland
19	Füllgraf	Helene	59	Varchmin	Ursula
20	Koplin	Sebastian	60	Krense	Tino
21	Enderlein	Ellen	61	Längsfeld	Susanne
22	Steininger	Maximilian	62	Schütz	Bernhard
23	Padovan	Elfi	63	Schönberger	Agatha
24	Ischinger	Karl	64	Schoofs	Walter
25	Keller	Ellen	65	Lazarovicz	Doris
26	Utz	Erich	66	Werner	Markus
27	Fingert	Diana	67	Högemann	Jörg
28	Bornemann	Klaus-Dieter	68	Kunze	Alfons
29	Weber	Claudia	69	Waschkau	Hans
30	Rehberg	Frank	70	Mosner	Reinhard
31	Städele	Michaela	71	Müller-Naendrup	Renee
32	Delkos	Pavlos	72	Lux	Wolfgang
33	Städele	Judith	73	Bravmann	Felix
34	Sedlmaier	Hans	74	Blaschka	Wolfgang
35	Tögel	Helga	75	Schuhmann	Werner
36	Baretta	Alessandro	76	Michl	Bernhard
37	Weiss	Kerstin	77	Albrecht	Jens
38	Papadimitriou	Aris	78	Karich	Hans-Günter
39	Greger	Karin	79	Koether	Ernst
40	Pürzel	Harald	80	Brym	Maximilian